Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Nr. 7/Jhg. 1 Preis 4.- 25. November 1976

Keine Unterstützung des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte durch die Bundesregierung! Weg mit der Wiener 'Truppenabbau' konferenz!

GEGEN DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN DER BEIDEN SUPERMÄCHTE!

GEGEN DIE WIENER TRUPPEN "ABBAU" KONFERENZ!

GEGEN DIE HANDLANGERDIENSTE DER BUNDESREGIERUNG!

"In unseren Zeiten ist es nicht so leicht, sich mit einem Male von der Kette loszureißen und sich geradewegs in den Krieg zu stürzen, ohne auf Verträge verschiedener Art und auf die öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Den bürgerlichen Politikern ist dies sehr wohl bekannt. Auch den faschistischen Machthabern ist das bekannt. Daher entschlossen sich die faschistischen Machthaber, bevor sie sich in den Krieg stürzten, die öffentliche Meinung in bestimmter Weise zu bearbeiten, das heißt sie irrezuführen, sie zu betrügen." So charakterisierte Stalin die ideologischen Kriegsvorbereitungen der faschistischen Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg.

"Die öffentliche Meinung in bestimmter Weise zu bearbeiten, d.h.sie irrezuführen, sie zu betrügen" - das ist auch heute wieder ein entscheidender Teil der Kriegsvorbereitungen, die heute von den beiden Supermächten, den USA und der sozialimperialistischen Sowjetunion in ihrem Ringen um die Weltherrschaft immer fieberhafter auf allen Gebieten vorangetrieben werden.

Nie wird von den Imperialisten lauter "Entspannung" und "Frieden" geschrien, nie wird schneller und mit lauterem Trara eine Friedens- und Abrüstungskonferenz von der anderen abgelöst als in Zeiten, in denen sich die Imperialisten wieder einmal darauf vorbereiten, ihre imperialistische Politik mit dem imperialistischen Krieg fortzusetzen.

Fortsetzung auf Seite 2

Wien:
Demonstration am Freitag, den 26.11., 17 Uhr, Ecke Mariahilferstr/Neubaugasse

Graz:
Kundgebung am Freitag, den 3.12., 17 Uhr, Hauptplatz

Linz:
Kundgebung am Freitag, den 3.12., 16 Uhr, Schillerpl.

Innsbruck:
Aktionstag, Samstag, 27.11.

Klagenfurt:
Aktionstag, Samstag 27.11.

Salzburg:
Aktionstag, Samstag 27.11.

Sozialistische Volksrepublik Albanien - Stützpunkt des Marxismus-Leninismus in Europa



Mit dem Eisenhüttenkombinat von Elbasan wird Albanien selbst Roheisen schmelzen und verarbeiten. Mit Unterstützung des chinesischen Brudervolkes wurde im Mai dieses Jahres der erste Teil des Werkes eröffnet und rechtzeitig zum 7. Parteitag der erste albanische Stahl hergestellt. **Siehe Seiten 24-26**

Aus dem Inhalt

Schwere Niederlage der Regierung: Minderheitenfeststellung gescheitert

2.600 Menschen haben am 14. November in Südkärnten "slowenisch" angekreuzt. Die überwältigende Mehrheit der Slowenen, Kroaten und Ungarn hat die Minderheitenfeststellung boykottiert und damit den Plan der Reaktion mit der Sozialdemokratie und ihrer Regierung an der Spitze vereitelt. Dieser Plan war, in einem Klima chauvinistischer Hetze die Slowenen und anderen Minderheiten auf eine kleine Zahl hinunterzuzählen, um gestützt auf diese Zahl den Minderheiten ihre demokratischen Rechte weiterhin zu verwehren, ja die Entrechtung durch das neue Volksgruppengesetz sogar zu verstärken, und die Zwangsgermanisierung der Minderheiten verstärkt voranzutreiben. Die Minderheiten hab-- das unterlaufen. Der Boykott ist noch erfolgreicher ausgefallen, als man hoffen konnte. Die Regierung und mit ihr die ganze bürgerliche Reaktion hat eine schwere Niederlage erlitten. Sie hat mindestens 60 Millionen Schilling, die die Minderheitenfeststellung am 14.November gekostet hat, nicht "verpulvert", "unüberlegt" und "sinnlos" ausgegeben, wie manche bürgerlichen Kritiker an diesem "Fiasko" jetzt meinen. Die Regierung hat wohlüberlegt gehandelt und mit einem klaren Plan vor Augen.

Aber dieser Plan war ein reaktionärer Plan. Er hat im Volk nicht die von ihr erwartete Zustimmung gefunden. Es hat auch viel direkte Ablehnung gegeben. Vor allem konnten die Slowenen weder isoliert, noch eingeschüchtert, noch getäuscht werden. Sie haben sich nicht spalten lassen. Sie haben am Kampf um ihre Rechte festgehalten. Deshalb ist der Plan der Regierung gescheitert.

Diese Tatsache wiegt schwer. Sie zeigt: Der bürgerliche Staat ist nicht allmächtig. Die Regierung ist in einer wichtigen politischen Frage nicht durchgekommen. Die betroffenen Teile des Volkes haben mit Unterstützung und Sympathie aus dem übrigen Volk einen reaktionären Anschlag des Staates zurückgeschlagen und damit günstigere Bedingungen für den weiteren Vormarsch im Kampf um die Rechte der Minderheiten geschaffen. Bekanntlich zeichnen sich auch in anderen politischen Fragen Niederlagen des bürgerlichen Staates ab, z.B. in der Frage der Kernkraftwerke. Solche Niederlagen sind auch über die einzelne Frage hinaus von Bedeutung. Sie schwächen die Regierung. Sie untergraben ihre Macht. Sie reissen ihr den Mantel der "Autorität" in Fetzen. Sie bringen Verwirrung und Zwietracht ins Lager der Bourgeoisie bzw. verstärken sie. Sie unterminieren die ganze bürgerliche politische Ordnung. Zugleich ermutigen und stärken sie das Volk, wenn es gegen die bestehenden Verhältnisse auftritt.

Fortsetzung auf Seite 2

Keine Unterstützung des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte durch die Bundesregierung!

Weg mit der Wiener 'Truppenabbau'konferenz!

Fortsetzung von Seite 1

Das haben gerade die Völker Europas, das hat auch das österreichische Volk in der Geschichte schon wiederholt am eigenen Leib erfahren.

Sie haben auch jetzt allen Grund, hinter dem betrügerischen "Entspannungs"- und "Abrüstungs"-Geschrei der USA und vor allem der Sowjetunion die Vorbereitungen auf einen neuen völkermörderischen Raubkrieg zu wittern.

Diese Vorbereitungen sind eine Tatsache, die sich nicht verbergen läßt.

Nicht umsonst häufen die beiden Supermächte wie wahnsinnig immer gewaltigere Waffenberge auf, verstärken ihre Truppen, Flotten und Stützpunkte, ringen mit allen Mitteln der Aggression, Subversion und Erpressung um jeden Millimeter Boden.

Sie tun das nicht um der "Entspannung" und des "Friedens" Willen, sondern um einen Krieg um Europa vorzubereiten. Die Beherrschung Europas ist für sie das entscheidende Sprungbrett zur Eroberung der Weltherrschaft. Die Sowjetunion, die die süßesten Entspannungsweisen singt, ist zugleich auch die besonders kriegslüsterne, besonders aggressive Supermacht - als Spätkömmling auf dem Schlachtfeld der imperialistischen Konkurrenz muß gerade sie auf den Krieg setzen, wenn sie ihren amerikanischen Konkurrenten um die Weltherrschaft niederringen will.

Nicht die Stärke des Imperialismus und der beiden Supermächte zeigt sich in ihren fieberhaften Kriegsvorbereitungen, sondern ihr Niedergang, ihre Fäulnis und ihre Schwäche. Schon zwei Mal haben die Imperialisten in einem Weltkrieg die immer schärferen Widersprüche ihres niedergehenden, überlebten Systems zu lösen versucht - das Resultat war auf auf der einen Seite der Sieg der Revolution in einer Reihe von Ländern, ihr Herausbrechen aus dem imperialistischen Weltsystem, auf der anderen Seite eine noch stärkere Verstrickung der Imperialisten in die Widersprüche ihrer Ausbeuterordnung, die gewaltig auf ihre Lösung durch die proletarische Weltrevolution hindrängen.

Die beiden Supermächte werden durch schwere innere wirtschaftliche und politische Krisen geschüttelt. Sie werden mehr und mehr in die Enge getrieben durch den Kampf der erstarkenden Dritten Welt. Sie befinden sich weltweit in der Defensive gegenüber der unaufhaltsamen historischen Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution." In dieser Lage sehen heute die beiden Supermächte ihren Ausweg nur in noch schärferer Reaktion im Inneren ihrer Länder und der gleichzeitigen fieberhaften Vorbereitung des Kriegs um die Weltherrschaft. Sie gehen diesen Weg, obwohl ihnen deutlich die Resultate zweier Weltkriege vor Augen stehen und sie gewärtig sein müssen, daß es auch ihnen nicht anders ergehen wird: daß die Völker ihren mörderischen Plänen durch die Revolution zuvorkommen werden oder der Krieg, den sie vom Zaun brechen wollen, neue Revolutionen hervorbringen wird.

Das zeigt, wie schlecht die Lage der Imperialisten mit den beiden Supermächten an der Spitze heute ist: es zeigt ihre Schwäche ebenso wie ihre Gefährlichkeit, die sie in dieser schlechten Lage entwickeln. Wenn das internationale Proletariat und die Völker der Welt ihnen nicht durch die Revolution zumindest in einigen wichtigen Ländern zuvorkommen, werden sie unweigerlich einen neuen Weltkrieg vom Zaun brechen.

Sie bereiten ihn heute schon vor. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Vorbereitungen ist der "Entspannungs-" und "Abrüstungs"-betrug, mit dem sie das Proletariat und die Völker einschläfern wollen. Vor allem diesem Zweck dient auch die Wiener "Truppenabbau"-Konferenz. Die österreichische Regierung hat sich für dieses Betrugsmanöver bereitwillig als Gastgeber angeboten. Das entspricht ihrer ganzen Politik der Unterstützung und Ausnützung des "Entspannungs"-betrugs für die relative Stärkung der Positionen des österreichischen Imperialismus auf dem Feld des internationalen imperialistischen Konkurrenzkampfes bei gleichzeitiger Intensivierung der Vorbereitungen auf die Teilnahme am imperialistische Krieg auf der Seite der NATO unter dem Oberkommando der amerikanischen Supermacht.

Gegen dieses Betrugsmanöver das Teil der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte ist, rufen die Ortsgruppen des KB Österreichs in diesen Tagen zu Aktionen auf. Dieser Aufruf richtet sich sowohl an jene, die heute bereits bewußt das Ziel der sozialistischen Revolution anstreben und den Kriegsvorbereitungen entgegentreten wollen, um damit einen Beitrag zur Verzögerung des Kriegs und zur Sammlung und Heranführung der Massen an die Revolution zu leisten und so die Bedingungen zu verbessern, dem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen. Er richtet sich aber auch an alle jene, die dieses Ziel heute noch nicht vor Augen haben, aber einen Beitrag zum Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und für die Erhaltung des Friedens leisten wollen. Sie alle rufen wir in diesen Tagen auf, mit uns die konsequenten Forderungen der Völker gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte zu erheben, dem Betrugsmanöver der Wiener "Truppenabbau"konferenz entgegenzutreten und die Handlangerdienste der Bundesregierung zu verurteilen:

- Auflösung der aggressiven imperialistischen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt!
- Abzug aller im Ausland stationierten Truppen. Insbesondere: Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder!
- Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere der beiden Supermächte in Europa, einschließlich der Kernwaffenstützpunkte, auf Territorien fremder Länder!
- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer!
- Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte - insbesondere der beiden Supermächte - niemals als erste und insbesondere nicht gegen kernwaffenlose Länder und kernwaffenfreie Zonen Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!
- Verbot der Durchführung von Militärmanövern der beiden Supermächte in der Nähe der Grenzen von souveränen europäischen Länder! —
- Keine Unterstützung des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte durch die Bundesregierung!
- Weg mit der Wiener "Truppenabbau"konferenz!

G.St.

Eine ... Min...

Fortsetzung von Seite 1

Die Reaktionäre versuchen, ihre Niederlage zu vertuschen

Deshalb versuchen die Regierung und alle Reaktionäre, erstens zu vertuschen, daß der 14. November ihnen und vor allem der Regierung eine Niederlage gebracht hat, und zweitens jeweils dem anderen die "Schuld an dem Fiasko" zu geben. "Boykott gescheitert" konnte man am 15. November in vielen Tageszeitungen lesen. Das war die dumme und kurzsichtige Spielart des Spurenverwischens. Geschickter ging Kreisky vor. Als sich kurz vor dem 14. November die Niederlage der Regierung abzuzeichnen begann, ließ er verlauten: Man dürfe der Minderheitenfeststellung nicht allzuviel Bedeutung beimessen, man rechne ohnedies damit, daß nichts herauskäme, man sei übrigens nicht auf ein brauchbares Ergebnis angewiesen, man könne ja bei der Realisierung des Volksgruppengesetzes auf andere Anhaltspunkte zurückgreifen. So konnte er nach dem 14. November sagen: Damit war ohnehin zu rechnen. Man braucht sich aber nur erinnern: Ein Jahr lang hat die SPÖ-Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Minderheitenfeststellung im Volkszählungsgesetz zu verankern und dann durchzuführen. Sie hat große Widerstände und Konflikte in der SPÖ, viel Ablehnung im Volk, besonders den weiteren Verlust ihres Einflusses unter den Slowenen und schließlich internationale Verwicklungen riskiert und in Kauf genommen. Das hat sie getan, weil sie mit dem Erfolg ihres Plans gerechnet hat. Das hätte sie nicht getan, wenn sie damit gerechnet hätte, daß sie schließlich mit 2.600 "offiziellen Slowenen" dastehen würde. Kein Geschwätz kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der bürgerliche Staat am 14. November gescheitert ist. Und es ist wichtig, daß diese Tatsache öffentlich festgehalten wird.

Diese Tatsache wird bestätigt durch die Versuche der verschiedenen bürgerlichen Kräfte, sich gegenseitig die Schuld anzulasten. Die ÖVP wirft der SPÖ vor, sie habe die Zählung weder auf administrativem noch auf politischem Gebiet ordentlich vorbereitet. Blecha, Zentralsekretär der SPÖ, gab noch vor dem 14. November die Meinung zum Besten, daß die Minderheitenfeststellung eigentlich ursprünglich die Idee

schwere Niederlage der Regierung: derheitenfeststellung gescheitert

der ÖVP gewesen wäre, die Maßnahmen der SPÖ-Regierung ein "Kompromiß" mit der ÖVP, ein unbrauchbares Ergebnis des 14. November daher eine Abfuhr, ein Mißerfolg, die Schuld der ÖVP. Schuld? Schuld woran? An dem "ohnehin zu erwartenden Ergebnis"? Es ist schon so: Schuld an der Niederlage, an dem "Fiasko", wie die Bürgerlichen sagen und was es für sie, wenn auch nicht für das Volk, tatsächlich ist.

Was ist von den bisher bekannten Ergebnissen der Zählung zu halten?

Der 14. November ist nicht nur von den Slowenen, Kroaten und Ungarn, sondern auch von vielen anderen demokratisch eingestellten Menschen genutzt worden, um auch bei der Zählung gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der Regierung zu protestieren und für die Rechte der Minderheiten aufzutreten. Wieviele das aktiv gemacht haben, ist bisher noch nicht bekannt.

Bekannt ist bisher die Beteiligung an der Zählung. Stolz verweisen die Reaktionäre auf 86 % Beteiligung an der Minderheitenfeststellung in Kärnten und auf die "unerwartet hohe" Beteiligung im übrigen Österreich. Von der "demokratischen Reife" über die "Einheit der Kärntner" bis zum "Scheitern des Boykotts" - das alles sollen diese 86 % beweisen. Eine seltsame Sichtist das! Wenn man weiß, wie sehr und mit welchen Mitteln versucht wurde, die Bevölkerung, vor allem die Kärntner Bevölkerung, zu verhetzen, wenn man einen Blick auf die Losungen richtet, die dort im ganzen Land auf die Menschen niederprasselten ("Kärntner! Entscheide am 14. November 1976 nur so: Deutsch!, wenn du nicht Slowene sein willst", "Das Grenzland bittet: Laßt uns nicht im Stich!", "Die slowenischen Nationalisten beanspruchen deine engere Heimat als ihren Interessenraum!", "Teilnahme ist Kärntnerpflicht!") dann fällt einem auf: 100 % minus 86 % ist 14 %. Das heißt: Weit über 50.000 Kärntner sind nicht zur Zählung gegangen, setzen sich damit dem "Verdacht" aus, "für die Tschuschen" und "Landesverräter" zu sein, und der Gefahr, selbst Opfer der chauvinistischen Hetze zu werden. Weiter: Bei den 86 % sind auch alle diejenigen dabei, die die Erhebungsbögen ungültig gemacht haben, also die meisten Slowenen und viele andere Gegner der Minderheitenfeststellung. Im Burgenland lag die Beteiligung mit 27,6 % nur knapp über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt (26,9 %). In den anderen Bundesländern lag die Beteiligung zwischen 5 % und 26 %. Das Engagement der einzelnen Landesregierungen war unterschiedlich. Wallnöfer z.B. hat festgestellt, daß ohnehin bekannt sei, daß in Tirol Tiroler leben, und er sich nicht besonders engagieren würde. Auch bei der auf den ersten Blick hohen Beteiligung in anderen Bundesländern, besonders in Wien, müssen folgende Faktoren in Betracht gezogen werden. Da sind einmal die Kader, Funktionäre und andere blinde und eingeschworene Parteigänger der SPÖ, deren Parteivorstand sogar einen besonderen Aufruf erlassen hat, um sie zu den Urnen zu treiben. Dann sind die große Zahl von Beamten, für die die "Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflichten" eine Existenzfrage ist, weil davon berufliche Stellung und Weiterkommen abhängen. Vermutlich machen diese Leute schon einen großen Teil der 26 % aus. Dann gibt es einen kleineren Teil echter Chauvinisten. Und dann gibt es schließlich alle diejenigen, die die Erhebungsblätter ungültig gemacht und damit gegen die Minderheitenpolitik der Regierung protestiert haben.

Wieviele Menschen in ganz Österreich aktiv gegen die Minderheitenpolitik der Reaktion und für die Rechte der Minderheiten aufgetreten sind, wissen wir noch nicht. Daß es den Reaktionären nicht gelungen ist, größere Teile des Volkes für ein aktives Auftreten für die Minderheitenpolitik der Regierung zu gewinnen, wissen wir bereits.

Der weitere »Fahrplan« der SP Regierung

Die Niederlage der Reaktion mit der SPÖ und ihrer Regierung an der Spitze am 14. November schafft günstigere Bedingungen für die Fortsetzung des Kampfes um die Rechte der Minderheiten. Er muß mit aller Energie fortgesetzt werden. Die Regierung strebt jetzt eine "pragmatische Lösung" an. Das heißt: Weiterhin will sie mit allen Mitteln das Volksgruppengesetz durchführen, auch wenn sie sich dabei nicht auf ein Zählungsergebnis vom 14. November stützen kann. In diesen Tagen beraten sich die parlamentarischen Parteien über den weiteren "Fahrplan".



Erhebungsbögen der Minderheitenzählung und Hetzplakate des Kärntner Heimatdienstes werden verbrannt

Kreisky drängt vor allem auf die Einrichtung der im Volksgruppengesetz vorgesehenen "Volksgruppenbeiräte" bis 1. Februar 1977. "Sie haben das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gesamtinteresse der Volksgruppe zu wahren und zu vertreten". (§ 3 (1)) Die SPÖ-Regierung beabsichtigt, sich in Gestalt dieser Beiräte neben oder statt den Slowenenorganisationen einen anderen Verhandlungspartner, eine andere Vertretungsorganisation der Volksgruppen aufzubauen, die für die Regierung einen gewaltigen Vorteil gegenüber den Slowenenorganisationen hat: Deren Führungen werden gewählt, der Volksgruppenbeirat wird von der Regierung "bestellt" (§ 4 (1)). Die SPÖ-Regierung hat keinen Zweifel gelassen, daß sie die Führer der Slowenen für "Extremisten" hält und nicht für Vertreter des "Gesamtinteresses" der Volksgruppen, das ihrer Meinung nach vor allem in der "Zusammenarbeit", d.h. Unterordnung unter die Regierung bestehen müßte. Dazu kommen einige Äußerungen von Kreisky der letzten Tage: Daß er trotz allem "die jetzige Führung (!) der Slowenen als Gesprächspartner anerkennen" würde (!) - das ist die etwas verstecktere Drohung. Daß sich die "Slowenen jetzt überlegen müßten, von wem sie sich in Zukunft vertreten lassen wollen" - das ist die etwas offenere Drohung. Die Slowenen haben praktisch einhellig die Boykottlosung der beiden Slowenenorganisationen befolgt und damit ohnehin genügend klargestellt, welche Vertreter sie haben wollen und welche nicht. Umso wichtiger ist es für die Regierung, alles zu tun, um die Slowenen durch Drohungen einzuschüchtern und ihre Vertreter zu gefügigen Regierungsbütteln zu machen oder - wenn das nicht gelingt - sich "vernünftigere" "Vertreter der Minderheiten" zu "bestellen". So soll der Weg zur Verwirklichung des Volksgruppengesetzes gebahnt werden, ohne gänzlich die "demokratische" Maske zu verlieren und offen gegen die Slowenen zu handeln. Um ihr reaktionäres Handeln "demokratisch" zu bemänteln schrecken die Sozialdemokraten vor keiner Heuchelei und Lüge zurück. So las man am 15.11. in einem Artikel des Chefredakteurs der "Arbeiterzeitung": "Wahrscheinlich dürfen wir alle mitsammen aufatmen, daß dieser Tag, der 14. November 1976, vorüber ist .. Der Geist der Toleranz und Großzügigkeit im neuen Volksgruppengesetz darf zu wehen beginnen". Zuckerbrot und Peitsche - das ist weiterhin die Taktik der Regierung, um ihre reaktionäre Minderheitenpolitik durchzusetzen.

In Kürze wird die Regierung wieder mit den Slowenen verhandeln. Ihre reaktionären Absichten zur Durchsetzung des Volksgruppengesetzes nennt sie "pragmatische Lösung". Völlig zu Recht stellte Dr. Franci Zwitter, Obmann des Zentralverbandes, in einer Pressekonferenz am 14. November dazu fest, "daß der Begriff "pragmatische Verhandlungen" von den "Experten" des Bundeskanzleramtes stamme, nicht aber von den slowenischen Zentralorganisationen, und daß es Verhandlungen mit der Regierung in Zukunft nur geben könne auf der Basis des Artikels 7, nicht aber auf Basis der beiden Gesetze, die ja die Entrechtung der Minderheiten festschreiben".

WEG MIT DEM VOLKSGRUPPENGESETZ! WEG MIT DEM VOLKSZÄHLUNGSGESETZ!
VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER MINDERHEITEN!

W.L.

Erklärung des »Salzburger Komitees für die Rechte der Kärntner Slowenen«:

Die Situation und die Aufgaben nach der Minderheitenfeststellung

Untenstehende Erklärung wurde vom Salzburger Komitee auf seiner gut besuchten Sitzung nach der Sondervolkszählung ohne Gegenstimme beschlossen.

Sie ist sowohl eine richtige Grundlage, um die Arbeit des Komitees für die nächste Zeit auszurichten und ihr . die nötige Festigkeit zu geben, als auch ein Vorschlag an die anderen Komitees in Österreich, den Kampf für die Rechte der Minderheiten konsequent weiterzuführen.

Einwände dagegen kamen vom Vertreter des KSV, der sich bei der Beschlußfassung auch der Stimme enthielt: das Wiener Komitee, sagte er, sei für sofortige Verhandlungen zwischen Regierung und Minderheitenvertreter. Worüber und auf welcher Grundlage die Verhandlungen geführt werden sollen, darüber schwieg er sich aus. Auch gegen eine solche prinzipienlose Verhandlungsflennerei richtet sich die "Erklärung", indem sie sich gegen Verhandlungen auf dem Boden des Volksgruppengesetzes wendet.

"1. Der 14. November wurde zu einem Kampftag für die Rechte der Minderheiten und gegen die chauvinistische Verhetzung des Volkes.

Dies ist in vielen Aktionen am Wahltag selbst zum Ausdruck gekommen.

In ganz Österreich wurden in der Woche davor Demonstrationen, Kundgebungen, Plakataktionen und Informationsstände durchgeführt.

2. Die Minderheitenfeststellung der Regierung ist gescheitert.

- Sie kann sich nicht auf das Zählungsergebnis stützen.
- Die chauvinistische Hetze hat außerhalb von Kärnten nicht so verfangen, daß sich große Teile der Bevölkerung als Stimmvieh zur Legitimation der Regierungspolitik hergegeben hätten.
- Auch außerhalb Kärntens haben viele Menschen aktiv boykottiert.

3. Die Bewegung für die Rechte der Minderheiten hat sich verbreitert.

Für Salzburg wird das gerade auch mit der Demonstration am 5.11. belegt. Eine solch große und kämpferische Aktion wäre noch vor dem Sommer (Beschlußfassung der beiden Gesetze) undenkbar gewesen.

4. Die Regierung wird ihre reaktionären Pläne weiterverfolgen.

Kurz vor dem 14. November erklärte Außenminister Pahr, daß im Falle eines Boykotts der Minderheitenfeststellung andere Zahlen herhalten müßten; die Volkszählung 1971, die Zahl der slowenischen Schüler, die Auflage der Minderheitenflugblätter oder die Stärke der slowenischen Genossenschaften (Presse 12.11.)

Das Volksgruppengesetz soll auf alle Fälle verwirklicht werden - alles andere wäre ein schwerer Schlag für die Regierung. Kreisky hat bereits neuerliche Parteiengespräche angekündigt. Die Regierung wird auch den Minderheiten Gespräche anbieten, aber nur über das WIE der Verwirklichung des Volksgruppengesetzes, über das WIE ihrer Entrechtung. Die zu Recht ablehnende Haltung der Slowenen gegenüber solchen Verhandlungen wird sie als Ansatzpunkt ihrer Hetze benutzen.

5. In dieser Situation steht das Komitee vor den Aufgaben:

- den weiteren Manövern zur Durchsetzung des Volksgruppengesetzes entgegenzutreten, - insbesondere dem Ansinnen der Regierung, auf der Grundlage dieses Gesetzes Verhandlungen führen zu wollen, - und zum Fall beider Gesetze beizutragen;
- in der Salzburger Bevölkerung vermehrt Kenntnisse über die wirkliche Lage der Minderheiten durch das Aufzeigen konkreter Beispiele ihrer Entrechtung und Unterdrückung zu verbreiten;
- die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes dagegen aufzuzeigen und die Ziele des Kampfes, die demokratischen Rechte der Minderheiten, zu propagieren;
- sich geistig auf einen langen und komplizierten Kampf einzustellen.

Aufgetreten soll verstärkt in Institutionen und Organisationen werden (z.B. Schulen, ÖGJ;) Die Überzeugungsarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder muß verstärkt werden."

B.O.,OG Salzburg

Öffentliche Verbrennung der geheimen Erhebungsbögen

Sele/Zell:

Um 14 Uhr, als die Mehrheit der Wähler schon gestimmt hatte, gelang es in Sele/Zell einem Burschen, die Wahlurne zu entwenden. Er und drei weitere Burschen verbrannten ihren Inhalt. Nur 180 Kuverts blieben unversehrt. Die Bevölkerung von Zell/Sele hatte schon bei der Wahl die Zählung boykottiert: von den 180 "geretteten" Stimmzetteln war die Mehrheit ungültig (40 "deutsch" und zwei "slowenisch").

Die Aktion der vier Burschen war ein völlig gerechter Beitrag zum Boykott der Minderheitenfeststellung. Die Slowenenorganisationen werden den Burschen volle moralische, politische und rechtliche Unterstützung zukommen lassen.

Gegen die bürgerlichen Zeitungsschmierer und Politiker die die Bestrafung der 4 Burschen fordern, müssen wir entgegentreten mit der Forderung

KEINE GERICHTLICHEN VERFAHREN GEGEN DIE 4 BURSCHEN!

Maßregelung zweier Beamter in Graz

Die Bewegung für die Rechte der Minderheiten lässt sich nicht einschüchtern

"Der FPÖ-Landtagsabgeordnete Klaus Turek hat beim steirischen Landeshauptmann Niederl eine Anzeige gegen Hofrat Göbhart erstattet. Turek wirft ihm vor, er verleite mit seiner Unterstützung des Boykottaufrufes der Solidaritätskomitees zu "falschen Angaben" auf einem "amtlichen Erhebungsblatt". Diese Haltung sei weder mit seiner Funktion als Pädagoge noch mit der eines Beamten vereinbar.

Die SPÖ-Gymnasialdirektorin Herta Oberzaucher hat gegen Prof. Beermann beim Landesschulrat eine Anzeige erstattet, die sich im wesentlichen auf die gleichen Argumente stützt..

Es geht dem FPÖ-Landtagsabgeordneten Turek als Vertreter und Teil des bürgerlichen Staates und der SPÖ-Gymnasialdirektorin als Vertreterin der Schulbürokratie um zweierlei.

Erstens wollen sie die demokratische Bewegung für die Rechte der Minderheiten einbremsen.

Zweitens wollen sich der bürgerliche Staatsapparat und dessen Vertreter nicht das besondere Dienstrecht für öffentliche Bedienstete durchlöchern lassen.

Der Versuch, Hofrat Göbhart und Prof. Beermann zu maßregeln, hat große Empörung ausgelöst. Auf einer Kulturveranstaltung des Komitees für die Rechte der Minderheiten verabschiedeten die etwa 100 Anwesenden eine Resolution.

"Prof. Beermann und Hofrat Göbhart sollen gemaßregelt werden, weil sie gegen die Minderheitenfeststellung sind.

Ihnen wird vorgeworfen, daß sie dazu aufrufen, "falsche Angaben" auf einem "amtlichen Erhebungsbogen" zu machen, was mit ihrer Funktion als Beamte und Pädagogen unvereinbar sei.

In Wirklichkeit sollen Prof. Beermann und Hofrat Göbhart wegen ihrer aktiven Parteinahme gegen die Minderheitenfeststellung und für die Rechte der Minderheiten gemaßregelt werden.

Die 100 Anwesenden auf der Kulturveranstaltung des "Komitees für die Rechte der Minderheiten" lehnen diese Maßnahmen entschieden ab.

Prof. Beermann und Hofrat Göbhart sind Teil der immer stärker werdenden demokratischen Bewegung für die Erfüllung der Rechte der Minderheiten. Denjenigen, die nun mit Anzeigen und Disziplinarverfahren drohen, geht es darum, diese demokratische Bewegung zu bremsen. Sie wollen einzelne Vertreter herausgreifen und maßregeln, um die ganze Bewegung einzuschüchtern. Das soll ihnen nicht gelingen!!" Hepu./OG Graz

„Richtlinien" zur Minderheitenfeststellung (aus: „Naš tednik", Kagenfurt/Celovec, vom 11. 11. 1976)



Preštevanje 14. novembra bojkotirate lahko s tem, da greste na volišče in napišete katerega od drugih jezikov...

Die Zählung am 14. November können Sie boykottieren, indem Sie zur Wahlzelle gehen und eine andere Sprache eintragen ...



...ali zapišemo na glasovnico, kaj naj vlada končno napravi...

.... oder wir schreiben auf den Stimmzettel, was die Regierung endlich machen soll ...



... ALI PA VRŽETE GLASOVNICO V KOŠ.

...oder werfen Sie den Stimmzettel in den Mistkorb.

Interview mit Dr. Franci Zwitter, Obmann und Feliks Wieser, Sekretär vom Zentralverband der Kärntner Slowenen

Interview mit Vertretern einer Slowenenorganisation

Klassenkampf: Wir haben bereits in der Pressekonferenz über den Kampf gegen die beiden Gesetze (Volkszählungsgesetz, Volksgruppengesetz) gesprochen. Glauben Sie, daß es bei Weiterverfolgung einer konsequenten Politik möglich sein wird, in absehbarer Zeit die bedingungslose, volle Gleichberechtigung durchzusetzen? Wird die Regierung, die die Zählung immer als "Orientierungshilfe" bezeichnet hat, nun, da der Boykott erfolgreich war, nach anderen "Orientierungshilfen" suchen?

Zwitter: Die Regierung hat immer erklärt, daß sie die Zählung nur als eine der Orientierungshilfen ins Kalkül zieht. Sie wird jetzt sicherlich versuchen, andere Orientierungshilfen heranzuziehen. Es ist die Frage, wann das sein wird, und wie die Regierung gegenüber offen chauvinistischen Kräften auftritt. Bekanntlich hat der Obmann der Volkspartei (Kärnten) ausdrücklich erklärt, für ihn genügt nicht einmal die Sprachenerhebung, sondern er verlangt auch heute noch ausdrücklich eine Minderheitenfeststellung. Die Situation in Kärnten ist heute derart vergiftet, daß man eine baldige Lösung nicht erwarten kann.

Klassenkampf: Andererseits ist es aber so, daß der Chauvinismus solange weiter angeheizt wird, als Regierung und einzelne Parteien weiter "Orientierungshilfen" und Zählungen verlangen und solche durchführen können.

Zwitter: Das ist ganz richtig. Solange man die Sache aufgrund von Zahlen regeln will, wird sich die Situation weiter verschärfen und wir haben mit einem ständigen Volkstumskampf zu rechnen.

Klassenkampf: Was zeigt, daß alles daran zu setzen ist, weitere Zählungen zu verhindern und den Kampf weiter gegen beide Gesetze zu führen. Denn die ermöglichen es ja der Regierung, jederzeit per Erlaß neue Zählungen durchzuführen.

Zwitter: Ganz meine Meinung.

Klassenkampf: Können Sie uns sagen, durch welche Maßnahmen und Aktionen die Zählung heute aktiv boykottiert wurde? Gibt es Beispiele dafür, daß die Zählung im gemischtsprachigen Gebiet keineswegs geheim war, wie die Regierung immer wieder behauptete? Wir haben gehört, daß die Kuverts für die Stimmzettel nicht gummiert waren.

Wieser: Wir haben die Leute aufgefordert, aktiv zu boykottieren, das heißt, die Leute sollen hingehen und auf irgendeine Art protestieren. Entweder eine andere Sprache einschreiben oder darüberschreiben "Wir sind gegen die Minderheitenfeststellung", "Weg mit der Minderheitenfeststellung", "Für die Rechte der Minderheiten", oder die Wahlzettel zu zerreissen oder sie öffentlich ungültig zu machen usw. Es ist heute zu spontanen Aktionen seitens der Bevölkerung des gemischtsprachigen Gebietes gekommen. Zuerst in Windisch-Bleiberg. Da haben ca. 30 - 40 Leute die Wahlzelle besetzt, einer hat vierzehn Wahlzettel für seine Familie gepackt und in der Luft zerrissen, ein Flugblatt vom KHD hat er genommen und geschrien: "Vor denen habt ihr kapituliert", worauf ihn die Anwesenden unterstützten. Die Arbeit der Wahlkommission war unterbrochen, es sind unheimlich viele Polizisten gekommen, der Bürgermeister Woschitz ist gekommen, weiters der Major Koreimann und es wurde versucht, die Leute durch die Anwesenheit von viel Uniform einzuschüchtern und aus dem Wahllokal zu bringen. Die Wahl war für 2 Stunden unterbrochen.

In Radsberg haben die Leute ebenfalls die Zelle besetzt; darauf hat die Wahlkommission eine neue Zelle eingerichtet, auch die wurde besetzt. Das gleiche geschah in Ludmannsdorf. Dort hat man auch 2 Zellen eine zeitlang besetzt gehalten, in St. Michael hat man das ebenfalls gemacht, und die Wahlbehörde hat sich dann entschlossen, auf einem WC die Wahl fortzusetzen.

In Radsberg hat man dann nachdem beide Zellen besetzt waren, öffentlich auf einem Tisch gewählt; das war dann natürlich keine Geheimhaltung mehr. In Ebriach war die Wahlbeteiligung ausgesprochen niedrig, etwa bei 15 %. Ca. um 14.10 Uhr sind unbekannte Personen ins Wahllokal gekommen, die haben die Wahlurne samt Wahlzettel mitgenommen und sie vor dem Wahllokal mit Benzin übergossen und verbrannt. Die Polizei fahndet nach den Tätern und unserer Meinung nach ist das nur ein Ausdruck des Unwillens der slowenischsprachigen Bevölkerung, sie wollen sich nicht zählen lassen und sie machen mit den Absichten des KHD und der Spitzenpolitiker einfach nicht mit.

Wir haben weder die eine noch die andere Sache organisiert, aber wir sind sehr erfreut, daß unsere Aufrufe in so starkem Ausmaß befolgt wurden. Ich meine, daß auch außerhalb Kärntens die Wahlbeteiligung außerordentlich gering ist, und das zeigt, daß die Leute eben von Gesetzen, die gegen das Volk beschlossen wurde, nichts halten.

Klassenkampf: Der heutige Tag hat die Bewegung für die Rechte der Minderheiten zweifellos gestärkt. Wie werden die Zentralorganisationen nun weiter vorgehen?

Wieser: Wir haben uns bereits vor dem 14. gewisse Ziele für nachher gesetzt. Auf allen öffentlichen Versammlungen - ich habe ca. 40 abgehalten - habe ich darauf hingewiesen, daß nach dem 14. das Entscheidendste kommt. Dafür haben wir inhaltlich 4 Punkte fixiert:

1. Versuchen, innerhalb der Minderheit die breitestmögliche Bewegung aufzubauen, von Katholiken bis zu Kommunisten ..

der 2. Punkt wäre: noch aktiver mit den Demokraten des Mehrheitsvolkes zusammenzuarbeiten, wiederum von den Katholiken bis zu den Kommunisten, alle die unsere Auffassung teilen und mit denen wir unsere Auffassung teilen, mit denen wir also gemeinsame Gesichtspunkte haben. Auch in anderen Belangen, nicht nur in der Minderheitenfrage, - wir werden in Kürze auch andere Punkte haben, soziale Fragen z.B., die sich ebenfalls auf die gesamte Bevölkerung beziehen, und auch hier werden wir versuchen, gemeinsam vorzugehen.

Der dritte Punkt und den will ich absolut nicht verschweigen, ist der, daß wir künftig starke Verbindungen mit dem Muttervolk in Slowenien haben werden und wollen, weil wir glauben, daß unsere kulturellen und anderen Tätigkeiten oft sehr stark von dem abhängen, wie sich Sprache und Kultur dort entwickeln und wir eben aus diesem großen Reservoir herausschöpfen.

Der vierte Punkt: Wir wollen immer wieder als Antifaschisten auftreten.

Ich glaube, wenn wir diese 4 Punkte, ohne einen herauszuheben, als Prinzipien unseres Kampfes nehmen werden, dann glaube ich, daß wir in einigen Jahren zu gewissen Erfolgen kommen werden.

(Auszug aus beiden Interviews im Wortlaut nach dem Tonband)

Heimatdienst muß in Eisenkappel / Železna Kapla das Weite suchen

Am Tag vor der Sprachenzählung versuchte der Kärntner Heimatdienst (KHD) durch Organisieren einer Sternfahrt das zweisprachige Gebiet zu terrorisieren und sein Gift in die zweisprachigen Südkärntner Orte zu tragen, drei Kolonnen fuhren von Klagenfurt aus los, mit Lautsprechern am Dach: eine ins Rosental, die zweite ins Jauntal und die dritte war für Eisenkappel/Železna Kapla, Zell/Sele usw. bestimmt. Sie kam aber nicht weit, denn die Luft wurde für diese Typen schon in Eisenkappel zu dick. Verschiedene Autos fuhren in die KHD-Kolonne, veranstalteten ein Hupkonzert und machten die KHD-ler in ihren Autos - es waren meist ältere Herren - nervös.

Als die KHD-ler ausstiegen und Flugblätter verteilen anfingen, wurden sie von Slowenen aus dem Ort sofort in Diskussionen verwickelt.

Ein Bursche aus dem Ort packte einen jungen KHD-ler am Kragen und sagte ihm, er solle verschwinden; auch die anderen Anwesenden sagten, daß sie auf die Hetze nicht neugierig sind, der KHD soll abhauen. Als den Hetzern auch lautes Schreien und Beschimpfungen nichts nützten und im Gegenteil die Zahl derer, die die Hetze verurteilten immer größer wurde, zog das ganze Pack ab wie es gekommen war.

V.S.

Sele/Zell:

Slowenische Veranstaltung: Gendarmerie notiert Autonummern

Bei der Veranstaltung der beiden slowenischen Zentralorganisationen einige Tage vor dem 14 November erschienen zahlreiche Besucher. Während die Teilnehmer im Versammlungsraum waren, schrieben Gendarmen die Autonummern aller draußen parkenden Kraftfahrzeuge auf.

Die kapitalistische Wirtschaft ist aus

Im Theoretischen Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs, "Kommunist" (Nr. 1), wird zur Wirtschaftskrise u.a. folgendes festgestellt:

"Diese Krise hat 1974 und 1975 besondere Schärfe gewonnen durch das Zusammenfallen einer äußerst raschen Beschleunigung des Vormarsches der Dritten Welt und der damit verbundenen Einengung des Spielraums und Schwächung des Imperialismus auf der einen Seite und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auf der anderen Seite. Der Imperialismus hat sich bis heute nicht aus dieser Krise erholt und hat auch keine guten Aussichten in dieser Richtung. Seine politische Krise vertieft sich weiter rasch und er hat weitere entscheidende Niederlagen in Aussicht wie z.B. im Südlichen Afrika. Vor diesem Hintergrund, angesichts des anhaltenden und durch die bisherige Kapitalvernichtung nicht gelösten Widerspruchs zwischen der vorhandenen Produktionskapazität und der beschränkten Konsumtionskraft der Massen und angesichts der Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute ein einigermassen dauerhafter, tiefgreifender und allgemeiner Aufschwung der kapitalistischen Produktion unmöglich. Phasen der relativen Stabilisierung sind möglich, aber sie sind nur zeitweilig, erfassen jeweils nur einen Teil der Produktion und der entwickelten kapitalistischen Länder und tragen in sich den Keim eines noch tieferen Absinkens in die Krise. Sie sind eine oberflächliche und vorübergehende Erscheinung. Jenseits dieser Erscheinung ist mit der weiteren Vertiefung oder dem Anhalten der Krise oder dem Übergang in eine Phase der Depression zu rechnen. Dies alles führt die Überlebtheit und Verfaultheit des Kapitalismus nur noch schlagender vor Augen. Die reichsten Länder der Welt sind nicht in der Lage, die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen zu gewährleisten."

Wir müssen uns im klaren darüber sein, ob die einmal getroffene Beurteilung der Lage durch die Entwicklung seither bestätigt wurde oder nicht. Angesichts einer Vielzahl von - sich oft widersprechenden - Meldungen und Erscheinungen, auf dem Hintergrund eines Produktionsanstiegs, der in vielen imperialistischen Ländern seither stattgefunden hat, fällt es oft schwer, die grundlegenden Entwicklungslinien zu beachten und im Auge zu behalten. Klarer Kopf, Überblick und Orientierung gehen leicht verloren und werden dann durch subjektivistische Einschätzungen ersetzt, die von den jeweils zuletzt vorgenommenen Meldungen bestimmt sind.

»Die Regierung kann nichts dafür, die Krise kommt von außen«

Ein Argument, das in der Regierungspropaganda immer wiederkehrt, sei gleich vorweg behandelt: Die Krise komme in Österreich von außen, dagegen lasse sich nichts machen.

An dieser Propaganda ist nur richtig, daß diese Regierung wie jede andere Regierung eines kapitalistischen Staates grundsätzlich nichts gegen den krisenhaften Verlauf der Wirtschaft ausrichten kann, weil die Krise ihre Wurzel in den Widersprüchen hat, die der kapitalistischen Produktionsweise jedes einzelnen dieser Länder und der ganzen kapitalistischen Weltwirtschaft innewohnen. Weil Österreich ein kapitalistisches Land ist, wird seine Wirtschaft mit Notwendigkeit immer wieder von Überproduktionskrisen heimgesucht. Äussere Einflüsse können erst vermittels des inneren Zustands dieser Gesellschaft zur Wirkung kommen. Wären in Österreich das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln beseitigt und würde der Sozialismus aufgebaut, dann würden die Wirtschaftskrisen der Vergangenheit angehören. Krisen in einer weiterbestehenden kapitalistischen Weltwirtschaft könnten einem sozialistischen Land, in dem die Werktätigen planmäßig nach ihren Bedürfnissen produzieren, nichts anhaben.

Heute ist Österreich noch ein Land mit einer kapitalistischen Produktionsweise. Seine Wirtschaft ist ein Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft, über feste Kanäle in sie eingefügt. Diese sind v.a. der Handel mit Waren und der Kapitalverkehr.

Anteil der Exporte an der österreichischen Industrieproduktion

Jahr	Anteil
1955	20,7 %
1960	24,9 %
1966	26,6 %
1971	32,5 %

(Quelle: Monatsbericht des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung)

Je weiter entwickelt die Produktivkräfte, je größer die Zentralisation und Konzentration des Kapitals, desto mehr ist das Kapital auf den Export, auf äußere Märkte für seine Waren angewiesen. Die österreichische Industrie muß gegenwärtig fast schon 40 % ihrer Produktion auf ausländischen Märkten absetzen.

Die österreichische Bourgeoisie exportiert auch ihr Kapital ins Ausland und sucht dafür Anlagemöglichkeiten und höheren Gewinn. In den letzten 10 Jahren hat das österreichische Monopolkapital den Kapitalexport stark forciert, die Direktinvestitionen österreichischer Kapitalgruppen im Ausland sind heute ein Vielfaches höher als in den 60er Jahren. Gerade auf Schwierigkeiten bei der Verwertung des Kapitals im Inneren, bei der Beschaffung von Rohstoffen und Absatzmärkten reagiert das Kapital, indem es ausschwärmt und bessere Anlagemöglichkeiten und Einflußmöglichkeiten sucht.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß von der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft ganz deutliche Einflüsse auf Österreich ausgehen, dies trifft auf jedes kapitalistische Land zu, wie andererseits die Entwicklung in allen kapitalistischen Ländern zusammen den Gang der Weltwirtschaft beeinflußt und ausmacht.

Billigste Verteidigung der kapitalistischen Verhältnisse in Österreich ist es, wenn die hiesigen Anhänger und Statthalter des Kapitalismus dies mit der eingangs erwähnten Propaganda verschleiern und das Volk für dumm verkaufen wollen. Diese Leute wollen den Kapitalismus haben, sie können ihn nur mitsamt den Krisen haben.

Kennzeichen der internationalen Wirtschaftslage

Wo steht die kapitalistische Weltwirtschaft heute? Mit welcher Entwicklung ist in der nahen Zukunft zu rechnen? Befindet sie sich bereits in einem neuen, stabilen und somit relativ dauerhaften Aufschwung?

Grundvoraussetzung eines solchen Aufschwungs wäre allerdings, daß die Anhäufung von Kapital in der Produktion in Gang kommt, dort verstärkt Investitionen durchgeführt werden und die Investitionsgüterindustrien sich rasch ausdehnen, sodaß von dort ausgehend auch die anderen Bereiche der Produktion erfaßt werden. Von einem wirklichen Aufschwung kann erst die Rede sein, wenn die Produktion tatsächlich über ein einmal erreichts Niveau ausgedehnt wird, wenn neue Produktionsanlagen aufgebaut, d.h. sogenannte Erweiterungsinvestitionen vorgenommen werden; wenn neue Arbeitermassen in die Produktion einbezogen werden und die industrielle Reservearmee, das Arbeitslosenheer, merklich aufgesogen wird.

In den meisten imperialistischen Ländern hat 1976 die Industrieproduktion im Vergleich zum jeweiligen Tiefpunkt des Jahres 1975 zugenommen. Jedoch nirgendwo wurde das Niveau des Jahres vor Beginn der Krise erreicht. In den USA und Japan z.B. wird heuer das Produktionsniveau von 1973 kaum erreicht. Großbritannien und Belgien produzieren im Durchschnitt des Jahres 1976 noch immer weniger als vor 4 Jahren. "Bei den beträchtlichen Zuwachsraten handelt es sich kaum um eine eigentliche Erholung", schreiben die Ökonomen einer Zeitung des internationalen Finanzkapitals, "da die Maximalwerte der gesamtwirtschaftlichen Produktion vor der Rezession noch lange nicht erreicht sind." (NZZ, 4/9/76) In Großbritannien sowie verschiedenen kleineren Ländern hat sich die Industrieproduktion aus dem Tiefstand 1975/1976 überhaupt kaum erholen können, sodaß von einem "Aufschwung" nicht einmal in diesem beschränkten Sinne die Rede sein kann. Überhaupt ist die Uneinheitlichkeit der Entwicklung, die erst 1976 in aller Schärfe zutage getretene Zerrüttung der Wirtschaft einzelner imperialistischer Länder, ein bedeutsamer Faktor, der die Aussichten auf eine dauerhafte Erholung der kapitalistischen Weltwirtschaft verdüstern muß.

Der sogenannte "Aufschwung" hat es bis jetzt nicht zustande gebracht, die industrielle Reservearmee in einem bedeutenden Ausmaß aufzusaugen. Im Gegenteil. Jüngste Zahlen zeigen, daß erstens die Arbeitslosenzahlen heute sogar in den meisten Ländern höher sind als vor einem Jahr und daß sie zweitens insbesondere seit einigen Monaten wieder die Tendenz zum Steigen haben. Ende September 1976 hatten die Arbeitslosenzahlen in der EG gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur in der BRD um 9 % abgenommen, in allen anderen Ländern waren sie zwischen 11 % und 31 % gestiegen (Presse 29/9/76). Seit Mai 1976 sind die Arbeitslosenzahlen in den USA wieder kontinuierlich gestiegen, und zwar von 6,8 Mio auf 7,4 Mio oder 7,9 Mio im Oktober. Die US-Regierung ließ inzwischen verlauten, daß bis Herbst 77 mit "keinem

ihrer tiefgehenden Krise nicht heraus

Absinken der Arbeitslosenziffern unter 7 % zu rechnen sei" (Presse 18/11/76)

Die Produktion ist bis jetzt also im Großteil der Länder noch nicht einmal soweit in Gang gekommen, daß sie einen Teil der Arbeitslosenheere aufsaugen würde. Zwar wird mehr produziert, aber mit rationalisierten neuen Methoden, die Millionen Arbeiter überflüssig gemacht haben. Die Kapitalisten müßten bedeutend schneller akkumulieren, Erweiterungsinvestitionen vornehmen, um neue Arbeitermassen in die Produktion zu ziehen. Im September haben wir im "Klassenkampf" (Nr. 3/76) geschrieben: "Die Kapitalisten können sich gegenseitig einen Markt schaffen, indem sie durch bessere Profitaussichten angestachelt, die Investitionen ausdehnen. Ein solcher Investitionsaufschwung in der kapitalistischen Weltwirtschaft wäre die Voraussetzung für einen halbwegs längerdauernden Aufschwung. Bis heute aber ist dieser nicht so recht in Gang gekommen, die Kapitalisten haben selbst nicht genug Vertrauen in die weitere Entwicklung".

Seither haben sich die Zuwachsraten der Industrieproduktion auch noch verlangsamt, und vor allem in den USA und Japan, von denen man neben der BRD eine führende Rolle im Aufschwung erwartet, droht eine Stagnation der Industrieproduktion. In den USA gab es Anfang November wieder Schließungen in der Kraftfahrzeug- und in der Stahlindustrie. Die japanische Regierung hat kürzlich wieder ein Sonderprogramm im Ausmaß von 3,3 Mrd. zur "Konjunkturankurbelung" beschließen müssen.

Auf diesem Hintergrund mehren sich die Zweifel des Bürgertums über die zukünftige Entwicklung. Eine Zeitung schreibt: "Von einem nachhaltigen Aufschwung der Weltwirtschaft kann ... derzeit nicht gesprochen werden. Die Politiker der USA warten seit einem halben Jahr auf die Belebung, doch läßt sich diese nach Ansicht der abgewählten Administration bis heute noch nicht absehen". (Die Presse 18.11.76) "Einen neuerlichen Rückschlag, Entlassungswellen und höhere Preise sagten Experten der OECD für die 2. Hälfte des Jahres 1977 voraus" (Presse 13.11.76)

Inflation, Krise der Staatsfinanzen

Nirgendwo konnte die Inflation wirksam bekämpft werden. Zwar mußten die Bedingungen der Krise, die flaue Nachfrage einen dämpfenden Einfluß ausüben, durch die staatliche Verschuldung und zuletzt durch die sich wieder beschleunigende Kreditausdehnung wurden aber - unterschiedlich schnell in den einzelnen Ländern - das Geldvolumen und der Geldüberhand entsprechend ausgedehnt und damit der Nährboden für eine Beschleunigung des Preisanstiegs und weitere Krisen des Währungssystems bereitet.

Die Staatsverschuldungspolitik hat bereits einige Länder in die Nähe des Staatsbankrotts geführt. Dies insbesondere in Großbritannien, wo die Überproduktionskrise einen besonders schweren und hartnäckigen Verlauf nahm. An diesem Beispiel, und auch am Beispiel Italiens, läßt sich sehr gut die Unmöglichkeit dessen aufzeigen, daß der Staat mit Hilfe von Ausgaben und Schuldenmacherei die Krise der kapitalistischen Produktion verhindern oder auch nur in bedeutendem Masse mindern kann. Was dadurch bestenfalls erzielt werden kann, ist eine kurzfristige, teilweise und fadenscheinige Übertünchung der Widersprüche in der Produktion, dafür aber die Verschärfung der Krisenerscheinungen in den Bereichen der Währung und der Staatsfinanzen. Von dort gehen dann erst recht zerrüttende Einflüsse auf die Produktion aus.

Das Vertrauen in den Schuldner nimmt mit seinem Verschuldungsgrad ab. Die Rückzahlung der Schulden und Zinsen würde - insbesondere da das Geld für den verschuldeten Staat immer teurer wird - zu einer Last, die den gesamten Staatshaushalt zu schlucken droht. Wenn die Krise einmal so lange dauert, wie in Großbritannien und die Zerrüttung der Finanzen schon so schwer ist, ist eine kapitalistische Regierung einfach gezwungen, drastische Reduktionen der Ausgaben vorzunehmen, will sie ihren Staatsbankrott verhindern. Italien und Großbritannien waren schon gezwungen, riesige Summen von ihren imperialistischen Konkurrenten zu borgen. Zuletzt kamen sie von ihren Gläubigern stark unter Druck, die Staatsfinanzen zu sanieren, sonst würden sie keine weiteren Kredite mehr bekommen. Sanierung der Staatsfinanzen, d.h. in allen kapitalistischen Ländern Einsparen von Ausgaben, die direkt oder indirekt noch den Massen zugute kommen, Einsparen überall dort, wo dadurch die Profite nicht betroffen sind. In Großbritannien werden auf Drängen des Internationalen Währungsfonds sofort 1/2 Mrd. Pfund eingespart. Das drastische Sparprogramm der Regierung Andreotti in Italien ist ja, nicht zuletzt wegen der Handlangerrolle der Revisionisten der KPI dabei, einigermaßen bekannt.

Für die Bourgeoisie ist dies der einzig gangbare Weg: Sanierung der Staatsfinanzen, Verschlechterung der Lage der Massen, um auf diese Weise eine geordnete Grundlage für die Profitmacherei zu schaffen. Solche Maßnahmen nicht zu ergreifen, würde mit Sicherheit zu einer rapide fortschreitenden Zerrüttung der Produktion führen, zum Staatsbankrott und erst recht zu einer schweren Krise der Herrschaft der Bourgeoisie. Ob ihr die Sparprogramme gelingen, ist eine andere Frage, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Arbeiter zur Hinnahme gezwungen werden können und die ausländische Konkurrenz niedergerungen werden kann. Unmittelbar können diese Sparprogramme durch die weitere Verarmung der Massen und Einengung des inneren Marktes durchaus zu einem Rückgang der Produktion führen.

Verschärfung der Konkurrenz

Die Verschärfung der Ausbeutung durch Lohnraub und Intensivierung der Arbeit, die Verkleinerung des Anteils der Lohnsumme an dem Produktionswert durch die verschiedenen Rationalisierungen, die Verarmung der Massen durch Steuerausplünderung und die diversen Sparprogramme - all dies führt zu einer relativen Verengung des inneren Marktes. Umso mehr sind die Monopolkapitalisten gezwungen, die gestiegene Produktion auf den Auslandsmärkten abzusetzen. Deshalb muß mit oder ohne weitern Produktionsanstieg mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz gerechnet werden.

Anzeichen dafür sind u.a. die Äußerungen des zukünftigen US-Präsidenten Carter, der erkennen ließ, daß seine Verwaltung staatliche Maßnahmen setzen wolle, um die US-Industrie gegen die ausländische Konkurrenz zu fördern. So soll die westdeutsche Atomindustrie unter Druck gesetzt werden, keine Auslandgeschäfte zu tätigen, um so "hunderttausende Arbeitsplätze in Amerika zu sichern". Oder: in der Stahlindustrie tobt ein erbitterter Kampf zwischen Japan und den EG-Staaten. Japan hat ein Abkommen aus 1975 zerrissen, in dem es sich gewisse Exportbeschränkungen auferlegte, und versucht jetzt, zu Dumping-Preisen auf dem EG-Markt vorzudringen. Die Konkurrenzschwäche von Italien und Großbritannien wird von anderen Mächten, v.a. der BRD ausgenutzt, um ihre Positionen am Weltmarkt auszudehnen.

Die politische Krise des Imperialismus verliert nicht an Schärfe

Das Zusammentreffen der wirtschaftlichen Krise mit der Verschärfung der politischen Krise des Imperialismus, das bestimmt auch weiterhin die Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Der Kampf der Staaten um Unabhängigkeit, der Nationen um Befreiung und der Völker um Revolution gewann ständig an Stärke.

Heute sind die Imperialisten drauf und dran, das südliche Afrika vollends zu verlieren, Zimbabwe, Namibia und Azania. Dieses Gebiet gehört zu den an Rohstoffen reichsten Zonen der Erde. Ungeheure Kapitale wurden dort von den internationalen Monopolgruppen bereits investiert, die riesige Extraprofite aus diesen Ländern saugen. Ihr Verlust wäre wahrscheinlich ein schwerer Schlag für das internationale Bürgertum und seine Ausbeuterwirtschaft. Die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt, insbesondere die erdölproduzierenden Länder, sind nicht länger bereit, ständige Preissteigerungen bei Industriewaren, die sie den Imperialisten abkaufen, hinzunehmen, und kämpfen um gerechte Preise auch für die von ihnen exportierten Rohstoffe.

Insgesamt wird so der Spielraum der Monopolgruppen zunehmend eingeengt, verlieren sie ihre Absatz- und Kapitalanlagemöglichkeiten. Die Versuche der imperialistischen Länder, insbesondere der Supermächte, aus ihren Schwierigkeiten durch verstärkte Ausplünderung und Ausbeutung der Völker herauszukommen, haben immer weniger Aussicht auf Erfolg.

W.R.

Neuerliche Vertiefung der Krise droht

Verzicht auf die Verteidigung des Lebensniveaus wäre das Falscheste!

Die Lage der Arbeiterklasse hat sich seit den letzten KV-Abschlüssen verschlechtert. Der Reallohn ist durch Preissteigerungen und die wachsende Steuerausplünderung deutlich gesunken. Zugleich hat es in den meisten Branchen einen Anstieg der Produktivität gegeben. Laut ÖGB-Nachrichtendienst vom 7.10. ist die Produktivität je unselbständig Beschäftigten in der Industrie im ersten Halbjahr 1976 um 8,4 % höher gewesen als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Das zeigt schon, daß die Arbeitshetze und Auspressung von mehr Arbeit innerhalb kürzester Zeit gestiegen ist. Die Zahl der Industriebeschäftigten ist um 12.000 zurückgegangen, die Produktion wurde real um 3,9 % gesteigert.

Inzwischen mehren sich die Anzeichen für eine neuerliche Verschärfung der Krise. Mit einem tieferen Krisensturz in der nächsten Zeit muß gerechnet werden. Wieder, wie schon 1975, soll die Arbeiterklasse die Lasten der Krise tragen. So wollen es zumindest Kapitalisten und Regierung.

Die Kapitalisten haben schon vor längerem ihre Vorstellungen für die nächste Lohnrunde auf den Tisch gelegt. "1977 keine Reallohnerhöhung", forderte die Bundeskammer im Juni. Am 16.6. konnte man der Kronenzeitung entnehmen: "In Kreisen der Wirtschaft vertritt man die Ansicht, daß Lohnabschlüsse um 6 % der Realität entsprechen würden". Bei einer gleichbleibenden Teuerungsrate von 7,5 % und bei Laufzeiten von durchschnittlich 15 Monaten kann man sich schon ein ungefähres Bild machen darüber, was die Kapitalisten unter "kein Reallohnzuwachs" verstehen. Sollten sich die Arbeiter auf diese Rechnung nicht einlassen, so drohen die Kapitalisten mit Arbeitslosigkeit. "Es liege nun an den Gewerkschaften, durch ihre Lohnpolitik Investitionsanreize über die Gewinne zu ermöglichen und damit Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern" erklärte Mussil in einem Pressgespräch am 20. Oktober. Weniger kompliziert ausgedrückt heißt das, daß die Arbeiter vor die Alternative gestellt werden: entweder sich gegen die Lohnraubpläne der Kapitalisten zur Wehr setzen und damit die eigenen Arbeitsplätze gefährden oder sich dem Lohndiktat der Kapitalisten unterwerfen und im weiteren auf ihre Gnade hoffen.

Bei ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter wissen die Kapitalisten die SP-Regierung auf der ganzen Linie hinter sich. "Wir wollen die Vollbeschäftigung sichern" erklärt Kreisky und nennt dazu die Bedingungen: Erstens müssen die Löhne runter und zweitens muß die Steuerausplünderung der arbeitenden Massen angehoben werden. Den Arbeitern wird gesagt: "Was wollt ihr. Der Wirtschaft geht es jetzt schon nicht besonders gut und wir müssen damit rechnen, daß es ihr bald noch schlechter gehen wird. Daran ist die internationale Konkurrenz schuld, die immer stärker wird. Wenn die Wirtschaft aber ihre internationale Konkurrenzfähigkeit verliert, dann sind eure Arbeitsplätze in Gefahr. Das wollt ihr natürlich nicht. Die Wirtschaft kann international nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn ihr mit euren Löhnen etwas bremst. Das ist doch immer noch besser, als wenn ihr arbeitslos seid. Und was die Steuerbelastung betrifft, so ist es halt Tatsache, daß der Reallohnabbau nicht ausreicht, um die Kapitalisten dazu zu kriegen, euch zu behalten. Deshalb geben wir ihnen 1977 mehr als 44 Milliarden zur Förderung der Investitionen und haben weitere 19,1 Milliarden für wirtschaftliche Maßnahmen eingeplant. Da ist eine Milderung der Steuerbelastung verständlicherweise nicht drin. Und außerdem dürft ihr ja nicht vergessen, daß wir letztes Jahr bereits einiges an Geld in die Wirtschaft gepumpt haben, nur damit die Kapitalisten sich beim Entlassen und Zusperren zurückhalten. Das muß natürlich erst wieder hereinkommen!

Diese Melodie wird man in den nächsten Monaten landauf, landab hören. Das schlimme ist, daß die ÖGB-Führung bereits nach dieser Melodie tanzt. Schon hat Benya den Kapitalisten angedeutet, daß sie selbst "wissen müssen, was sie zahlen können". Kein Wunder, daß die Kapitalisten glauben, mit den Arbeitern Schlitten fahren zu können, wenn die ÖGB-Führung sie dazu einlädt.

Die Arbeiterklasse muß von ihren Interessen ausgehen

Kapitalisten und Regierung nehmen die aktuelle und drohende Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse als Argument für weitere Verschlechterungen auf allen Gebieten. Nach ihrer Logik kann es nur besser werden, wenn sich die Arbeiterklasse mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Lage abfindet. Die Profite müssen steigen, die Profite aber können nur steigen, wenn aus den Arbeitern mehr herausgeholt werden kann. Das ist die Logik des Kapitalismus. Die kapitalistische Wirtschaft funktioniert nur mit Profit. Doch wegen der Jagd nach Profit kommt es auch zu Krisen, denn mit jedem Profit müssen die Kapitalisten mehr Profit machen, investieren, die Produktion ausweiten auf der Grundlage gesteigerter Ausbeutung und Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und so kommt es zur Überproduktion, zur Krise.

Dann können sie ihre Waren nicht mehr absetzen und ihre Produktionsanlagen nicht mehr auslasten und dann funktioniert es mit dem Profit nicht mehr.

Es ist ganz klar, wenn man sich am Wohl der kapitalistischen Wirtschaft orientiert, dann muß man sich auf den Profit orientieren und auf nichts anderes. Und diese Orientierung bedeutet, daß man sich auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse orientiert, denn der Profit kommt aus der Ausbeutung.

Die Arbeiterklasse kann sich auf eine solche Orientierung nicht einlassen. Sie muß sich an ihrem Klasseninteresse orientieren, ihr Ziel ins Auge fassen und von daher die Verteidigung gegen die Angriffe der Kapitalisten organisieren.

Das Ziel der Arbeiterklasse muß der Sturz der Ausbeuterherrschaft und die Errichtung des Sozialismus sein. Warum? Die Arbeiterklasse schafft den gesamten gesellschaftlichen Reichtum, aber sie hat nichts davon, weil ihn sich die Kapitalisten aneignen. Diese Gesellschaftsordnung setzt sogar einen Teil der Arbeiter auf die Straße, wenn die Kapitalisten mit ihrer Profitproduktion nicht weiterkommen. Das hat die letzte Krise erneut gezeigt. Dabei gäbe es genug zu tun, um die notwendigen gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Aber für die Kapitalisten ist die Produktion nicht Mittel zur Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern Mittel der Ausbeutung. Woran die Gesellschaft Interesse hat, ist nicht das Ziel der kapitalistischen Produktion.

Die Arbeiterklasse kann das ändern. Sie kann eine Gesellschaft aufbauen, in der die arbeitenden Menschen für ihre Bedürfnisse produzieren und danach die Produktion leiten. Die Arbeiterklasse kann das deshalb, weil sie die produzierende Klasse ist, die ausgebeutet wird. Indem sie die Ausbeutung beseitigt, schafft sie die Voraussetzung, daß für die Gesellschaft produziert werden kann. Wird für die Gesellschaft produziert, gibt es auch keine Krisen mehr, die sich aus der kapitalistischen Profitproduktion ergeben. Um diese Gesellschaft aufbauen zu können, muß sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Produktion, über die Gesellschaft beseitigen, ihren Staat stürzen, der die Kapitalistenherrschaft aufrechterhält.

Das ist das Ziel, das die Arbeiterklasse ins Auge fassen muß. Dieses Ziel ist zu erreichen, wie der Aufbau des Sozialismus in China und Albanien beweisen.

Erreicht werden kann dieses Ziel nur im Klassenkampf. Der Klassenkampf ist keine Erfindung und nicht abhängig davon, ob ihn die Arbeiterklasse führen will. Die Kapitalisten führen ständig den Klassenkampf gegen die Arbeiter. Dazu setzen sie ihren Staat ein. Wenn sie es können, setzen sie auch Kräfte in der Arbeiterklasse selbst dafür ein, wie Reformisten und Revisionisten.

Die Stärke der Arbeiterklasse im Klassenkampf besteht in ihrer Einheit und Selbständigkeit. Verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage, ist es besonders wichtig für die Arbeiterklasse, sich nicht der Logik des Profits zu unterwerfen, sondern weiterhin den Klassenkampf zu führen, einheitlich und selbständig die eigenen Interessen zu vertreten. Das ist deshalb besonders wichtig, weil Kapitalisten und Regierung die Krise benutzen wollen, der Arbeiterklasse zu zeigen, wer der Herr ist und die Arbeiterklasse zu brechen. Gelingt ihnen das, brauchen sie erst recht keine Angst zu haben, daß die Arbeiter auf den Gedanken kommen, daß es ohne Kapitalisten und Staat auch geht, und zwar besser.

SJ fordert Religion als Freigegenstand

Vollständige Trennung von Staat und Kirche ist notwendig

Der Bundeskongreß der Jungen Generation der SP stellte im Frühjahr 76 die Forderungen auf, den konfessionellen Schulen die staatlichen Subventionen zu entziehen und den Religionsunterricht nur noch als Freigegenstand zu führen.
Dafür trat auch schon während des Wahlkampfes 75 eine Reihe jüngerer SP-Mitglieder ein.
In Graz fordert die "Aktion Trennung Kirche-Staat" die Abschaffung des Religionsunterrichts und die Fortführung in einer Art Sonntagsschule, sie fordert die Auflösung der theologischen Universitätsfakultäten und die Umwandlung des Kirchenfunks in Belangsendungen, die bezahlt werden müssen.
Daß die Kirche da Feuer schreit (Kardinal König sprach von einer "Kirche der Verfolgten wie im Osten", Presse, 8.6.76), ist nicht verwunderlich. Warum aber fahren Regierung und SP mit Kreisky, Fischer und Blecha an der Spitze ihrer Jugendorganisation dafür übers Maul? Kreisky hält es für gut, wenn Jugendliche bis zum 14. Lebensjahr den Religionsunterricht besuchen, weil sie dann wissen, "worum es geht", er nennt sie "kindisch" und tadelt sie, weil sie eine Resolution gegen den Religionsunterricht beschlossen haben, anstatt sich mit der Katholischen Jugend für die Verbesserung ebendieses Unterrichts einzusetzen. (Profil,3.11.).
SP-Ideologe Norbert Leser versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Zurückdrängung des Einflusses der Religion sei reaktionär, weil das einen gesellschaftlichen Bewußtseinsrückschritt und Einschränkung pädagogischer Einwirkungsmöglichkeiten auf die Persönlichkeit des Kindes bedeute, an deren Stelle nur religiöse und politische Schwarmgeisterei treten könne - und das ist ja wirklich etwas sehr Gefährliches (Die Zukunft,30.6.)

Für die Arbeiterklasse gibt es keinen Grund, nach der Kreisky-Melodie zu tanzen. Für sie gilt - den Lohn unbeirrt verteidigen, gegen jede Mehrarbeit und jede Steigerung der Ausbeutung auftreten, die eigenen Interessen entschieden anpacken mit dem Ziel, die Kräfte zu sammeln für den Sturz der Ausbeuterherrschaft. Dafür muß heute die noch günstige Lage in vielen Betrieben genutzt werden und dafür müssen auch die kommenden Lohnrunden genutzt werden.

G.Sch.

Um den Preis der Knebelung und Lächerlichmachung ihrer eigenen Organisationen und Mitglieder tut die SP alles, um im Verhältnis von Kirche und Staat kein Wässerchen zu trüben. Ihre Funktionäre und die Regierungsmitglieder werden nicht müde zu betonen, daß die Beziehungen zur Kirche noch nie so gut gewesen seien wie jetzt. Sie haben recht damit: denn hier wird klar - Kirche und Kapitalismus gehören zusammen.
Die Kirche ist dazu bestimmt, das System der Ausbeutung und Unterdrückung zu rechtfertigen und zu heiligen, die arbeitenden Massen in Gehorsam, Demut und Anspruchslosigkeit zu erhalten, sie vom bewußten Klassenkampf hier auf der Erde abzuhalten, die Lüge von der Klassenversöhnung und sozialen Gerechtigkeit vorzusingen, und wenn es den Massen schlecht geht, sie auf die Erlösung im Himmel zu vertrösten.
Der bürgerliche Staat weiß die Dienste der Kirche zur Erhaltung und Festigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung durchaus zu schätzen. Er hat ein brennendes Interesse an den Diensten, die ihm die Kirche da bietet. Mehr noch, er beschließt Gesetze und schließt Verträge ab, deren einziger Zweck es ist, der Kirche verbesserte Möglichkeiten zu bieten, um der Arbeiterklasse und dem Volk ihr religiöses Betäubungsgift einzuhämmern.
Es ist deshalb keinesfalls erstaunlich, wenn Bruno Kreisky, der sich selbst als nichtreligiös bezeichnet, so ein vehementer Verfechter der Sonderrechte der Kirche ist. "Daran ist überhaupt nicht zu rütteln! Nehmen sie das so wie ichs gesagt habe!" ist Kreiskys Stellung zu den Bestimmungen des Konkordats (d.i. ein Vertrag mit dem Vatikan, 1962 von Kreisky als Außenminister neu unterzeichnet) und die Wiener Zeitung unterstreichet, daß" der Religionsunterricht wohl Werte und Ideale zu vermitteln habe, die für die Staats- und Gesellschaftsmoral insgesamt nicht so unwichtig sind".
Mit welch breiter Palette von Sonderbestimmungen und Gesetzen der Staat die Einflußnahme der Kirche auf das Volk absichert, muß man sich einmal anschauen:
der Staat gewährt der Kirche überall einen verfassungsmäßigen rechtlichen Schutz, große finanzielle Unterstützung und besondere Privilegien(wie etwa die Rechte öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Heilighaltung des Sonntag, Verbot von Versammlungen und Umzügen während der Gottesdienstzeit, strafrechtlicheVerfolgung der "Gotteslästerer", die Eidesformel, militärischer Kirchgang ...).
Die meisten Vorrechte hat die Kirche im Volksbildungswesen, wobei sie mit dem vorschulischen Alter beginnt. Sie unterhält Kindergärten und Horte, bildet Kindergärtnerinnen, Erzieher und Lehrer aus,

+ ein Drittel aller Kinder benützt im Vorschulwesen kirchliche Einrichtungen
+ 12% der AHS sind konfessionell,
+ fast ein Drittel aller Pflichtschullehrer werden an katholischen pädagogischen Akademien ausgebildet.

Die Religion als Ideologie der herrschenden Klasse, des gesellschaftlichen Rückschritts, wird in Österreich durch das Konkordat gesetzlich untermauert. Darin garantieren folgende Bestimmungen die kirchliche Vormachtstellung in der Massenerziehung:

+ Religion als Hauptgegenstand mit zwei Stunden pro Woche an allen Schulen
+ dabei noch die kirchliche Oberhoheit über alle Lehrpläne, Religionsbücher, Lehrerbestellung- und Entlassung
+ Zuerkennung des Öffentlichkeitsrechts für alle katholischen Schulen.

Die Übernahme der vollen Personalkosten der konfessionellen Schulen durch den Staat erfolgte durch ein Bundesgesetz 1970. Durch die Privatschulgesetznovelle 1972 wurden zusätz lich 800 Millionen Schill ing für die Kosten der Lehrer an konfessionellen Schulen zur Verfügung gestellt. der §2 des Österreihischen Schulgesetz es legt die religiös-sittliche Erziehung als eine der Hauptaufgaben der österreichischen Schule fest und nimmt damit alle Lehrer an die religiöse Kandare. Für 1976 wurden im Nationalret "wegen der Teuerung" folgende Erhöhungen für die Religionsgemeinschaften einstimmig beschlossen:

röm.kath: ab 1.1.76 97 Mio (bisher 67 Mio S)
ev. AB. und HB : 6,4 Mio S (bisher 1,8 Mio S)
altkath.: 288.000 S (bisher 87.000 S)
israelit.: 1,2 Mio S (bisher 522.000 S).

In diesen staatlichen Zuwendungen sind noch nicht die Unsummen, die das religiöse Gift in Form von 26 verschiedenen Religionsbüchern dem Volk kostet, enthalten. Sie gehören zu den teuersten Schulbüchern, nämlich im Schnitt 62 S. Zusätzlich gibt es noch um vieles teurere Mehrstufenbücher und eine Bibel für jeden Schüler. Kein Zufall ist es auch, daß nicht nur die Religionsbücher von den krassen Einsparungen im vergangenen Jahr ausgenommen waren, sondern gleich 13 neue approbiert und eingeführt wurden.
Die Forderung der SP-Jugendlichen nach Vertreibung der Religion aus den Schulen richtet sich objektiv gegen die Sonderrechte, mit denen die Bourgeoisie den Einfluß der Kirche im Volk weiter sichern will. Die Kommunisten werden alles tun, um solche Bewegungen zu unterstützen und recht kräftig "daran rütteln", damit der schädliche Einfluß der Religion auf die Arbeiterklasse und ihre Kinder zurückgedrängt wird. Die religiöse Ideologie ist eine Fessel bei der Entwicklung politischen Bewußtseins der breiten Massen. Um diese Fessel zu zerreißen und den "religiösen Nebeldunst" zu bekämpfen, reicht die Forderung nach freiwilligem Religionsunterricht allerdings nicht aus; die Kommunisten verlangen die Herstellung der vollen Glaubens- und Gewissensfreiheit; Religion muß zu einer reinen Privatsache werden.

Vollständige Trennung von Kirche und Staat; Behandlung aller Religionsgemeinschaften durch den Staat als private Vereine; Verlust jeder Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, aller Sonderrechte und jedes Einflusses auf das Volksbildungswesen und andere öffentliche Einrichtungen; Aufhebung aller gesetzlichen Beschränkungen der antireligiösen Propaganda.

Das heißt für die Kommunisten, daß es nicht genügt, die Kirche mit Worten zu bekämpfen, wo sie sich selbst nicht mit Worten begnügt, sondern im Auftrag des Staates ihre Finger ausstreckt nach dem Schulwesen, nach der Krankenpflege, nach der Fürsorgeerziehung, nach der Justiz und dem Militär.
Es muß dem Staat unmöglich gemacht werden, die religiösen Nebelschwaden zwangsweise dem Volk einzubleuen. Der Kampf gegen die Religion muß politisch gegenüber dem Staat geführt werden unter der Forderung:

Vollständige Trennung von Kirche und Staat!

V.S.

Gespräch mit Fohnsdorfer Knappen

»Wir sind weiter gegen die Schließung der Grube, solange nicht für alle gesorgt ist«

"59o Fohnsdorfer sollen nach Donawitz pendeln, 2oo nach Zeltweg, der Rest soll in Pension gehen oder sich verlaufen." Das war der Plan, den Regierung und ÖIAG den Fohnsdorfern im September aufgetischt hatte.

Dieser Plan konnte nicht in die Tat umgesetzt werden. Er scheiterte an der geschlossenen Ablehnung der Knappen. Diese Haltung der Knappen sowie sicherlich auch die breite Unterstützung, die sie aus allen Teilen Österreichs erhielten, sind der Hauptgrund dafür, daß zumindest sicher ist, daß knapp die Hälfte der Belegschaft im geplanten Werk der Firma Eumig unterkommen wird und der unannehmbare Plan vom Pendeln nach Donawitz nicht realisiert wird. Noch aber kann keine Rede davon sein, daß alle Forderungen der Knappen erfüllt sind.

Das folgende (leicht gekürzte) Gespräch mit zwei Fohnsdorfer Knappen verdeutlicht, mit welchen Problemen die Knappen heute konfrontiert sind und wie sie ihre Lage sehen. Es wurde am 17.November geführt.

Frage: Zwischen der Firma Eumig und der Regierung bzw. der ÖIAG ist vor kurzem eine Vereinbarung getroffen worden, daß das geplante Eumig-Werk nicht 263, sondern 5o3 Beschäftigte aufnehmen wird; 2oo von Euch sollen nach Zeltweg zur Alpine. Was hältst Du von diesem Plan und was ist überhaupt die Meinung der Belegschaft zur Entwicklung in den letzten Wochen?

Antwort: Fast alle sind wir unzufrieden mit dem wie's jetzt ausschaut. Da ist keiner besonders begeistert von dem Eumig-Werk, weil jeder weiß, daß es für die meisten eine Verschlechterung bedeutet.



Im Arbeiterheim werden die Fohnsdorfer Bergarbeiter durch die Eumig-Bosse über deren Pläne informiert."Tja,schaffen,schaffen, schaffen!" sagte der künftige Chef vom Fohnsdorfer Werk,Haider, als ihm vorgeworfen wurde, daß die gebotenen Löhne zum Leben zu niedrig seien.

Das einzige, was Eumig anzubieten hat, ist, daß dort alle Angestellte sind. Aber was hilft dir das "von", wennst davon keinen Wald verkaufen kannst - wie man bei uns sagt; ich mein, was hilft dir so ein Titel, wenn er dir nichts einbringt. Solche Angestellte wie bei uns: Strom gratis, Kohlen gratis und noch andere Absicherungen - das ist man bei Eumig natürlich nicht. Nur der Titel soll locken.

Bei der Informationsveranstaltung von Eumig haben die Herren gesagt, daß der Grundlohn 4o S in der Stunde sein wird. Das klingt ja ganz schön, wenn ich denk, daß er bei uns jetzt nur 35S ist. Aber dann ist einer aufgestanden und hat gesagt: "4o S in der Stunde, das gibt brutto ungefähr 6.9ooS; dann kommen die Abzüge weg, dann 2- bis 3ooo S für eine Wohnung - undjetzt sagen Sie mir" -hat er die Eumig-Leute gefragt, - "wie solln wir vom Rest leben?" -. Und wißt ihr, was der Haider, der zukünftige Chef vom Fohnsdorfer Werk,drauf gesagt hat? - "Tja, schaffen, schaffen, schaffen!"

Drauf ist er von mehreren Knappen angeflogen worden, worauf er so tun wollte, als hätte er das nur hetzhalber gesagt. Aber wir haben uns alle gedacht: Wir wissen genau, was du für ein falscher Hund bist.

Frage: Haben die Eumig-Kapitalisten auch über die Art der Arbeit Auskunft gegeben, die ihr dann im Fohnsdorfer Werk machen sollt?

Antwort: Ja, wir haben zwei Filme gezeigt gekriegt, wo wir das auch gesehen haben. Natürlich sind die Filme so gemacht, daß alles möglichst gut ausschaut. Aber man hat dort Akkordarbeit im Fließband gesehen - ein paar hundert Stück pro Stunde, monatelang dasselbe, da hab ich mir gedacht: Das ist ungefähr so wie bei Bauknecht, die moderne Form der Menschenauspressung. Aber wir werden ja sehen: Wenns dort zu arg ist, dann müssen wir eben einen Wirbel machen.

Frage: Bei Eumig sollen jetzt also 5oo unterkommen. Und was ist mit den restlichen ca.6oo von euch?

Antwort: 2oo sollen zur Alpine nach Zeltweg. Aber da ist überhaupt noch nichts fix. Da weiß niemand was. Da wird nur groß geredet, daß ausgebaut wird. Und ein Teil soll ja in Frührente oder Sozialrente gehen.

Das reicht eben alles noch nicht. Deswegen sind wir gegen eine Schließung der Grube, solange nicht für alle gesorgt ist.

K.W./ Ortsgruppe Graz,
M.G./ Knittelfeld.

Diskussionsveranstaltung in Hüttenberg

VÖEST und SP können die Hüttenberger von der Notwendigkeit der Schl[...]

Am 9.11. wurde in Hüttenberg vom SP-Organ "Kärntner Tageszeitung" (KTZ) ein "Leserparlament" zur geplanten Schließung veranstaltet. Viele Bewohner von Hüttenberg/Knappenberg und Umgebung waren anwesend, in der Hoffnung, etwas Konkretes über die Schließung des Erzbergbaus zu erfahren.

Zum x-ten Mal mußten die Bevölkerung und die Knappen von Vertretern der VÖEST-Generaldirektion hören, daß der Betrieb geschlossen werden soll. In knapp drei Jahren.

Die wachsende Unruhe im Saal versuchte ein VÖEST-Sprecher in den Griff zu bekommen, indem er sich mit Zahlenbelegen und hunderten Argumenten davor drückte, zuzugeben, daß die VÖEST einzig davon ausgeht, nur solche Konzernbetriebe weiterzubetreiben wo die Ausbeutung der Arbeitskraft eine möglichst hohe Profitrate auf das eingesetzte Kapital erwarten läßt. Ein aufgebrachter Hüttenberger Knappe rief ihm zu: "Für Hüttenberg und Knappenberg gilt nur mehr der Bergmannsspruch 'Glück', aber nicht 'auf', sondern 'nieder'. Das müssen die Herren vom Konzern einmal wissen!"

VÖEST-Dipl.Ing. Plöch sagte dann ganz offen, daß die VÖEST jetzt bereit sei, ein zweites Gutachten über die Erzlager im Gebiet Waitschach erstellen zu lassen, da sie aber sowieso ohne Einfluß auf den Plan, die Hüttenberger Grube zu schließen und den gesamten Bergbau stillzulegen. "Wir können uns dieses Defizit einfach nicht leisten, wir alle Österreicher", sagte er.

Sicher, die VÖEST will sich die Aufrechterhaltung des Bergbaus nicht leisten. Die Hüttenberger Knappen können es sich aber vor allem nicht leisten, arbeitslos zu werden, von einer Pension unter 3ooo S zu leben oder weit weg arbeiten zu fahren. Damit werden die Existenz der Knappen und die ihrer Familien gefährdet, die Lebensbedingungen verschlechtert und das Gebiet Hüttenberg mit der Zeit völlig entsiedelt. Insoferne gibt es nichts Gemeinsames zwischen den Knappen und der Bevölkerung,-und dem VÖEST-Konzern, wie es Plöch mit "wir alle Österreicher" vortäuschen wollte.

Ein Pensionist sprach über die brutale Vorgangsweise der VÖEST-Direktion gegenüber den Knappen und über die katastrophalen Verhältnisse in den Werkswohnungen: "Ich bin Pensionist und muß aus meiner Wohnung hinaus, obwohl ich über drei Jahrzehnte im Bergbau gearbeitet habe. Ich bin gekündigt worden. Man sagt, daß man den Platz für einen jüngeren dringend braucht, obwohl schon längst Aufnahmesperre herrscht. Ich habe nur einen geringen Verdienst und bin daher nicht in der Lage, eine Ersatzwohnung zu beschaffen. Man sollte sich einmal mit der Altsiedlung in Knappenberg eingehend befassen: Die Wohnungsverhältnisse sind katastrophal. Kaum eine Wohnung ist in Ordnung. Der Strom ist viel zu schwach, für vier Mieter gibt es nur eine Hauptsicherung Kein entsprechendes Klosett ist vorhanden und es herrscht akuter Wassermangel. Wir haben die Gesundheit fürs Unternehmen geopfert. Was tut aber der VÖEST-Konzern für uns?"

Die Menschen, die die Versammlung der KTZ besuchten, gingen alle sehr unzufrieden und empört weg. VÖEST und SP-Zeitung konnten lange nicht das erreichen, was sie wollten, nämlich die Men-

Kapsch/Wien

Die Gleitzeit unterhöhlt die Einheit der Angestellten

Viele Kapitalisten sind versessen darauf, die gleitende Arbeitszeit, insbesondere bei ihren Angestellten, einzuführen. So gleiten z.B. die Kapsch-Angestellten seit letztem Februar. Sogar in den Kollektivverträgen der Industrieangestellten wollten die Kapitalisten im vergangen Jahr die Gleitzeit verankert wissen. Ihre Absichten sind durchsichtig und sie machen auch kein Hehl daraus. Sie wollen die Arbeitszeit möglichst an den Arbeitsanfall anpassen. Entweder durch Zwang mittels entsprechender Klauseln im Gleitzeitvertrag oder durch "sanften Zwang". Die gleitende Arbeitszeit ist eine Rationalisierungmaßnahme, die die Arbeit der einen intensiviert und andere Arbeitskraft überflüssig macht. Das macht den Kern der Gleitzeit aus. Daneben kann sie zu verschärfter Kontrolle (Stechuhren!), Überstunden ohne bezahlten Zuschlag und der Aushöhlung des § 8 des Angestelltengesetzes (Recht auf Erledigung von Behördenwegen und Arztbesuchen während der Arbeitszeit) führen.

Gleitzeit ist Arbeitszeit nach den Bedürfnissen der Kapitalisten

Einige Kapsch-Angestellte argumentierten nämlich, daß sie die Absicht der Firmenleitung zwar sähen, daß die Gleitzeit aber doch eine gewisse Möglichkeit brächte, die Arbeitszeit nach den eigenen Bedürfnissen zu gestalten: Wenn nicht gerade Arbeitsspitzen auftreten, während der die Kapitalisten dahingehend Druck ausüben werden, daß länger gearbeitet wird; wenn nicht gerade eine gewisse Auftragsflaute herrscht, während der die Kapitalisten danach trachten werden, daß die Angestellten ihre Zeitguthaben abbauen; dann werde sicher die Möglichkeit bestehen, die Arbeitszeit individuell nach den eigenen Bedürfnissen zu regeln.

Der Wunsch nach einer Arbeitszeitregelung nach den Wünschen der Kollegen ist äußerst verständlich. Zwingt einen doch die immer stärker werdende Auslaugung der Arbeitskraft dazu, die Freizeit optimal zu nutzen, nur um die Arbeitskraft wiederherzustellen. Will jeder sich mehr dem Familienleben widmen, das der kapitalistische Arbeitsprozeß und seine Folgen immer mehr kaputt macht. Und versucht jeder, der Despotie und dem Zwang, unter denen sich die Arbeit im Kapitalismus vollzieht, zumindest ein bißchen zu entgehen. Mit solchen Hoffnungen sind viele bereit, der Einführung der Gleitzeit zuzustimmen.

Es ist ähnlich wie bei den Überstunden: Ihre Nachteile - Verlängerung des Arbeitstages werden in Kauf genommen, um einen individuellen Ausweg aus der tristen finanziellen Situation zu finden.

Wir meinen, daß es bei der Gleitzeit nicht anders aussieht wie bei den Überstunden. Auch hier wird die Möglichkeit des individuellen "Auswegs" suggeriert und vom Kampf um solche Arbeitsbedingungen abgelenkt, die auf die Einheit und Selbständigkeit der Werktätigen abzielen. Ein Beispiel soll die Spaltung, die die Gleitzeit bringt, verdeutlichen. Nach Weihnachten wollen die Kapsch-Kapitalisten zwischen den Feiertagen die Produktion nicht aufnehmen und am liebsten wäre es ihnen gewesen, wenn alle Beschäftigten drei Tage Urlaub genommen hätten. Dagegen gabs aber Protest in der Belegschaft. Urlaub ja, aber zusätzlich zum normalen Urlaub. Das dachten sicher viele. Dann rückten die Kapitalisten mit andern Plänen heraus. Wer nicht Urlaub nehmen wolle, könne einarbeiten; insbesondere könnten die Angestellten so gleiten, daß sie die drei Tage einbringen. Einigen schien die Regelung vorteilhaft. Sie stiegen darauf ein. Für andere - z.B. Frauen, die Kinder zu Hause haben - war eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit untragbar. Wenn sie die drei Tage zu Hause bleiben wollen, müssen sie wohl oder übel was vom Urlaub abzwicken. Eine Einheit im Kampf für drei Tage Urlaub mehr, war jedenfalls verspielt.

Die Gleitzeit ist aber nicht nur spalterisch, weil sie die Angestellten darauf festlegt, die miesen Arbeitsbedingungen individuell zu "umgleiten"; die Aufweichung des Schutzes, den die feste Arbeitszeit den Werktätigen gewährt, bietet den Kapitalisten eine zusätzliche Möglichkeit, die Kollegen gegeneinander auszuspielen: die "braven" Gleiter, die widerspruchslos die Wahl ihrer Arbeitszeit dem "Betriebswohl" unterwerfen, werden ausgespielt gegen die "Aufmüpfigen" die versuchen, ihre Arbeitszeit ausgehend von ihren Bedürfnissen festzulegen. Letztere werden z.B. bei Kapsch sicher durch die Finger schauen, wenn die nächste Innerbetrieblichewie bisher nach dem "Leistungswillen" der einzelnen ausbezahlt wird. Und sie werden die ersten sein, wenn wieder einmal abgebaut wird.

Jede Regelung der Arbeitsbedingungen, die die Einheit untergräbt, muß entschieden bekämpft werden. Wenn wir die Auswirkungen der Gleitzeit vom Standpunkt des Klassenkampfs aus angreifen, werden wir die trügerische Hoffnung auf den individuellen Ausweg letztlich schlagen können, und eine Kampffront gegen die gleitende Arbeitszeit herstellen. Und diese Kampffront wird auf einer festen Grundlage beruhen.

sch.
Zelle Kapsch/ Wien

...ung nicht überzeugen

schen zum Stillhalten und zum Abfinden mit ihrer Situation und der Schließung des Erzbergbaus zu bringen.

Was allerdings unter den Anwesenden einige Unsicherheit hervorgerufen hatte war, daß von der Gewerkschaft über diese Angelegenheit nichts als Stillschweigen bekannt wurde. Denn die Bergleute wollen natürlich, daß ihre Resolution, vom 28.8.1976, mit der sie der Aufnahmesperre und der Schließung den Kampf angesagt haben, von der Gewerkschaft tatkräftig unterstützt wird. Daß dies geschieht, dafür müssen sie auch ihre Betriebsräte einsetzen. Vom Gerede der SP über Ersatzarbeitsplätze ist solange nichts zu halten, solange nichts konkretes bekannt und gesichert ist.

B.H.
Ortsaufbaugruppe Kla[illegible]nfurt

Transportkapitalisten gefährden Leben der Chauffeure

Eine Überprüfung von 956 LKWs und Sattelschleppern beweist, wie sehr den Transportkapitalisten nur an ihren Profiten gelegen ist, und andrerseits, wie wenig sie um die Sicherheit ihrer Arbeiter besorgt sind:

555 von 956 LKWs und Sattelschleppern wiesen technische Mängel auf, weswegen sie beanstandet werden mußten. Die Beanstandungen konzentrierten sich auf technische Mängel, die lebensgefährlich sind:

+ *schlechte Bremsen*
+ *Lenkung und Federung abgenutzt*
+ *abgefahrene, beschädigte oder nachgeschnittene Reifen*
+ *Überladung*
+ *schadhafte Lichtanlagen*
+ *bei vielen Tankwagen fehlten Feuerlöscher und Schüttmaterial und die Wagen selber wiesen Rahmenbrüche auf.*

(nach Nachrichtendienst des ÖGB)

Wichtig für die Kapitalisten ist lediglich, daß sie ihre Aufträge erfüllen und ihren Profit machen. Lehnt es ein Fahrer einmal ab, mit einem Gefahrenwagen zu fahren, so riskiert er wegen Arbeitsverweigerung eine fristlose Entlassung.

Die Gewerkschaft HTV fordert daher die gesetzliche Einführung eines Wagenbuches, um die Berufsfahrer für solche Fälle besser abzusichern.

Der Fahrer würde dann - nach Vorstellungen der Gewerkschaft - vor Antritt der Fahrt den Wagen nach einer Liste überprüfen, die der Chef unterschreiben würde (wahrscheinlich aber sowieso nur ein Fuhrparkleiter) und so die Verantwortung übernehmen müßte.

"Dadurch würde die Verantwortung vom derzeit abhängigen Chauffeur, der durch die Weigerung den Posten verliert, auf den tatsächlich verantwortlichen Auftraggeber übergehen."

Die Durchsetzung dieser Forderung der Gewerkschaft wäre sicherlich eine Erleichterung für die Berufschauffeure, da sie dann ohne Angst um ihren Arbeitsplatz den Wagen, den sie lenken sollen, beanstanden könnten. Allerdings ist es letztlich egal, ob man mit oder ohne Unterschrift in einem verkehrsuntüchtigen Wagen fahren muß.

So notwendig es ist, der kapitalistischen Ausbeutung durch geeignete Forderungen Schranken zu setzen, so wird sich die Lage der Werktätigen erst dann entscheidend ändern, wenn sie die Kapitalisten von allen Bereichen der Produktion und des gesellschaftlichen Lebens vertreiben, was voraussetzt, daß sie ihren Staat zerschlagen, der ihnen dabei im Wege steht. Dann wird es undenkbar sein, daß die Arbeiter ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben aufs Spiel setzen, wenn sie beispielsweise in einen LKW steigen. - Dann wird der Mensch im Mittelpunkt stehen.

J.S. Zelle Ottakring/Wien

KV-Verhandlungen der Handelsangestellten:

Erfolgreiche Abwehr der Erpressungs – und Spaltungsversu

Am 15.11. haben die Kollektivvertragsverhandlungen für die Handelsangestellten begonnen, wurden jedoch nach einer Viertelstunde wieder abgebrochen, da die Lebensmittelhändler sich geweigert haben, über neue Gehälter zu sprechen, bevor nicht die Handelsspannen für preisgeregelte Waren wie Brot, Mehl, Milch und Milchprodukte erhöht werden. Diese Erpressung - Lohnerhöhungen nur dann, wenn die Preise erhöht werden - und der Versuch , die Angestellten des Lebensmittelhandels von den übrigen Angestellten des Handels abzuspalten und von den Verhandlungen auszuklammern, hat das Verhandlungskomitee der Sektion Handel zurückgewiesen. Für den selben Tag wurde eine Protestversammlung einberufen, auf der rund 250-300 Wiener Lebensmittelangestellte eine Resolution verabschiedeten, die die Unternehmer auffordert, ihr unerhörtes Vorgehen sofort zurückzunehmen, ansonsten Kampfmaßnahmen gesetzt würden. Viel Beifall hat ein Gewerkschaftsfunktionär bekommen, als er "die schärfsten Kampfmaßnahmen, die der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehen", ankündigte. Ein Vertreter des Präsidiums der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr hat auf der Protestveranstaltung die volle Unterstützung durch die Arbeiter im Handel zugesagt, sollte es zu Kampfmaßnahmen kommen.

Am Donnerstag, den 18.11. fand eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz statt, auf der rund 700 Angestelltenbetriebsräte Kampfmaßnahmen gegen die provokante Haltung der Unternehmer diskutierten. Es wurde beschlossen, daß am nächsten Tag in allen Betrieben Betriebsversammlungen einberufen werden, auf denen Urabstimmungen über die Durchführung von Warnstreiks am 26.11 oder 27.11 (erste offene Samstage vor Weihnachten) stattfinden sollen. Es wurde auch hier darauf hingewiesen, daß mit den Angestellten des Lebensmittelhandels uneingeschränkte Solidarität geübt werden muß, da ein Zurückweichen vor einer solchen Erpressung das nächste Mal auch jede andere Gruppe treffen könnte.

In dieser Situation griff die Regierung zugunsten der Lebensmittelhändler ein: Minister Staribacher willigte ein, die staatliche Preisregelung für Käse und Butter aufzuheben. Damit ging ein langjähriger Wunsch der Unternehmer auch bei diesen Grundnahrungsmitteln ohne jegliche Beschränkung die Preise in die Höhe treiben zu können, in Erfüllung. Der Milchpreis soll vorerst noch staatlich geregelt werden, aber hier wird die Regierung ohnehin einer saftigen Teuerung ab 1.Jänner 1977 zustimmen.

In einem Interview am Donnerstag sagte Staribacher, daß im Laufe der Zeit ja sowieso alle Preise, auch die von Grundnahrungsmitteln, ausschließlich "dem freien Spiel der Konkurrenz" überlassen werden. Das entspricht auch ganz dem Wunsch der Kapitalisten: "Die Freigabe der Milchprodukte könne aber nur ein erster Schritt für einen weiteren Abbau der Preisregelung darstellen", forderte die Bundeswirtschaftskammer.

Da nun die Lebensmittelhändler ihre Forderungen - zumindest teilweise - erfüllt sahen, wollten sie wieder verhandeln, wodurch der eigentliche Anlaß für den Streik der Handelsangestellten weggefallen ist und die Gewerkschaft die Streikdrohung zurückgenommen hat.

Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung

Durch die entschlossene Vorbereitung des Streiks ist es den Angestellten gelungen, teilweise Fortschritte zu erzielen. Durch das Eingreifen der Regierung haben jedoch die Handelskapitalisten jetzt zu Beginn der eigentlichen Verhandlungen über den Kollektivvertrag ihre bereits angeschlagene Position wieder überwinden können.

1. Die Methode der Unternehmer, Lohnverhandlungen mit Preisanträgen zu verbinden, ist eine sehr gebräuchliche Methode. Wir haben das bei Milch, Brot, Bier, Kaffee usw. schon erlebt. Diese Methode wird bevorzugt gegenüber jenen Gruppen von Arbeitern und Angestellten angewendet, die in der Produktion und Verteilung von Gütern des täglichen Bedarfs, vor allem von Lebensmitteln, beschäftigt sind. Es soll damit ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen vorgetäuscht und die Forderungen der Arbeiter und Angestellten als Ursache für die Verteuerung des Lebens hingestellt werden.

Diesmal ist zum ersten mal von Seiten der Gewerkschaft einem solchen Manöver entschlossen entgegengetreten worden, indem die entsprechenden Schritte gesetzt wurden, um durch einen Streik die Unternehmer zu zwingen, von ihrer Erpressertaktik abzugehen. Das ist ein wichtiger Fortschritt und hat weitreichende Bedeutung für die Stärkung der gewerkschaftlichen Position in Kollektivvertragsverhandlungen.

Gleichzeitig richtete sich die Streikandrohung auch gegen den bisher wohl eindeutigsten Versuch der Unternehmer, die gewerkschaftliche Organisation zu spalten: Die Lebensmittelhändler hatten - mit Unterstützung der Handelskapitalisten - beabsichtigt, die Angestellten ihrer Betriebe aus der gemeinsamen Front der Handelsangestellten herauszubrechen, um ihnen leichter einen Abschluß diktieren zu können, der rein von ihren Profitinteressen und ihrer Geschäftslage ausgeht. Die sofortige Solidarität der gesamten Handelsangestellten wie auch der Handelsarbeiter sind ein deutlicher Beweis, daß der Kollektivvertrag als Mittel zur Einschränkung der Konkurrenz gesehen wird, durch den auch Gruppen mit schlechten Kampfbedingungen mitgezogen werden. Das ist ein weiteres wichtiges Ergebnis dieser Auseinandersetzung.

2. Die Regierung hat ihre Manöver gestartet, um einen Kampferfolg der Handelsangestellten zu verhindern. Über den Ausgang eines Streiks angesichts des bevorstehenden Weihnachtsgeschäftes besteht wohl kein Zweifel.

Ein Kampferfolg mußte jedoch verhindert werden, weil seine Auswirkungen auf die eigentlichen Kollektivvertragsverhandlungen und damit auf die gesamte Lohnrunde verhindert werden mußten. Denn ein erster Erfolg durch Streik wäre wohl die beste Propaganda dafür gewesen, daß auch für die Durchsetzung des KV-Forderungsprogramms der selbständige Kampf das beste Mittel ist. Könnte man sich vorstellen, daß in einer Streiksituation die Kapitalistenvertreter weiterhin eine derartig provokante Haltung zum gewerkschaftlichen Forderungsprogramm einnehmen könnten? Statt 200.- S + 8% sind bis jetzt 5%, dann 6% geboten worden, die Forderungen zum arbeitsrechtlichen Teil sind insgesamt abgelehnt worden.

In dieser Situation hat sich die Schädlichkeit der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaftsführung gezeigt, die nach dem Regierungsmanöver nichts Eiligeres zu tun hatte, als möglichst noch alle geplanten Betriebsversammlungen abzusagen. Diese Versammlungen wären die günstigste Gelegenheit gewesen, die vorhandene Kampfbereitschaft gegen die provokante Haltung der Unternehmer und die Durchsetzung des Forderungsprogramms zu richten. Nur eine sofortige und entschlossene Aktion aus den Betrieben kann noch verhindern, daß die Kapitalisten ihre durch die Regierung und durch das Zurückweichen der Gewerkschaftsführung relativ gestärkte Position dazu benützen, um ihren Standpunkt bei den Verhandlungen durchzusetzen.

Das Forderungsprogramm widerspiegelt die verstärkte Unruhe in den Betrieben

Die Sektion Handel der GPA greift mit ihren Forderungen wichtige Probleme der Handelsangestellten auf, wie z.B. die Gehaltsfrage. Die Gehälter des Großteils der Handelsangestellten sind sehr niedrig, auch im Vergleich zu anderen Angestelltengruppen (z.B. beträgt das KV-Gehalt eines Verkäufers im 1.Berufsjahr 4.335,- brutto). Auch was die Frage der Lehrlingsentschädigung, Überstunden und des freien Samstags betrifft, werden Forderungen aufgestellt. Die Forderungen zeigen zum Teil gute Ansätze, die Lage der Handelsangestellten zu verbessern, was sicherlich auf die Unruhe und die Unzufriedenheit in den Betrieben zurückzuführen ist.

Gehälter

Zum 1.Mal wurde eine zweiteilige Gehaltsforderung aufgestellt: 200,- S als fester Sockel plus 8%. Sie wurde damit begründet, daß vor allem die unteren Beschäftigungsgruppen durch reine Prozentabschlüsse immer benachteiligt wurden.

Dazu muß gesagt werden, daß je niedriger der Sockelbetrag ist, desto mehr bleibt diese "Benachteiligung" aufrecht. Durch die Forderung der Gewerkschaft vergrößert sich die Schere zwischen niedrigen und hohen Gehältern in fast genauso großem Maß wie durch eine Prozentforderung.

Ein Beispiel:

KV-Gehalt der Beschäftigungsgruppe 2,(etwa Verkäufer) 1.Berufsjahr

KV-Gehalt der BG 5, (etwa Hauptbuchhalter) 5.Berufsjahr

Differenz

che der Handelskapitalisten

Die Differenz zwischen den beiden Beschäftigtengruppen hat sich von 3.711,- auf 4.007,- erhöht.

Ein Beweis dafür, daß es sich bei der Aufstellung des Sockelbetrags nur um ein minimales Zugeständnis an die Bestrebungen an der gewerkschaftlichen Basis handelt und daß es die reformistische Führung der Gewerkschaft nicht ernst damit meint, ist die Tatsache, daß sie aufgrund des Drucks der Kapitalisten zuerst gleich beim Sockelbetrag nachgegeben haben, von 200 auf 135,-S. Entscheidend aber ist, daß die Erhöhung vor allem in den unteren Beschäftigungsgruppen, also für die Masse der Handelsangestellten, viel zu gering ist, um die gestiegenen Lebenskosten abzudecken. Weiters, daß eine einheitliche, für alle Beschäftigungsgruppen und Berufsjahre gleiche Schillingforderung nicht nur das beste Mittel gegen jede "Benachteiligung" wäre, sondern vor allem die besten Bedingungen dafür schaffen würde, daß eine wirklich feste Einheit der Handelsangestellten gegen die Bestrebungen der Kapitalisten hergestellt werden kann.

Die Erhöhungen auf die KV-Gehälter sollen auch auf die tatsächlichen (Ist-)Gehälter gezahlt werden. Denn wie bisher fordert die Gewerkschaft, daß "bestehende Überzahlungen über die KV-Sätze in ihrer absoluten Schillingmäßigen Höhe aufrecht bleiben."

Ein Beispiel:

KV-Mindestgehalt	*4335,-*
tatsächlicher Gehalt	*4850,-*
ergibt Überzahlung v.	*515,-*
neues KV-Gehalt (angenommene Erhöhung 200 + 8%)	*4882,*
zuzüglich bisherige Überzahlung	*515,-*
neues tatsächliches Gehalt	*5397,-*

In Prozent ausgedrückt ist die Erhöhung auf das tatsächliche Gehalt also noch niedriger als die Erhöhung auf das KV-Gehalt.

	Erhöhung	*neues KV-Gehalt*
4335,-	*458,-*	*4882,-*
8046,-	*843,-*	*8889,-*
3711,-		*4007,-*

Lehrlingsentschädigung

Die Lehrlingsentschädigungen sollen im 1.Lehrjahr 40%, im 2.Lehrjahr 55% und im 3.Lehrjahr 75% des Mindestkollektivvertragsgehaltes der Beschäftigungsgruppe 2 im 1.Berufsjahr betragen. Die neuen Lehrlingssätze (nach einer Erhöhung von 200,- + 8%) würden dann betragen:

1.Lehrjahr 1953/Monat
2.Lehrjahr 2685/Monat
3.Lehrjahr 3662/Monat
(Diese Sätze gelten für alle Lehrlinge des Handels, ausgenommen Lehrlinge in Warenhäusern, Kohlengroßhandel, Papiergroßhandel und Textil- und Schuhhandel - Wien)

Diese Forderung nach 40,55 und 75% wurde von der GPA-Jugend übernommen und es stellt einen Fortschritt dar, wenn sie von der Sektion Handel aufgegriffen wird. Es muß auch alles darangesetzt werden, sie zu verwirklichen. Allerdings - das geht aus den obigen Zahlen hervor - ist ihre Verwirklichung nicht für alle Lehrlinge befriedigend , weil die Lehrlingsentschädigungen vor allem für das 1. und 2. Lehrjahr immer noch so nieder sind, daß eine Ausbildung ohne Finanzierung der Eltern nicht möglich ist.

Freier Samstag

Damit wird eines der wichtigsten Probleme der Handelsangestellten angesprochen. Es geht um die Frage, ob die rund 300.000 Handelsangestellten, davon rund 200.000 Frauen, nicht auch, wie der Großteil der Beschäftigten, am Samstag frei haben sollen. Die Auseinandersetzung darüber wird seit Jahren geführt. Die Handelsangestelltengewerkschaft forderte den freien Samstag bereits 1974, willigte jedoch damals in einen Kompromiß ein, der so aussah: Die Angestellten sollen innerhalb von sechs Wochen einen freien Samstag haben. Allerdings gilt das nur für Betriebe ab 5 Angestellten. In Betrieben bis zu 4 Angestellten besteht kein Anspruch auf einen freien Samstag (in solchen Betrieben waren 1973 immerhin 55.000 Beschäftigte). Bei der Kollektivvertragsrunde im letzten Jahr wurde die Forderung nach einem freien Samstag alle 4 Wochen erhoben, blieb aber aufgrund der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung unerfüllt. Nun wurde sie bei den jetzigen Verhandlungen wieder aufgestellt. Die Durchsetzung dieser Forderung ist überfällig. Und zwar muß der freie Samstag für alle Handelsangestellten durchgesetzt werden, weil eine 2-tätige Erholungszeit mindestens 1mal im Monat schon längst unbedingt notwendig ist.

Überstunden

Der Handel ist ein Bereich, wo besonders viele Überstunden gemacht werden. Dieser Überstundenschinderei muß ein Riegel vorgeschoben werden. Die Sektion Handel fordert nun für Arbeitsleistungen am Samstag einen Zuschlag von 100%. Die Durchsetzung einer solchen Forderungen hätte jene Wirkung, daß dadurch Überstunden den Kapitalisten teurer kämen und ihre Gier nach Überstunden einigermaßen gedämpft würde. Um jedoch zu verhindern, daß die 40-Stunden-Woche nicht dauernd überschritten wird, ist eine Forderung notwendig nach Abgeltung der Überstunden durch Zeitausgleich im Verhältnis 1:2, d.h. für jede Überstunde zwei Stunden Freizeit!

Neben diesen Forderungen soll noch die Urlaubsregelung für Beschäftigte mit einem 30-jährigen Dienstverhältnis

Fortsetzung nächste Seite

Protest der Handelsangestellten in Innsbruck

»Ohne Streik nichts zu holen«

Am 11.November fand eine sehr stark besuchte Ortsgruppenversammlung der Privatangestellten in Innsbruck statt, die in einer langen und hitzigen Debatte den wachsenden Willen der Kollgen aller Sektionen zum Ausdruck brachte, die allseitigen Angriffe der Kapitalisten auf den Lohn und auf die Arbeitszeit (Samstag bei den Banken, Verlängerung der Ladenschlußzeiten) abzuwehren. Eine Resolution gegen den drohenden Ausschluß des Lebensmittelhandels aus den KV-Verhandlungen wurde von über 100 Kollegen einstimmig beschlossen. Den Kollegen aller Sektionen war klar: Die ganze Gewerkschaft muß solche Angriffe auf den KV zurückschlagen. Auf dieser Versammlung haben aber weder Kollege Egg, Landessekretär der GPA, noch der Kollege Wurm, Ortsobmann und Mitglied im zehnköpfigen Verhandlungskomitee der Handelsangestellten, die bereits seit langem den Kapitalisten vorgelegten Forderungen erläutert, sondern nur unverbindlung gesagt, daß es "hart werden wird", daß "die Kollegen hinter der Gewerkschaft stehen sollen", daß möglicherweise "Kampfschritte unvermeidlich sein werden". Daß das eine schlechte Vorbereitung auf einen Kampf ist, das haben schon damals viele Kollegen kritisiert - allerdings gelang es nicht, einen Beschluß über eine Mindestforderung zu fassen.

Am 15.11. begannen die Verhandlungen. Die Kapitalisten bezeichneten die Forderungen als irreal und weigerten sich, den Lebensmittelhandel in den KV einzubeziehen. Am späten Abend legten sie als Angebot vor: 5% auf den KV - aber die arbeitsrechtlichen Forderungen stehen gar nicht erst zur Debatte!

Bis zum Abbruch der Verhandlungen am 16.11. um 17 Uhr wären die Gewerkschaftsführer schon fast umgefallen: Sie hatten getrennten Sondierungsgesprächen der Lebensmittelkapitalisten mit Betriebsräten des Lebensmittelhandels zugestimmt, sie hatten die Forderung reduziert auf 135,- plus 8%. Dieses Kapitulantentum nützten die Kapitalisten aus, um der Gewerkschaft einen Schlag zu versetzen: Sie bestanden auf dem Ausschluß des Lebensmittelhandels, auf der Nichtbehandlung aller arbeitsrechtlichen Forderungen, auf der Ablehnung eines Sockelbetrags und boten 6% auf den KV-Lohn.

Das konnten selbst die treuesten "Sozialpartner" nicht akzeptieren - mit einem derartigen Ergebnis hätten sie sich angesichts der in den letzten Wochen gestiegenen Kampfbereitschaft der Kollegen nicht heimgetraut. Die Verhandlungen platzten.

Die Tiroler Betriebsrätekonferenz hat am 17.11. in einer von der Protestversammlung der Handelsangestellten am 18.11. durch stürmischen Beifall unterstützten Resolution festgehalten: Wir sind entschlossen, den einheitlichen KV für alle Handelsangestellten zu verteidigen. Wir sind entschlossen, die äußerst realistischen und berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Zu dieser Protestversammlung im Arbeiterkammersaal waren nach nur 1-tägiger Mobilisierung vor allem durch die Betriebsräte 300 Kollegen gekommen. Aus vielen größeren und mittleren Geschäften kamen die Angestellten gruppenweise, zusammen mit ihren Betriebsräten - einzelne Geschäfte waren zu 80 oder 90% vertreten.

Mittlere Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte geben unter der Hand bereits die Parole aus: Streik am ersten Einkaufssamstag vor Weihnachten (27.11.)! Die Bereitschaft zum Kampf ist da: "Ohne Streik wird nichts zu holen sein - das zeigt das freche 6%-Diktat!" - das haben viele Kollegen auf der Versammlung und nachher gesagt. "Und wenn das nicht reicht, sollten wir im Dezember erst gar nicht aufsperren!", meinte ein Kollege.

Die Gewerkschaftsführer wollen diesem Streik ausweichen - sie haben sich mit Haut und Haaren dem vergeblichen Versuch verschrieben, die vollkommen entgegengesetzten Interessen der Lohnabhängigen und der Kapitalisten miteinander auszusöhnen.

In den Betrieben wird aber weiter diskutiert. Weitere Protestversammlungen sind angekündigt. Dort wird es darum gehen, durch Beschlüsse der versammelten Mitglieder eine Verteidigungslinie aufzubauen: eine Mindestforderung, hinter die die Gewerkschaft nicht zurückgeht, eine Mindestforderung, die durch Kampf durchgesetzt wird.

gf Ortsgruppe Innsbruck

Eumig - Wien

Ausweitung der Akkordarbeit

In einer rigorosen Stoppung von Arbeiten, die aufgrund ihrer relativen Feinheit und Besonderheit bisher nicht gestoppt wurden, bestand die letzte Akkordverschärfung der Eumig-Kapitalisten. Als diese Maßnahme bekannt wurde, war die Meinung einiger Kollegen, daß die Arbeitshetze immer untragbarer würde, und daß man versuchen müssen, Kampfschritte zustandezubringen.

Die Betriebszeitung "Die Rote Lupe" des Kommunistischen Bundes Österreich/Ortsgruppe Wien schrieb damals: *"Es kommt jetzt darauf an, den Betriebsrat auf klare Forderungen festzulegen : "Zurücknahme der Maßnahmen, keine Stoppungen bei Nach- und Durchschnittsarbeiten!" "Sofortige Einstellung der Stoppungen!"*

Im Werk tauchten einige handgeschriebene Zettel auf, die in einigen Fragen die untragbaren Maßnahmen der Kapitalisten anprangerten und den Betriebsrat aufforderten, in die Abteilung zu kommen, um die Meinung der Belegschaft entgegenzunehmen und sie vor der Firmenleitung zu vertreten.

In den nächsten Tagen kam es in den Akkordabteilungen zu einigen Debatten und kleineren spontanen Ansammlungen. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, geschlossen zum Betriebsrat zu gehen, um ihn unter Druck zu setzen. Ein Argument dafür lautete: Wenn wir der Firmenleitung nicht entgegentreten, wird sie immer weiter den Akkord verschärfen. . Besser wäre es, jetzt schon den Kampf aufzunehmen. Argumente dagegen meinten, der Betriebsrat stehe sowieso auf der Seite der Firmenleitung und man könne ja doch nichts machen, sonst fliege man auf die Straße. Vor allem, daß die jugoslawischen Kollegen teilweise von der Belegschaft abgespalten sind, daß es Verständigungsprobleme gibt, verhinderte ein geschlossenes und einheitliches Auftreten der Kollegen und Kolleginnen.

Seit die Firmenleitung diese Akkordverschärfungen durchgesetzt hat, haben sich zwei direkte bzw. indirekte Auswirkungen bereits gezeigt. Erstens gab es in dieser Zeit zwei schwere Unfälle, wo einmal einem Kollegen zwei Finger weggetrennt wurden und ein anderes mal einer Kollegin die Hand gequetscht wurde. Das sind natürlich unmittelbare Auswirkungen der gestiegenen Arbeitshetze. Zweitens wurden einige Kolleginnen gekündigt und gerüchteweise ein weiterer Abbau angedroht.

Steigerung der Ausbeutung durch Verschärfung und Ausdehnung des spalterischen Akkords auf immer mehr Arbeiten, Kündigungen für einige - deren Arbeit die Verbliebenen unter vermehrter Schinderei jetzt mitmachen. So gehen die Eumigkapitalisten gegen die Arbeiter vor. Die Empörung darüber muß jetzt weitergehen zu organisierten Kampfschritten auf der Grundlage klarer Forderungen gegen die Akkordverschärfungen.

b.b. Eumig-Zelle/Wien

Wertheim - Wien

Lohnverhandlungen: es wird ernst!

Nachdem der Belegschaft auf der vorletzten Betriebsversammlung die 1300 Schilling Jahresprämie und ein "baldiger Beginn" der innerbetrieblichen Lohnverhandlungen mitgeteilt wurde, kam es zu Protesten vieler Kollegen. Die Kollegen sind davon überzeugt, daß nach der mageren Jahresprämie die Kapitalisten nun auch die Lohnverhandlungen so lange wie möglich hinauszuzögern versuchen, um mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Situation des Betriebes und die kommende KV-Runde die Lohnerhöhung so niedrig wie möglich zu halten.

Die Situation der Kollegen erfordert eine Lohnerhöhung, die allen nützt. Viele haben auch schon eine Vorstellung, welcher Betrag gebraucht wird. Die Debatten in den Abteilungen zeigen deutlich, daß ein Teil der Belegschaft mit einer Erhöhung um 1.000,- rechnet. Dieser Betrag würde auch einen Teil der Lohneinbußen der letzten Jahre durch Steuer- und Tarifausplünderung wettmachen und wäre gemeinsam mit einem günstigen KV-Abschluß ein Schlag gegen die Absicht von Staat und Kapitalisten, den Reallohnabbau fortzusetzen.

Jetzt muß es den Wertheimern gelingen, schnellstens eine Forderung, die im Interesse aller liegt, aufzustellen. Denn was herausschaut, wenn man ohne eine Forderung in Verhandlungen mit den Kapitalisten geht, hat die Jahresprämie deutlich gezeigt. Die Kapitalisten konnten die Initiative ergreifen und das für sie günstige Ergebnis von 1.300,- erzielen. Heute tut der Angestelltenbetriebsrat, als stünde bereits eine Forderung von 500,-S. In der Angestelltenzeitung heißt es: "In einem weiteren Beschluß wurde die Forderung nach generellen Lohn- und Gehaltserhöhungen präzisiert: Für alle Wertheimer, deren Lohn und Gehalt unter 10.000,- monatlich liegt, soll eine Erhöhung um 500,- angestrebt werden, jene Kolleginnen und Kollegen, deren Monatsverdienst über 10.000,-liegt, sollen eine Erhöhung ihrer Bezüge um 5% erhalten."

Nicht nur, daß diese 500,- nie abgestimmt wurden, werden sie auch noch als Verhandlungsbasis angesehen. Solch einer Haltung, die den Kapitalisten entgegenkommt, müssen die Kollegen entgegentreten, indem sie eine Forderung nach ihren Interessen beschließen und den Betriebsrat beauftragen, diese in den Lohnverhandlungen mit derBetriebsleitung durchzusetzen.

Daß die Kollegen nicht mit einem Spaziergang bei diesen Verhandlungen rechnen, sieht man an dem Beschluß bei der letzten Betriebsversammlung, bei der der Betriebsrat die ablehnende Haltung der Betriebsleitung zu baldigen Verhandlungen mitteilte und die Teil eines einstündigen Warnstreiks war, der die Kampfbereitschaft der Kollegen demonstrierte. Einstimmig wurde eine Streikkasse beschlossen, um damit Aktionen zur Durchsetzung der "Innerbetrieblichen" zu finanzieren.

a.k.
Zelle Wertheim/Wien

Fortsetzung von Seite 13

KV - Verhandlungen der Handelsangestellten

und für Präsenzdiener (keine Kürzung des Urlaubsanspruchs) verbessert werden. Zwei Forderungen betreffen die Abfertigung. Diese Forderungen sind Ansätze, den Anspruch auf Abfertigung auszudehnen (Abfertigung auch bei Selbstkündigung wegen Inanspruchnahme der vorzeitigen Alterspension nach 10-jähriger Betriebszugehörigkeit und volle - bisher halbe - Abfertigung für Frauen, die während des Karenzurlaubs selbst kündigen).

Darüberhinaus gibt es jedoch im Bereich des Handels eine Reihe von Problemen, die im Forderungsprogramm nicht berücksichtigt werden.

So gibt es im Handel eigene Gehaltssätze für Jugendliche unter 18 Jahren - ohne daß auch nur irgendein Unterschied in den Qualifikationsanforderungen bestünde. Im allgemeinen Groß- und Kleinhandel schauen die Unterschiede so aus:

Beschäftigungsgruppe 1 unter 18 Jahren 3695,-brutto

Beschäftigungsgruppe 1 über 18 Jahren 4080,-brutto

Auch vom 16.Gewerkschaftstag der GPA wurde die Abschaffung der eigenen Jugendlohngruppen gefordert. Solche Speziallohngruppen, wie es sie bei den Arbeitern auch bei den Frauen gibt, dienen den Kapitalisten dazu, den Lohn der Frauen und Jugendlichen niedrig zu halten und diese Gruppe als Lohndrücker einzusetzen, indem sie für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden.

Auch die schlechte Ausbildung der Lehrlinge und ihre Heranziehung zu Überstunden sind im Handel besonders arg. Um der Überstundenschinderei bei Lehrlingen entgegenzuwirken, müßte das ausnahmslose Verbot von Überstunden im Kinder- und Jugendlichenbeschäftigungsgesetz verankert werden, weiters müßten die Arbeitsinspektorate der Gewerkschaft unterstellt werden und drittens müßten schärfere Strafbestimmungen bei Übertretungen des Gesetzes durch die Kapitalisten geschaffen werden.

Ein erster Schritt auf Kollektivvertragsebene wäre es, die Ausnahmebestimmungen, wonach Lehrlinge bei bestimmten Ausnahmen Überstunden machen müssen, zu streichen.

E.Rei 19.11.76

Gespräch mit einem Verschieber bei der Bundesbahn:

Weg mit dem Strafsystem!

Das hier abgedruckte Gespräch eines Genossen der Zelle ÖBB/Linz mit einem Verschieber soll zeigen, mit welchen zusätzlichen Mitteln und Methoden die Kapitalisten und ihr Staat einen Teil der Arbeiterklasse unterdrücken, gängeln und ausplündern.

Zelle ÖBB (Z.):
Bei der ÖBB gibt es alle möglichen Arten von Strafen für alle "möglichen Vergehen", so auch die Geldstrafe. Kannst du uns darüber etwas sagen?

Verschieber (V.):
Ja, für jeden Verstoß gegen die Paragraphen in den Dienstvorschriften, Dienstanweisungen, Unfallverhütungsvorschriften etc. kannst du mit einer Geldstrafe oder einer andere Strafe (Disziplinarverfahren, Versetzung und Entlassung) belegt werden.

Z:
Erzähl uns mal genauer, wie es zu diesen Strafen kommen kann.

V:
Du weißt, die Arbeiten im Verschubdienst sind nicht ungefährlich. Gefährlich deshalb, weil wir an Zugsbildungen arbeiten und unsere Sicherheit ständig bedroht ist. Darum ist der Verschubdienst in ÖBB auch so"gefürchtet".

Unter anderem ist unsere Arbeit, die Waggons mit einem "Hemmschuh" zu fangen und die Waggons langsam aufeinanderlaufen zu lassen, sie zusammenzukuppeln usw.

Unweigerlich kommt es dabei, besonders wenn viel Arbeit da ist und schlechtes Wetter herrscht, zu Beschädigungen an den Waggons oder der Fracht (Ladung). Und sei es z.B. auch nur, daß Stahlplatten aus ihrer Verkeilung rutschen.

Passiert einem z.B. sowas zum ersten Mal, dann bekommt man eine "Rüge". Das nächste Mal, je nach dem was vorliegt, entweder einen "Strengen Verweis", oder bereits eine "Geldstrafe". 1% wird vom brutto Monatslohn abgezogen. Es können aber auch 2-3% für einige Monate werden.

Ich will noch schnell sagen, wie die Kapitalisten mit der ÖBB zusammenarbeiten und uns mit Strafen belegen lassen.

Bekanntlich ist die ÖBB Österreichs größter Frächter und viele Kapitalisten lassen 'ihre' Güter mit der Bahn transportieren.

Im Waggon, bei der Ladung wird vom Kapitalisten ein "Stoßmesser", der alle Bewegungen, Verschubstöße des Waggons aufzeichnet, angebracht. Sagen wir, der Waggon läuft mit mehr als Schrittgeschwindigkeit, das sind 4,5 bis 5 km/h auf die anderen Waggons auf, was oft nicht zu vermeinden ist, dann zeichnet der Stoßmesser sofort: Geschwindigkeit, Zeit und Datum auf. Der Wagen kommt zum Kapitalisten und der läßt die Aufzeichnungen auf dem "Stoßmesser" prüfen, (auch wenn nichts beschädigt ist) und beantragt daraufhin sofort die Bestrafung des Verschiebers durch die ÖBB. Und die Gesetzes- und Paragraphenmühlen der ÖBB fangen an zu mahlen. Du oder ein anderer wird auf jeden Fall bestraft, denn einer muß bestraft werden, das ist der Auftrag.

Z:
Die Strafen haben also verschiedene Zwecke. Sie sollen nicht nur die Kollegen einschüchtern und "zu anständiger Arbeitsleistung" bringen sondern sie sollen auch die Spaltung unter den Kollegen fördern, denn natürlich will keiner richtigerweise die Strafe übernehmen. Denn unter anderem wird deine Anstellung um ein Jahr hinausgeschoben, wenn du eine Strafe bekommen hast. Ein Jahr darf "nichts mehr vorkommen, dann ist die Strafe getilgt", sagt die ÖBB.

Außerdem ist das natürlich auch eine zusätzliche Ausplünderung der Kollegen, denn 50,- bis 90,- Schilling und noch mehr, ist viel Geld für den Arbeiter.

V:
Das stimmt genau was du sagst. Denn wir werden für Sachen bestraft, die gerade Disziplinierung und Einschüchterung neben den anderen Zwecken verfolgen. Einige Beispiele wofür man bestraft werden kann:

- wegen Beschädigung von Ladegütern
- wegen Beschädigung von Waggons
- wegen Entgleisungen
- wegen Zuspätkommen zum Dienst
- wegen "Schädigung des Ansehens der ÖBB in der Öffentlichkeit"
- wegen nicht tragen des Schutzhelms
- wegen Fernbleiben vom Verkehrsunterricht
- wegen "nicht Öffnen der Tür" für den Krankenkontrollor, obwohl bettlägrig usw.

Das sind nur einige Beispiele. Ein kleines Beispiel für die Förderung der Spaltung der Kollegen: Sagen wir, ich bin mit dem "Wagen fangen" nicht mehr zurecht gekommen und die Ladung ist verrutscht. Ich werde zuerst wegen der Sache "einvernommen" und die Direktion oder der Bahnhofsvorstand bestraft mich. Sage ich bei der "Einvernahme": "aber es war mit nicht möglich, das zu verhindern", dann werden auch die beiden Kollegen die neben mir arbeiten, bestraft. Grund, sie haben mir nicht geholfen, was ihre Pflicht ist laut Dienstvorschrift. Wer sagt dann schon, daß er nicht "zusammengekommen" ist?!

Daran sieht man ganz deutlich, wozu dieses Strafensystem da ist. Deshalb muß man sich völlig gegen jede Art von Bestrafung wenden.

Das Strafen- und Disziplinierungssystem muß weg! Und es ist die Aufgabe der Eisenbahner Gewerkschaft – nicht die Reformierung – sondern die Beseitigung aller Arten von Bestrafungen durch die ÖBB – zu erkämpfen und durchzusetzen.

Fe.Wa.
Zelle ÖBB/Linz

Auswirkungen der Sparpolitik: verstärkte Antreiberei und erhöhte Unfallgefahr bei der ÖBB

Wie wir aus den Pressemeldungen, dem Radio und Fernsehen entnehmen konnten, entwickelte die Kreisky-Regierung ein Einsparungskonzept für die ÖBB daß im Laufe eines längeren Zeitraumes die Einsparung von 15.000 Kollegen vorsieht.

In den letzten Jahren in der Zeit der Konjunktur wurde im Verschub und im Zugbegleiterdienst immer mehr verlangt. Das heißt, es wurden die Verschubpartien unterdeckt, also nicht mit voller Kopfzahl beschickt. Die Verschieber bekamen dafür pro fehlendem Mann eine finanzielle Abgeltung. Diese wurde als erstes eingestellt. Die Partien aber werden weiter gezwungen, unter der Kopfzahl zu arbeiten, um den Urlaub und Krankenstand abwickeln zu können – bekommen aber keine Abgeltung mehr. Das war der erste Streich. Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung wurden Stunden gestrichen, d.h.: späterer Dienstbeginn und früherer Dienstschluß bei gleicher Arbeit. Dann verging wieder eine Zeit, dann wurden ganze Partien gestrichen, und die Arbeit, die früher zwei Partien gemacht hatten, wurden jetzt einer Partie aufgehalst. Wieder einige Zeit Ruhe, dann wurden Verschubpartien in die Reserve versetzt und Verschubmeister-Posten gestrichen, und dafür den ersten Jänner mehr Gehalt versprochen, aber auch dieser Termin wurde verschoben. Das sind nur einige Fakten in unserer Dienststelle, aber diese Methode ist auf der ganzen Bundesbahn gang und gebe.

Aber wie konnte das so reibungslos über die Bühne gehen? Wobei ja noch kein Ende der Einsparungen festzustellen ist. Wenn man die kleinem Funktionäre auf den einzelnen Bahnhöfen fragte, bekam man die Antwort, daß es klar sei, daß die Kollegen selbst schuld seien, wenn gestrichen würde. Denn sie arbeiten so schnell und da könne man gegen die Verwaltung nichts machen. Als einige Kollegen die Funktionäre aufforderten, in Versammlungen auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die auf die Kollegen zukommen, wenn weiter so gearbeitet wird, wurde die Abhaltung einer Versammlung versprochen. Doch bis heute wurde keine durchgeführt und auf den andern Bahnhöfen ist es nicht anders. Auf unserm Bahnhof wird jetzt schon gesprochen, daß der gesamte Dienst neu organisiert werden soll.

Aber jetzt haben wir die Antwort drauf erhalten. Unser Gewerkschaftsboß wurde im Mittagsjournal darüber angesprochen, wie er zu den Einsparungen steht, die bei der Post getroffen werden sollen. Erklärte dieser famose Zeitgenosse, der die Frechheit besitzt, im Namen der Eisenbahner zu sprechen ganz unverhohlen: Er bekenne sich rückhaltlos zu den Einsparungen der Regierung. Jetzt wird den Kollegen klar werden, wie man vorgeht. Beschwichtigung bei den unteren Funktionären, die ja das Bad ausgießen müssen und die die Unzufriedenheit der Kollegen zu spüren bekommen und der Regierung so die Mauer machen.

Wie soll das weiter gehen? Soll auf den Rücken der Kollegen das weitergehen? Nein, Kollegen, ihr müßt auf den Bahnhöfen mit allem Nachdruck verlangen, daß es die Aufgabe der Gewerkschaft ist, unsere Interessen zu vertreten und nicht sein kann, mit der Regierung zu packeln.

Daher fordern wir die Kollegen auf, sich gegen die Maßnahmen zu Wehr zu setzen und ihre Vertrauensmänner zu zwingen, ihre Interessen zu vertreten.

R.Kr.
Bahnhof Liesing/Wien

AKW-Propaganda in Innsbruck:

Die Regierung hat ihre Taktik geändert und ist doch wieder auf die Nase gefallen

"Ein mehr oder weniger ratlos wirkender "Wanderpredigertrupp" der Regierung, unkontrollierte Pfiffe und Zwischenrufe aus dem Auditorium, einander beflegelnde Akademiker, ein Polizist auf etwa 2o Besucher und gut 1oo.ooo für nichts verschleuderte Schillinge brachten für die Atomkraftwerksbefürworter ein niederschmetterndes Ergebnis: Zweifelte einer der knapp tausend Besucher dieser Veranstaltung am Anfang noch an vielen der nicht gerade stilvoll vorgebrachten Argumente der Kernkraftwerksgegner, so verließ gegen Mitternacht kaum ein Atomkfraftwerksbefürworter die Dogana."

So kommentiert der "Kurier" (13.11.) die Niederlage der Regierung bei der dritten "Informationsveranstaltung" der Regierung. Man sieht, auch einem bügerlichen Journalisten dämmert die Einsicht: Weder mit viel Geld noch mit dem Polizeiknüppel kann die Regierung die Volksbewegung gegen die Atomkraftwerke aus der Welt schaffen.

Die Regierung hat versucht, ihrer "Informationskampagne" eine andere Taktik zu geben, um Niederlagen wie in Wien und Linz zu vermeiden. Prompt ist sie wieder auf die Nase gefallen. Die neue Taktik war: Mit Zuckerbrot und Peitsche die Bewegung der AKW-Gegner von innen heraus zersetzen.

Die Regierung will sich dabei auf jene Strömung stützen, die Kernkraftwerke prinzipiell als "Teufelszeug" ablehnt und gleichzeitig glaubt, mit "vernünftigen" Argumenten die Regierung davon überzeugen zu können, daß Kernkraftwerke schädlicher Unfug sind.

Das Ergebnis der "Informationsveranstaltung" war: Diese Strömung ist geschwächt worden, die Bewegung der AKW-Gegner ist gestärkt worden und hat viel gelernt. Man kann sagen, daß es tatsächlich eine "informative" Veranstaltung war.

Wie schaut die Zersetzungstaktik der Regierung aus? Der Bürgerinitiative wurde ein zehnminütiges Gegenreferat vor Beginn der allgemeinen Publikumsdiskussion versprochen. "Ich schließe mit der Hoffnung, daß es uns in Tirol gelingen möge, polemische Auseinandersetzungen zu vermeiden und einen sachlichen Beitrag zur geistigen Klärung der angesprochenen Probleme zu leisten", sagte der Diskussionsleiter Professor Hinterhuber (vom Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Innsbruck) zuckersüß. "Sachlich" ist, was der Regierung paßt, "unsachlich" ist der Kampf gegen die Regierung. Um "Unsachlichkeit" zu vermeiden, ist ein massives Aufgebot uniformierter und ziviler Polizisten aufmarschiert. Das war der Knüppel, womit die Bürgerinitiative notfalls zum Zuckerbrot der "sachlichen" Diskussion hingetrieben werden hätte sollen. Funktioniert hat das allerdings nicht: Die Polizei hat eher dazu beigetragen, daß die meisten erkannten, um welche "Sache" es dabei wirklich geht, nämlich um die Absicht der Regierung, den Widerstand gegen die Atomkraftwerke im Keim zu erstikken.

In Zwischenrufen und mit Sprechchören wurde von Beginn an klargestellt: Die Regierung hat schon entschieden, daß Kernkraftwerke gebaut und in Betrieb genommen werden. Ihre "Informationskampagne" ist ein Ablenkungsmanöver. Das Volk ist gegen Atomkraftwerke und muß seine Lebensbedingungen verteidigen im Kampf gegen die Regierung. Die Regierung schickt dagegen gekaufte "wissenschaftliche" Figuren vor, tut so, als ob die Atomkraftwerke von ihr nicht schon längst beschlossen wären, und bereitet im Hintergrund die polizeimäßige Zerschlagung der Volksbewegung vor. Warum sonst sollte die Staatspolizei jeden Diskussionredner, jeden Zwischenrufer, überhaupt jeden, der sich als AKW-Gegner zu erkennen gibt, fotographieren?

Diese Überwachung hat allerdings niemanden eingeschüchtert. Im Gegenteil, Hunderte von Menschen forderten in Sprechchören:"Stapo raus!" und schließlich schlich sich der Polizeifotograph wie ein geprügelter Hund weg.

Allerdings: Obwohl die Atomkraftwerksgegner stundenlang die Diskussion beherrschten - war es immer noch die Regierungsveranstaltung, konnten die Kerle am Podium immer noch so tun, als fände hier eine Debatte über Nutzen und Schaden der Atomkraftwerke statt.

Erst nach drei Stunden gelang ein entscheidender Schlag gegen die Regierungspropaganda: Nach einer kurzen Rede eines Genossen unserer Ortsgruppe, die die Erfahrungen aller AKW-Gegner aus der dreistündigen Debatte zusammenfaßte, die die Sinnlosigkeit der "wissenschaftlichen" Diskussion in einer Lage, wo die Regierung schon lange an die Durchsetzung der Inbetriebnahme der Kernkraftwerke geht, herausstrich, die die Kampffront klar benannte zwischen der Regierung, die für die Energiemonopole das Geschäft des Volksbetruges und der Unterdrückung besorgt, und dem Volk, das jetzt keine AKW will, platzte die Veranstaltung: Eine Resolution der Atomkraftwerksgegner, die schon in Linz auf der Regierungsveranstaltung beschlossen worden war, wurde vorgelesen und abgestimmt. Das hysterische Geschrei des Diskussionsleiters, "Hier wird nicht abgestimmt", hatte nur den Erfolg, auch dem letzten klar zu machen, daß die Demokratie nicht Absicht dieser "Informationsveranstaltung " ist, sondern nur im Kampf gegen die Regierung erreicht werden kann. Hunderte von Menschen stimmten durch Handaufheben der Resolution zu - nur 4 Gegenstimmen fanden sich. Unter Sprechchören zogen danach fast alle aus dem Kongreßhaus aus.

gf
Ortsgruppe Innsbruck

Breites Auftreten vor der Regierungsveranstaltung trug viel zum Erfolg bei

Am 8.11. rief die Bürgerinitiative zu einer Veranstaltung auf, bei der ein Film des Westdeutschen Fernsehens über den Kampf der Bevölkerung von Whyl gezeigt wurde. Ca. 9o Menschen waren gekommen. Der Film wurde immer wieder unterbrochen durch großen Applaus, wenn die Bevölkerung von Whyl einen Sieg errungen hatte und durch Gelächter und Pfui-Rufe, wenn die bürgerlichen Politiker erschienen.

Am 11.11., dem Tag, an dem die Propagandaveranstaltung der Bundesregierung in Innsbruck über die Bühne ging, veranstaltete die Bürgerinitiative vier Stunden lang Kundgebungen an den belebtesten Plätzen in Innsbruck. Mit Lautsprecherwagen, Transparenten, Flugblättern und Unterschriftensammlung klärten wir die Massen auf über den Charakter der Regierungsveranstaltung und forderten sie auf hinzukommen und zum Ausdruck zu bingen: "Das Volk will keine Atomkraftwerke - dem muß sich Kreisky beugen!" Die Kundgebungen stießen auf großes Echo unter der Bevölkerung, immer wieder bildeten sich Diskussionstrauben. Vor dem Rathaus sammelten sich über 5o Menschen, von denen einige auch über den Lautsprecher ihre Meinung zum Ausdruck brachten. Mehrere Hundert Unterschriften konnten wir während dieser Kundgebungen sammeln.

COB/G.F.
Ortsgruppe Innsbruck

Kronenzeitung: Härtere Gangart gegen AKW-Gegner

Offen schreibt die Kronenzeitung in ihrer Nummer vom Sonntag den 21.November, was die

> Ob man sich von seiten der Sicherheitsbehörden zu einer härteren Gangart gegen die Unruhestifter entschließt, ist noch offen. Sollte allerdings von der Regierung demnächst der Beschluß gefaßt werden, das Atomkraftwerk Zwentendorf im Tullnerfeld in Betrieb gehen zu lassen, „weil ein Bau für neun Milliarden Schilling nicht sinnlos herumstehen kann", müssen sich die Behörden auf alle Eventualitäten gefaßt machen. Ein Mitarbeiter des Bundeskanzlers zur „Kronen-Zeitung": „Man muß alles tun, damit es nicht zu solchen Ausschreitungen wie in der Bundesrepublik kommt, die offensichtlich immer von einigen Außenseitern angezettelt werden."

Maßnahmen der Staatspolizei auf den Regierungsveranstaltungen bezwecken. (Siehe den Artikel über die Diskussion in Innsbruck)

Eines verschweigt die Kronenzeitung dabei aber. Keinesfalls machen sich die Behörden erst für die Zukunft "auf alle Eventualitäten gefaßt".

Während noch niemand weiß, was mit den Abfällen die in den Atomkraftwerken anfallen geschehen soll, haben die Behörden schon ganz genaue Pläne für Einsätze gegen Atomkraftwerksgegner im Tullnerfeld, wie der Verantwortliche für diese Pläne in der Bezirkshauptmannschaft in Tulln stolz im ZiB2 erzählte.

Brockdorf bei Hamburg

Machtvoller Angriff auf befestigte AKW-Baustelle

Im Klassenkampf 6/76 berichteten wir von der zeitweiligen Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf (BRD). Am 13.11. kam es zum zweiten großen Sturm auf die Baustelle, mit dem Ziel, den Bau des AKWs zu verhindern.

So wie in Deutschland stehen auch in Österreich mächtige Interessen hinter dem Ausbau der Kernenergie: Die Bourgeoisie braucht billige Energie, um in der internationalen Konkurrenz mitspielen zu können, sie will dem Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder der 3.Welt begegnen.

Deshalb ist es ihre unbedingte Absicht, Kernkraftwerke zu bauen.

Die Bewegung gegen den Bau von Kernkraftwerken muß Klarheit haben über die Absichten ihres Gegners, mit welchen Mitteln er bereit ist, seine Ziele durchzusetzen. Der Bericht über Brokdorf, den wir aus der "Kommunistischen Volkszeitung", dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands abdrucken, gibt einem ein Bild über die Schärfe, die die Widersprüche in dieser Frage bereits erreicht haben.

"Etwa 30.000 waren am Samstag zu Demonstration und Kundgebung am Bauplatz des Kernkraftwerks in Brokdorf gekommen. Bedeutend mehr Arbeiter, Bauern und Werktätige aus der Wilster Marsch haben sich beteiligt. Auf der Elbe demonstrierten die Elbfischer gegen den Bau des KKW. Sie hatten ihre Schiffe mit Parolen gegen das Kernkraftwerk bemalt.

War bei der ersten Demonstration das Aktionsziel "Kein KKW in Brokdorf!" noch wenig verankert und überwogen Losungen gegen den Atomtod, so war diesmal die Entschlossenheit groß, den Kampf um die Einstellung der Bautätigkeit und um die Besetzung des Platzes zu führen. Unter der Losung "In Reihen gehen wir zum Tor, und dann gehts auf den Bauplatz vor!", zogen die Kundgebungsteilnehmer zum Bauplatz.

Die Reaktion hatte sich bürgerkriegsmäßig vorbereitet, um den Bau durchzusetzen. In den Tagen davor und noch in den Abend- und Nachtstunden kamen Ansagen des Innenministers und des Ministerpräsidenten durchs Radio, in denen vor Gewalt gewarnt wurde und angekündigt wurde, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen. Das hat keineswegs die Massen eingeschüchtert, sondern ganz im Gegenteil die Empörung und Wut und den Kampfeswillen gegen die Reaktion geschürt. Polizeieinheiten aus der ganzen BRD waren zusammengezogen worden. Der Bundesgrenzschutz stand in Bereitschaft. In Itzehoe fuhren Polizeiwagen mit Mainzer Kennzeichen mit Blaulicht durch die Stadt. Auf dem Bauplatz selbst hatte die Polizei den festungsmäßigen Ausbau weiter vorangetrieben. Gräben bis zu 8 Meter Breite, NATO-Stacheldraht in mehreren Schichten und Reihen, Zäune und Betonmauern um den Platz. Auf dem Platz selber waren etwa 2.000 Polizisten aufgezogen. Über dem Gelände kreisten Polizei-und Bundesgrenzschutzhubschrauber.

Als die ersten Demonstrationszüge auf einer Straße am Bauplatz entlang und vor das Tor zogen, wurden sie sofort von der Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas angegriffen. Neuankommende Demonstrationstrupps, die 5 bis 6 Kilometer vor dem Bauplatz die Autos und Busse verlassen mußten, mußten mehrere Polizeiketten durchbrechen, um zum Platz zu kommen. Im Verlauf des Nachmittags und des frühen Abends kam es am Tor des Bauplatzes und entlang der ganzen Breitseite des Platzes zu heftigen Kämpfen mit der Polizei. Es wurden Brücken gebaut, und an mehreren Stellen wurde der Hauptzaun durchgeschnitten. Es wurden Parolen gerufen: "Sofortige Einstellung der Bauarbeiten!, Volksgewalt gegen Staatsgewalt! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!". Die Polizei ließ von Hubschraubern aus Tränengasbomben werfen. Ein gepanzertes Polizeiauto wurde in den Graben gesetzt und funktionsunfähig gemacht. Ein Polizeifahrzeug brannte aus.

Trotz der heftigen Kämpfe gelang es nicht, den Platz zu stürmen, um die Bautätigkeit sofort nachhaltig einzustellen. War es der Polizei auch gelungen, mit Tränengas, Stacheldraht und Wasserwerfern die Einnahme des Platzes zu verhindern, so war es ihr jedoch überhaupt nicht gelungen, die Massen von ihrem Ziel abzubringen. Im Gegenteil, die Klarheit über den Feind und die Entschlossenheit hat zugenommen. Die gegenseitige Unterstützung war groß. Das lag gerade daran, daß es keine 'Zuschauer' gab, sondern daß die Massen für ein gemeinsames Ziel kämpften."

Kaserne Götzendorf/NÖ

»So sollen wir das Kuschen lernen!«

Wir sind am 4.Oktober nach Götzendorf a.d. Leitha/NÖ eingerückt.

Schon allein die Lage von Götzendorf zeigt, welchem Zweck die Zusammenfassung der Soldaten in Kasernen dient. Alle Kasernen in näherer Umgebung von Götzendorf stehen in unbewohntem, entlegenem und ödem Gebiet (wie z.B. auch Kaisersteinbruch u.a.).Die Lage der Kasernen ist kein Zufall. Die Bourgeoisie ist gezwungen, die Soldaten vom Volk vollständig zu trennen, denn Soldaten, die später gegen das österreichische Volk und gegen andere Völker, gegen ihre eigenen Kollegen, Frauen und Kinder eingesetzt werden sollen, müssen die Interessen des Volks möglichst rasch und vollständig vergessen. Aus diesem Grund stehen die Kasernen in den entlegensten Gegenden, damit die Verbindung der Soldaten mit dem Volk erschwert und gar unmöglich gemacht wird.

Deshalb ist es auch gar nicht verwunderlich, daß in unserer Kaserne etwa 80% Steirer kaserniert sind, die in ihren Heimatort und zu ihren Kollegen, Eltern oder Frauen mindestens 2 Autostunden oder 3 bis 5 Stunden mit der Eisenbahn fahren müssen. Da es natürlich über diesen Zustand schon zu Beginn unseres Grundwehrdienstes große Empörung gegeben hat und noch immer gibt, erklärte uns schon in der ersten Woche ein Herr Vizeleutnant diese "Notwendigkeit": "Das ist auf den starken Jahrgang 1957 zurückzuführen. Und gerade damals waren die Steirer in dieser Hinsicht sehr fleißig, weil auch öfter der Strom ausgefallen ist!" Über diese Erklärung gab es natürlich viel Gelächter, die "Erklärung" des Herrn Vizeleutnant hat ihren Zweck erfüllt. Heute wissen wir, daß z.B. in den beiden Grazer Kasernen, wie auch in Zeltweg, Fehring usw. etliche Niederösterreicher und Burgenländer sowie Wiener stationiert sind.

Auch mit diesen Maßnahmen bezweckt das "Verteidigungs"-ministerium als geschäftsführender militärischer Ausschuß der Bourgeoisie nichts anderes, als die Soldaten vom Volk zu trennen, damit sie von ihren ureigensten Interessen entfremdet werden.

Doch die Trennung vom Volk ist nicht das einzige Mittel der Bourgeoisie mit dem sie sich die Soldaten gefügig machen will.

So gibt es spalterische "Verantwortlichkeiten" für alles und jedes. Zimmerkommandanten z.B. werden herangezogen, Befehle zu erteilen. Diese sollten natürlich nicht arbeiten, sie müssen nur anschaffen. Ein dreifacher Zweck wird damit erfüllt. Die Soldaten werden gespalten, der "verantwortliche" Anschaffer sieht sich als etwas Besseres und außerdem begreift er, wie schwer das ist, das "Kommandieren."

Aber meistens helfen auch solche Spaltungsmaßnahmen nichts, wie einige Ereignisse bei uns zeigen:

Als wir vorige Woche eine Nachtübung beendet hatten und schon wieder im Kasernengelände angetreten waren, meldete sich ein Kamerad, der auf dem Übungsplatz seinen Spaten verloren hatte. Der Zugskommandant, in seiner Wut, schickte uns wieder zurück; wir sollten jetzt (22 h) den Spaten suchen. Natürlich war das nur ein taktischer Zug von ihm, um einen Sündenbock für die Schinderei zu finden ("...da könnt ihr euch bei eurem Kameraden bedanken!"). Die meisten Soldaten ließen sich vorerst aufhetzen und schimpften und fluchten auf den Kameraden, der den Spaten verloren hatte. Es gelang einigen Kameraden, die dieses Manöver durchschaut hatten jedoch, die andern davon zu überzeugen, daß der verlorene Spaten für den Zugskommandanten nur ein Vorwand war, um uns zu schinden und aufeinander zu hetzen. Als wir dann wieder in die Kaserne zurückkamen, war die ganze Empörung gegen den Zugskommandanten gerichtet; vom Spaten war nichts mehr zu hören und zu sehen. Noch vor und während der Nachtruhe diskutierten wir dieses Manöver und viele Kameraden meinten, daß wir uns in Zukunft vor solchen Manövern in acht nehmen müssen und von Anfang an geschlossen dagegen auftreten müssen.

So gingen wir Soldaten aus diesem Manöver gestärkt hervor und der Zugskommandant hat mit diesem Spaltungsversuch eine große Schlappe hinnehmen müssen.

R.W

Graz, dzt. Whm in Götzendorf/NÖ.

Das Abtreibungsverbot ist aufrecht, der Staat diktiert die Ausnahmebedingungen! Weg mit den Paragraphen 96 und 97!

Je mehr die Bewegung gegen die alte Form des Abtreibungsverbots, den § 144, in den Jahren 1968 bis 1974 einen Aufschwung nahm und sich in die Breite und Tiefe entwickelte, desto kräftiger wurde innerhalb dieser Bewegung die Forderung nach der vollständigen Aufhebung des Abtreibungsverbots erhoben, was in zahlreichen Beschlüssen und Resolutionen gewerkschaftlicher Organisationen und in Demonstrationen gegen das Abtreibungsverbot seinen Niederschlag fand.
Die SPÖ hat versucht, mit ihrer "Fristenlösung" diese Bewegung gegen das Abtreibungsverbot zu unterlaufen und die Massen zu betrügen. Die "Fristenlösung" ist eine "Lösung" der Abtreibungsfrage, bei der der Staat das Verbot aufrechterhält und zusätzlich noch die Ausnahmebedingungen diktiert. Und das mit gutem Grund.

Die Abtreibungsparagraphen sind Klassenparagraphen

Die Forderung nach Aufhebung des Abtreibungsverbots ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung, so wie das Bestehen dieses Verbotes selbst und zwar deshalb, weil sich das Abtreibungsverbot, in welcher Form es auch immer vom bürgerlichen Staat diktiert und gehandhabt wird, in seinem Kern ausschließlich gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen richtet. Nur für die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen ist es die soziale Lage, die das Problem aufwirft, eine Abtreibung durchführen zu müssen, niemals aber für die Bourgeoisie, die über den gesellschaftlichen Reichtum verfügt.

Wenn auch die Bourgeoisie in ihren Reihen die Abtreibung praktiziert, dann niemals aus dem Grund, weil sie durch eine gesellschaftlich elende Lage dazu gezwungen wird. Keine Bourgeoisfamilie braucht sich wegen eines weiteren Kindes Angst um ihr wirtschaftliches Fortkommen zu machen. Das Verbot macht nicht die Lage der Bourgeoisie besonders bösartig, besonders unerträglich, sondern ausschließlich die der werktätigen Massen. Mit dem Abtreibungsverbot werden die Klassen zusätzlich unterdrückt, die in der bürgerlichen Gesellschaft sowieso ausgebeutet und unterdrückt werden. Wer durch die Verhältnisse zu einer Abtreibung gezwungen ist, soll obendrein auch noch schikaniert, verfolgt und bestraft werden. Die Abtreibungsparagraphen verletzen die Interessen der Massen, sie verletzen ihren Stolz und ihre Würde. Deshalb müssen sie weg. Auch die "Fristenlösung" läuft darauf hinaus, dem Staat die Freiheit zu geben, die Massen zu schikanieren, zu begutachten, zu verfolgen und zu bestrafen. Solange die Abtreibung Tatbestand des Strafgesetzes ist, bedeutet das für die Massen den Zwang, all dies zu erdulden. An den Verhältnissen, die zur Abtreibung zwingen, ändert sich nichts, an der Armut und dem Elend ändert sich nichts. Dazu kommt noch Erniedrigung und Verfolgung. Deshalb werden sich die Massen gegen das Abtreibungsverbot weiter wehren. Deshalb wird die Bourgeoisie dieses Unterdrückungsinstrument nicht freiwillig aus der Hand geben.

Das Festhalten der Bourgeoisie am Abtreibungsverbot läßt sich auch daraus erklären, daß sie darin, neben anderen "sozialpolitischen Mitteln", wie Geburtshilfen usw. ein Mittel sieht, um auf die Bevölkerungsentwicklung Einfluß nehmen zu können. Für die Bourgeoisie sind die Nachkommen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen lediglich Arbeitskräfte, Träger von Waren, die auf dem Arbeitsmarkt gehandelt werden, und die in genügender Anzahl vorhanden sein müssen, damit die Produktion, im Auf- und Abschwung von Krise und Konjunktur ohne besondere "Anspannung auf dem Arbeitsmarkt" aufrechterhalten werden kann.

Das Abtreibungsverbot ist aufrecht!

So gesehen ist auch die Fristenlösung zu verstehen. Sie ist die Antwort der Bourgeoisie auf das Drängen der Volksmassen nach Abschaffung des Verbots, sie ist aber eine Antwort, die an den grundlegenden Interessen der Bourgeoisie festhält. Der SPÖ ist es gelungen, zeitweilig die Massen über den wahren Charakter dieser "Fristenlösung" hinwegzutäuschen, es ist ihr gelungen, den Eindruck zu erwecken, als sei die "Fristenlösung" nahezu dasselbe, als die erhoffte Abschaffung des Abtreibungsverbots, als wäre sie die Aufhebung dieses zusätzlichen Drucks, der durch das Verbot auf den werktätigen Massen lastet.

Doch blickt man nur 50 Meter aus den eigenen vier Wänden, so sieht man, daß in acht von neun Bundesländern für die Werktätigen und armen Bauern; die zu einer Abtreibung gezwungen sind, es praktisch unmöglich ist, sie "legal" in den Gegenden durchführen zu lassen, in denen sie wohnen und arbeiten. Das zwingt sie in den "Untergrund", was die Schätzungen über das Gleichbleiben der "Dunkelziffern" beweisen. Aber auch in Wien ist es so, daß die Spitäler, die Abtreibungen nach den staatlichen Ausnahmebedingungen durchführen, oft längere Zeit ausgebucht sind und die Preise so um die 2.000,- S liegen.

Die Tatsache, daß die bürgerlichen Zeitungen, die Parteien und die Regierung selbst in den letzten Monaten Äußerungen zu dem Thema "Abtreibung" vermieden haben, ist kein Beweis dafür, daß sich an den grundlegenden Haltungen der Bourgeoisie irgendetwas geändert hätte. Das Verbot ist dadurch nicht "milder" geworden, das Recht auf Abtreibung ist dadurch nicht "stillschweigend" bereits verwirklicht. Es ist nur ein Anzeichen dafür, in welch komplizierter Lage sich die Bourgeoisie heute befindet, eine Lage, die es ihr wegen der wachsenden Bewußtheit der Arbeiterklasse und des Volkes immer schwieriger macht, ihre reaktionären Maßnahmen und Ideen als im Interesse des Volks liegend anzupreisen.

Weg mit den Abtreibungsparagraphen!

Obwohl es also der SPÖ-Regierung in Verfolgung der Bourgeoisie-Interessen zeitweilig gelungen ist, die Massen zu täuschen und damit die Bewegung gegen das Abtreibungsverbot und für die Streichung der Strafgesetzbuchparagraphen 96 und 97 zu desorientieren und zu unterlaufen, hat sie aber damit nicht die Grundlage dieser Bewegung beseitigt, wie die Tatsachen beweisen. Das Abtreibungsverbot besteht weiter und wirkt weiter und diese Tatsache ist die Grundlage, auf der sich der Widerstand der Volksmassen gegen das Abtreibungsverbot zwangsläufig neu formieren wird und von der ausgehend die Notwendigkeit besteht trotz der schwierigeren Bedingungen, die Bewegung neuerlich auf richtiger Grundlage aufzubauen.

k.p.

Ministerium hebt Beschlüsse der Salzburger Studentenvertretung auf

Gegen Ende des Sommersemesters protestierten die Bewohner des Studentenwohnheimes "Schwarzes Rößl", das der "Akademikerhilfe" gehört, gegen drastische Heimpreiserhöhungen.
Mit Unterstützung der Studentenvertretung führten die Heimbewohner einen Teilzahlungsboykott durch - trotz massiver Einschüchterungsversuche und Rausschmißdrohungen. Schließlich konnte ein Teilerfolg erzielt werden.

Daraufhin faßte der Hauptausschuß der Hochschülerschaft 2 wichtige Beschlüsse: der eine besagt, daß die ÖH Aktionen von Bewohnern anderer Studentenheime gegen Heimpreiserhöhungen genauso unterstützen wird, wie den Zahlungsboykott der Bewohner vom "Schwarzen Rößl". Der zweite besagt, daß die ÖH alle eventuellen Kosten für zivil- und strafrechtliche Folgen für die Heimbewohner des "Schwarzen Rößl" übernehmen wird.

Diese beiden Beschlüsse wurden von Herrn Drischl aufgehoben, mit der Begründung, die Preise von Studentenwohnheimen seien nicht Angelegenheit der Hochschülerschaft!

Zum einen ist es dem bürgerlichen Staat immer ein Dorn im Auge, wenn Teile des Volkes sich gegen die Ausplünderung durch die Unternehmer und den Staat zur Wehr setzen. Denn solche Kämpfe könnten ja Schule machen (und sie machen es auch). Ganz unerträglich wurde es ihm jedoch, als die Studentenvertretung diesen Kampf auch noch unterstützte. Damit so etwas im Prinzip auch nicht vorkommen kann, hat das Ministerium extra das Gesetz so gestaltet, daß die Studentenvertreter ihm verantwortlich sind und nicht den Kollegen, von denen sie gewählt sind. Auch über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge müssen die Studentenvertreter dem Ministerium Rechenschaft ablegen. Die jüngsten Vorfälle zeigen, wie sehr den Studenten durch das ÖH-Gesetz die Hände gebunden sind, wenn sie gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen kämpfen wollen.

Daher wird heute schon von vielen Studenten die Forderung nach einer Änderung des ÖH-Gesetzes erhoben. Sie wollen eine Vertretung mit Satzungs- und Finanzhoheit, sowie mit imperativem und politischem Mandat!

i.s.
Marxistischer Studentenbund-Salzburg

VRA und MLPÖ gegen gemeinsames Auftreten der Marxisten-Leninisten gegen die Kriegsvorbereitungen und den Entspannungsschwindel

Die Ortsgruppe Wien des KB Österreichs trat an die VRA und die MLPÖ mit dem hier abgedruckten Brief heran.

Die MLPÖ reagierte nicht und gab nicht einmal eine Erklärung ab. Die VRA, bereits am 12. November telefonisch von diesem Vorschlag unterrichtet, lehnte aber die Teilnahme an einer solchen Aktion ab.

Was waren die Argumente?

1. Man dürfe die Truppenabbaukonferenz nicht isoliert betrachten, weshalb die ganze Aktion fragwürdig sei.
2. Man dürfe sich nicht auf eine kleine Demonstration orientieren, sondern müsse sich auf die Massen stützen.
3. Die Massen seien in dieser Frage noch nicht in Bewegung gekommen.
4. Man könnte die Aktion nicht gut vorbereiten, in 14 Tagen könnte man "keine Wurzeln in den Massen schlagen".
5. Zu den vorgeschlagenen Forderungen: Einiges sei richtig, manches isoliert betrachtet, aber es sei natürlich auch Falsches dabei. Was falsch sei, sei ohnehin bekannt und müßte deshalb nicht nochmals erwähnt werden.
6. Die Politik der VRA in der Frage von Krieg und Frieden sei, "mit allem und jedem" zusammenzugehen, aber nicht mit dem KB Österreichs, denn dies müßte ein Zusammengehen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus sein. Die VRA könnte im Interesse der Einheit und Klarheit unter den Marxisten-Leninisten nicht mit dem KB Österreichs eine gemeinsame Aktion machen, weil ein solcher Schritt dem Kampf um Klarheit störe und ihm abträglich sei. Die VRA sei nicht bereit, durch ein gemeinsames Auftreten eine falsche Linie zu decken.

Wir sind der Meinung, daß die marxistisch-leninistischen Organisationen in den politischen Fragen, in denen das möglich ist, ungeachtet ihrer Differenzen zusammenarbeiten sollen. Das dient dem Klassenkampf und dem Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten auf richtiger Grundlage und um den Aufbau der Partei. Wir halten die Position der VRA für falsch, borniert und sektiererisch. Dasselbe gilt für die Position der MLPÖ, wie sie in ihrem Verhalten praktisch zum Ausdruck kommt.

Wir sind der Meinung, daß die Marxisten-Leninisten gegen die Kriegsvorbereitungen und den Entspannungsschwindel der Supermächte aktiv unter den Massen auftreten müssen. Dafür haben wir einen vernünftigen Vorschlag gemacht. Die Position der VRA zeigt, daß sie vor dieser Aufgabe zurückschreckt und kapituliert, obwohl sie sie stets laut im Mund führt und uns vorwirft, sie nicht wahrzunehmen. Auch im Verhalten der MLPÖ kommt das Desinteresse an der Wahrnehmung dieser Aufgabe zum Ausdruck.
W.L./K.P.

Liebe Genossen!

Der Kommunistische Bund Österreichs, Ortsgruppe Wien, plant auf der Grundlage des Artikels unserer Zeitung "Klassenkampf" Nr.6/76 für 25. od. 26. November die Durchführung einer Demonstration gegen die wachsenden Kriegsvorbereitungen und den Entspannungsschwindel der beiden Supermächte.

Wir laden euch ein zu einem Gespräch am 13. Nov., 1?oo Uhr, Halbgasse 12,

um zu beraten welche Möglichkeiten für die Durchführung einer gemeinsamen Aktion aller Marxisten-Leninisten in Wien in dieser Frage bestehen.

Wir streben die Einigung auf der Grundlage der folgenden Forderungen an:

- Verpflichtung aller Nuklearmächte, vor allem der beiden Supermächte, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anzuwenden
- Vollständiger Abzug aller im Ausland stationierten Truppen, insbesondere Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder.
- Auflösung aller Militärstützpunkte, insbesondere jene der beiden Supermächte in Europa einschließlich der Kernwaffenstützpunkte auf Territorien fremder Länder
- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer, sowie das Verbot der Durchführung von Militärmanövern der beiden Supermächte in der Nähe der Grenzen zu europäischen Ländern.
- Auflösung der imperialistischen xt Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt.

Für die Demonstration selbst schlagen wir folgende Route vor:
Treffpunkt: Mariahilferstraße/Neubaugasse;
Mariahilferstraße, Babenbergerstraße, Ring
Abschlußkundgebung: Burgtor

Mit kommunistischen Grüßen

K.Puchinger
Sekretär d.OG

Dieser Brief ergeht an:
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs

Universität Wien: Der Kampf gegen die Maßregelung des Studentenvertreters war erfolgreich

Wie wir im "Klassenkampf" 5/76 berichteten, hatte der Senat den Beschluß gefaßt, M.Grossers "sub auspiciis" Promotion, die mit einer Assistentenanstellung verbunden wäre, zu verhindern.

Dieser Beschluß rief sofort massiven Protest der Studenten hervor: 16 Studienrichtungsvertretungen, mehrere Hörerversammlungen und der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft verurteilten das reaktionäre Vorgehen der obersten Professoren schärfstens. Weiters brachten 220 Assistenten ihren Unmut über den Beschluß in verschiedenen Briefen zum Ausdruck.

Nicht weil er das Verhalten von M.Grosser plötzlich für auszeichnungswürdig fand, der im Kampf der Mathematikstudenten gegen Studienverschärfungen immer konsequent den Willen der Kollegen vertrat, sondern angesichts dieses breiten, einheitlichen Vorgehens von Studenten und Assistenten mußte der Akademische Senat am 18.11. seinen Beschluß zurücknehmen. Die Professoren mußten also eine Niederlage einstekken. Sie wiegt noch schwerer, weil es ihnen nicht gelang, M.Grosser zu einer allgemeinen Verurteilung der Vorlesungsstörungen zu bewegen. Daß sie das gerne gehabt hätten, zeigt folgendes Zitat aus dem Kurier (20.11.76): "Der Senat seinerseits genehmigte nach eingehenden Diskussionen die Promotion 'sub auspiciis', stellte aber am Fall Grosser für die Zukunft ausdrücklich fest, daß eine 'Vorlesungsstörung kein taugliches Mittel zur Behebung von Meinungsverschiedenheiten' sein könne."

Warum ist die Unterbrechung einer Vorlesung, weil die Studenten einen Professor wegen Prüfungsverschärfungen zur Rede stellen, für die Professoren eine Vorlesungsstörung, die nicht geduldet werden kann?

Für das Funktionieren des bürgerlichen Hochschulbetriebs geht es nicht an, daß sich die Studenten einzumischen versuchen, denn hier sollen ja gerade Wissenschafter ausgebildet werden, die an Unterdrükkung und Duckmäusertum gewöhnt sind. Für die Studenten ist das Zuredestellen von Professoren dagegen ein notwendiges und richtiges Mittel, um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Zurücknahme des Beschlusses stellt einen großen Erfolg des einheitlichen und breiten Vorgehens der Studenten dar!
H.M. Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation/Wien

Salzburg: Demonstration gegen die Stundenkürzungen

Am 11.11. demonstrierten knapp 200 Studenten und Schüler für die Rücknahme aller Stundenkürzungen an den Hochschulen und gegen die Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich insgesamt. So wandten sich die Demonstranten mit Parolen wie z.B. "Lehrerstop und überfüllte Klassen darf man sich nicht bieten lassen", "Massensteuern rauf, Soziales runter - dieser Staat treibt's immer bunter!" auch gegen die miserable Situation in der gesamten Ausbildung und gegen die reaktionäre Finanz- und Sozialpolitik des Staates.

Diese Demonstration kam zustande, obwohl die Regierung versucht hatte, durch Teilzugeständnisse der Bewegung die Spitze zu nehmen. Sie hatte in 31 von 111 Fällen die Kürzung wieder zurückgenommen.
bem
Marxistischer Studentenbund Salzburg

Studentenvertreterwahlen an der Pädagogischen Akademie, Wien

Der Einfluß der Kommunisten wächst!

Bei den am 17./18.11. abgehaltenen Studentenvertreterwahlen erhielt die sozialdemokratische Liste "Zentralverband" acht Mandate, die ÖVP-Liste "Lehrerverein" sieben und die Studentenorganisation der Ortsgruppe Wien des KB Österreichs"Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation" ein Mandat.
Die KPÖ-Liste verlor gegenüber dem Vorjahr an Stimmen und erreichte kein Mandat.
Die Entwicklung zeigt also, daß sich die Studenten nach links bewegen, was sich in Gewinnen des ZV (im Vorjahr war noch der ÖLV stärkste Fraktion) und der MLS ausdrückt. Wie schon in den Wahlveranstaltungen sichtbar wurde, unterstützt ein Großteil der Studenten, die aktiv in das politische Geschehen einbezogen werden, die MLS.

Wenn auch die fortschrittlichen Phrasen des ZV nur der Leim sind, mit dem die Studenten im bürgerlichen Lager gehalten und insbesondere für die SPÖ ausgenutzt werden sollen, so zeigt doch der Stimmenverlust der ÖVP-Liste die Linksentwicklung. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diese Entwicklung weiterzutreiben und die Studenten für den konsequenten Bruch mit dem bürgerlichen Lager zu gewinnen.
H.K.
Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation/Wien

Kritik am Artikel »Die Völker müssen den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte mit klaren For

Der Kampf um den Frieden muß dem Kampf um die so untergeordnet werden

Dieser Artikel enthält einige schwerwiegende Fehler und Mängel. Der schwerwiegendste Fehler besteht darin, daß in dem Artikel der Kampf um den Frieden nicht dem Kampf um die sozialistische Revolution untergeordnet, sondern vielmehr aus dem Zusammenhang des Klassenkampfs gerissen wird.

Der Kampf um den Frieden ist in der heutigen Lage auf der Welt und in Europa eine äusserst wichtige Frage. Die Gründungskonferenz des KB Österreichs hat die Linie unserer Organisation in dieser Frage in einer besonderen Resolution niedergelegt ("Kommunist" 1/76, S.57-78). Dort heißt es: "Der grundlegende Beitrag, den die österreichischen Kommunisten zum Fortschritt der Weltrevolution leisten können, ist die Befähigung der Arbeiterklasse zur Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution.

Die österreichische Arbeiterklasse steht unmittelbar vor dieser Aufgabe. Dabei ist die österreichische Bourgeoisie der Hauptfeind der österreichischen Arbeiterklasse.

Die Kommunisten können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn sie ihre Strategie und Taktik im Rahmen der Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab und der Entwicklung der internationalen Lage bestimmen und den Kampf gegen den unmittelbaren Feind aufs engste mit der Unterstützung der Proletarier aller Länder, der unterdrückten Völker und Nationen und der sozialistischen Länder verbinden. Dabei bekommt heute der Kampf gegen die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, und gegen die Gefahr eines Weltkriegs, auf den ihr Ringen um die Weltherrschaft zustrebt, immer größere Bedeutung und die Frage der Unabhängigkeit Österreichs wird zu einer immer wichtigeren Frage des Klassenkampfes.

Die österreichische Arbeiterklasse muß die Führung der Volksmassen auch in diesen Fragen übernehmen und sich in die internationale Einheitsfront gegen Kolonialismus und Imperialismus, insbesondere gegen das Hegemoniestreben der Supermächte einreihen."(S.57) Zur grundlegenden taktischen Linie, auf der die Arbeiterklasse das kann, hält die Resolution fest: "Da die beiden Supermächte die Hauptfeinde der Völker im Weltmaßstab sind, da von ihrem Ringen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht, was insbesondere den Frieden und die Sicherheit der Völker in Europa bedroht, da sie die hauptsächlichen äußeren Feinde der Revolution der österreichischen Arbeiterklasse sind, ist der Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der Supermächte und der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs ein unmittelbares Erfordernis des Klassenkampfes in Österreich und der Vorbereitung der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf die proletarische Revolution, von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Bedingungen der Revolution in Österreich und zugleich ein mächtiger Hebel für die Sammlung und Vereinigung der Massen gegen die österreichische Bourgeoisie.

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Unabhängigkeit Österreichs muß, wie der gesamte Kampf um Demokratie gegen die imperialistische Reaktion nach innen und nach außen, der Vorbereitung der sozialistischen Revolution und dem Sturz der österreichischen Monopolbourgeoisie, der Zerschlagung ihres Staates und Militärapparates untergeordnet werden. Anders kann weder die proletarische Revolution, die aus der gesamten ökonomischen, sozialen und politischen Lage der österreichischen Arbeiterklasse heraus notwendig das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse ist, vorbereitet werden, noch kann ein wirksamer Beitrag zum Kampf gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges in Europa geleistet werden. Denn erstens kann eine starke Bewegung gegen den Krieg nur im Kampf gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie aufgebaut werden, nicht als deren Anhängsel und in deren Schlepptau, und je stärker sie ist, desto größer wird ihr Beitrag sein, den Supermächten die Entfesselung eines Weltkriegs zu erschweren. Zweitens ist die schließliche Verhinderung des drohenden Kriegs nur durch den Sieg der Revolution zumindest in einigen wichtigen Ländern möglich. Der Kampf gegen den Krieg, für den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs muß unter Führung der Arbeiterklasse stehen und die Arbeiterklasse kann ihn wie den gesamten Klassenkampf nur als Kampf um selbständige Forderungen gegen ihren Hauptfeind, die österreichische Bourgeoisie, und die äußeren Feinde der Revolution führen." (S.66f.)

Die konkrete Lage in diesem Kampf ist heute dadurch gekennzeichnet, daß sowohl die Faktoren für den Krieg, als auch die Faktoren für die Revolution wachsen, wobei die Hauptten-denz die Revolution ist.

Von all dem ist im genannten Artikel nicht die Rede und es bildet auch nicht den politischen Ausgangspunkt des Artikels. Nach ihm wachsen auf der einen Seite die Faktoren für den Krieg und auf der anderen Seite - der "Wunsch nach Frieden" unter den Massen. Der "Wunsch nach Frieden" ist aber keine Gegenkraft, die etwas gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der Supermächte auszurichten vermag. Dagegen vermag nur der Klassenkampf der Proletarier und Völker Europas etwas auszurichten, wobei der Kampf um den Frieden ein wichtiger Teil, aber eben nur ein Teil des Klassenkampfes sein muß. Weil der Artikel nicht vom Klassenkampf ausgeht, kümmert er sich nicht darum, wer die führende Kraft auch im Kampf um den Frieden ist und nur sein kann, nämlich die Arbeiterklasse und daß die Arbeiterklasse die Führung in diesem Kampf haben bzw. gewinnen muß. Das hat Folgen: einerseits wird in dem Artikel so getan, als ob die richtige Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr bloß der Kampf um die internationalen Abrüstungsforderungen und nicht das Vorwärtskommen im Klassenkampf insgesamt wäre. Der Kampf um den Frieden wird vom Klassenkampf des Proletariats getrennt und abgehoben. Andererseits werden die internationalen Abrüstungsforderungen nicht klar und ausdrücklich gestellt. Auch werden diese Forderungen nicht ausdrückliche gegen die österreichische Bourgeoisie und ihren Staat erhoben. Insgesamt wird der Artikel nicht der vom Sekretär des ZK am 9.11.1976 festgelegten Ausrichtung unseres Auftretens gerecht: "Wir treten gegen die Kriegsvorbereitungen und Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte sowie gegen den Entspannungschwindel auf. Wir zeigen die wachsende Kriegsgefahr und die Notwendigkeit des Kampfes um den Frieden auf. Wir zeigen auf, daß die internationale Arbeiterklasse die führende Kraft und die Völker der Dritten Welt die Hauptkraft im Kampf um den Frieden sind. Wir zeigen die Notwendigkeit auf, daß auch die Völker Europas entschieden den Kampf um den Frieden führen müssen und daß sie ihn nur führen können, indem sie selbständig entsprechende Forderungen erheben, die sie gegen die Supermächte, aber auch gegen die 'eigenen' imperialistischen Regierungen richten, indem sie diese zu zwingen versuchen, den Kriegsvorbereitungen der Supermächte ebenfalls diese Forderungen entgegenzustellen. Wir arbeiten den Zusammenhang des Kampfes um den Frieden mit dem Kampf um die proletarische Revolution auf der Linie der 'Kriegsgefahrresolution' heraus. Wir enthüllen die Politik der österreichischen Regierung, in der sich Entspannungsgerede und das Setzen auf das 'Gleichgewicht der Kräfte' verbinden mit der Teilnahme an der Kriegsvorbereitung der NATO. Wir prangern die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie an und zeigen auf, auf der Grundlage welcher Interessen die österreichische Bourgeoisie auf die "Entspannung" setzt, nämlich auf Grundlage der eigenen imperialistischen Interessen. Der Kampf um den Frieden muß stets gegen die 'eigene' Bourgeoisie gelenkt und zum Beitrag beim Kampf um ihren Sturz gemacht werden". (Rundschreiben Nr.9 des Ständigen Ausschusses des ZK an die Ortsleitungen). Der Artikel leistet reformistisch-pazifistischen und sozialchauvinistischen" Fehlern Vorschub.

Ein schwerer Mangel des Artikels besteht darin, daß die Politik der österreichischen Bourgeoisie nicht konkret untersucht wird. Der Artikel trägt zwar einiges Material zusammen, führt aber keine Untersuchung durch und gruppiert es nur oberflächlich. Die österreichische Regierung beteiligt sich aktiv am Entspannungsschwindel, sie betreibt in gewissem Maß "Beschwichtigungspolitik" gegenüber dem Sozialimperialismus, sie verstärkt ihre außenpolitischen Aktivitäten, sie rüstet massiv auf...

Der Artikel stellt das alles fest, stellt die Frage "Warum?", antwortet aber darauf lediglich nur: "wegen ihrer imperialistischen Interessen". Das ist keine konkre-

derungen entgegentreten« im Klassenkampf 6/76

zialistische Revolution

te Antwort. Um eine konkrete Antwort zu geben, hätte er die internationale Stellung Österreichs und die daraus folgende Politik der österreichischen Bourgeoisie, insbesondere ihre Haltung zu Krieg und Frieden, untersuchen müssen. Die österreichische Bourgeoisie versucht auf der Grundlage der Entwicklung der Widersprüche im Weltmaßstab und in Österreich ihre internationale Position auf ökonomischem, politischem, diplomatischen und militärischem Gebiet zu stärken. Dazu dienen Kreiskys Nahostmissionen, die besonders "aktive Rolle" bei der Konferenz von Helsinki, der jüngste Vorschlag eines Vorbereitungstreffens des "Westens" für die Belgrader Konferenz 77 usw. usf., aber genauso etwa die Militärpolitik, die die österreichische Armee zu einem ernstzunehmenden Faktor gemacht hat. Für das alles kann die Bourgeoisie die Möglichkeiten und Mittel nur aus der vor allem seit der Krise 1966/67 gewaltig steigenden Ausbeutung der Arbeiterklasse ziehen. Dies ermöglicht ihr auch die Stärkung und den Ausbau der ökonomischen Position Österreichs im internationalen Konkurrenzkampf. Um diesen Weg weiter verfolgen zu können, hat die österreichische Bourgeoisie unter den gegebenen Umständen ein Interesse an der Aufrechterhaltung eines Zustandes, den sie selber als "Gleichgewicht der Kräfte" beschreibt und an der Hinauszögerung des Kriegs zwischen den beiden Supermächten, in den sie unweigerlich verstrickt würde. Durch den Krieg würde die österreichische Bourgeoisie nicht gewinnen, sondern verlieren. Der Krieg würde die Gefahr des Verlustes von Teilen des Staatsgebietes an den Sozialimperialismus ebenso mit sich bringen, wie die Gefahr der völligen Unterwerfung der österreichischen Regierung unter die USA. In jedem Fall würde er ihre internationale Position schwächen.

Die österreichische Bourgeoisie hat vielmehr Interesse daran, die Situation zu nutzen, um stärker zu werden und ihr Gewicht auf der Welt im Rahmen des "Westens" zu erhöhen. Das ist eine konkrete taktische Orientierung der Bourgeoisie, ändert nichts an ihrem imperialistischen Charakter und macht sie nicht friedliebend. Zugleich rüstet sie auf und wird nicht zögern, an der Seite des US-Imperialismus an einem imperialistischen Krieg zwischen den beiden Supermächten teilzunehmen, wenn dies ihrem Interesse entspricht. Auch für diesen Fall sucht sie ihre Stärke und ihr Gewicht zu erhöhen. Weiter: Um ihre Pläne zu verfolgen, braucht die österreichische Bourgeoisie das "Klima der Entspannung" und setzt sie in gewissem Maß auf die "Beschwichtigung" des Sozialimperialismus. Ein "Kurs der offenen Konfrontation" gegen den Sozialimperialismus würde ihren ökonomischen, politischen und diplomatischen Spielraum sehr einengen. Waren- und Kapitalexporte nach Osteuropa und auch zusammen mit osteuropäischen Ländern nach Ländern der Dritten Welt, in denen sich unter der Flagge des Sozialimperialismus leichter Geschäfte machen lassen, würden beeinträchtigt, die Vielzahl diplomatischer Vorstöße und Initiativen, die es heute gibt, wäre kaum denkbar usw. usf. Dies sind die Grundlagen, die "materiellen Interessen" aufgrund derer die österreichische Regierung heute ein besonders eifriger Verfechter der Entspannungspolitik ist. Es sind die Grundlagen sowohl für Entspannungsillusionen, als auch für den vergeblichen Versuch, den "Kurs der offenen Konfrontation" zu vermeiden.

Das hätte der Artikel darstellen müssen, und zwar nicht nur skizzenhaft, wie es hier geschieht. Da er es nicht tut, bringt er kein Licht in die Erscheinungen der Außenpolitik der österreichischen Bourgeoisie. Er gibt der Arbeiterklasse keine Auskunft über die Lage und Politik des Gegners.

Alle diese Mängel und Fehler zeigen, daß sich die Organisation die in der Resolution der Gründungskonferenz festgelegte Linie im ständigen Kampf gegen Abweichungen immer besser aneignen muß. Der Artikel ist in der Organisation sofort von allen Seiten auf Kritik gestoßen und die Organisation hat sich beim Kampf gegen seine Mängel und Fehler auf die Resolution der Gründungskonferenz gestützt. Die Resolution hat sich in diesem Kampf bewährt.

W.L.

Norwegen: Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte

Die sowjetische Zeitung "Iswestia", Propagandamaschine der Sozialimperialisten, richtete Ende Oktober einen scharfen Angriff auf Norwegen, daß es den Pariser Vertrag von 1920 über die Inselgruppe Spitzbergen in der Nordsee "mit Füßen trete", daß Norwegen das Abkommen, Spitzbergen als "entmilitärisierte Zone" zu halten, breche. Es liegt den neuen Zaren wie ein Stein im Magen, daß Norwegen "in letzter Zeit in regelmäßigen Zwischenräumen Marineschiffe zu der Inselgruppe geschickt und Militärflugzeuge auf der Inselgruppe landen hat lassen." (Iswestia)

Der Pariser Vertrag von 1920 legt fest, daß alle 40 Unterzeichnerstaaten zwar das Recht haben, "wirtschaftliche Ziele" auf Spitzbergen zu verfolgen, gibt Norwegen aber gleichzeitig "die volle und absolute Souveränität" über die Inselgruppe. Wenn Norwegen also Schiffe und Flugzeuge auf die Insel entsendet, um diese zu kontrollieren, so ist das eine völlig rechtmäßige Angelegenheit mit der die Souveränität über Spitzbergen praktisch wahrgenommen wird.

Demgegenüber ist es die Sowjetunion selbst, die, seit sie zur sozialimperialistischen Supermacht sich entwikkelt hat, ständig die norwegischen Rechte über Spitzbergen bedroht und offen angreift. So hat sie auf der Insel eine eigene Verwaltung errichtet, führt ausgedehnte militärische Aktivitäten in diesem Gebiet durch und unterhält militärische Einrichtungen.

Unter dem Vorwand von "Spezialaufgaben" und der "Ausbeutung von Rohstoffen" installierte die Sowjetunion eine beträchtliche Zahl von Personal, teilweise mitsamt deren Familien. Auf dem Kohlenfeld Barentsburg baute sie eine Hubschrauber-Base, wo fünf Riesen-Helikopter stationiert sind. Während sie selbst widerrechtlich Inspektionsflüge über die Insel durchführt, ging sie im August 1975 sogar so weit, ein Flugzeug hoher norwegischer Staatbeamter an der Landung auf der Insel zu hindern. Die Forderung Norwegens, die 200-Meilenzone anzuerkennen, und die Raubfischerei in Gewässern Norwegens einzustellen, beantworten die Sozialimperialisten mit wiederholten Raketenübungen in der Barentssee nahe der Inselgruppe. Dabei erklärten sie erst kürzlich, Teile der Barentssee, die von Norwegen beansprucht werden, selbstherrlich zu einem Sperrgebiet für die internationale Schiffahrt.

Spitzbergen - Streitobjekt zwischen den beiden Super mächten für die Kontrolle über die Nordflanke Europas

Sowohl Spitzbergen als auch die Barentssee haben für das westliche imperialistische Lager und die sozialimperialistische Sowjetunion eine grosse Bedeutung in strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Ein Blick auf die Karte zeigt das.



Mit den andauernden Provokationen und offenen Verletzungen der Souveränität Norwegens über Spitzbergen wollen die Sozialimperialisten unter der Hand die alleinige Kontrolle über die Insel gewinnen. Für den Kriegsfall mit der anderen Supermacht um Europa ist die Herrschaft über Spitzbergen von großer strategischer Bedeutung, um die Seeverbindung zwischen den USA und Europa zu zerschneiden.

Von Spitzbergen, Norwegen und der Norwegischen Bäreninsel aus, kann die Fahrtrute der sowjetischen Marineeinheiten von der Halbinsel Kola leicht beobachtet und kontrolliert werden. Im Hafen Murmansk und den umliegenden Häfen liegen 2/3 der sowjetischen Atom-U-Boote. Große Teile der Kriegsflotte sind hier konzentriert. Murmansk ist das ganze Jahr eisfrei und es eignet sich auch besser als die leicht abriegelbaren Ostseehäfen als Ausgangsbasis für einen Angriff auf Westeuropa. Die Sozialimperialisten haben darüber hinaus großes Interesse an den Bodenschätzen, die unter dem Festlandsockel zwischen Nordnorwegen und Spitzbergen und auf der Insel selbst liegen. Große Ölvorkommen werden hier angenommen. Auch die Fischgründe locken sie.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 21

Auch die USA wollen sich jetzt auf der Insel Spitzbergen, die zu Norwegen gehört, einnisten. Eine Forschergruppe wird **auf** die Insel vorgeschickt. "Die Osloer Zeitung 'Dagbladet' verweist darauf, das US-Außenministerium habe eingeräumt, daß mit der Entsendung der Forschergruppe nur ein erster Schritt hin zu einer stärkeren Präsenz getan werde." (Frankfurter Rundschau,30.9)

Die sowjetischen Raketentests und das Vordringen der USA auf Spitzbergen sind Teil der Vorbereitung des Krieges um Europa, wie sie an der Nordflanke stattfindet. Das Manöver der NATO-Verbände "Teamwork76" im Sommer dieses Jahres gehört auch dazu.

Für die sowjetischen Sozialimperialisten geht es dabei darum, die Kontrolle zu gewinnen über das Nordmeer, um eine Zufahrt zum Nordatlantik für die sowjetische Nordmeerflotte zu sichern.

Die sozialdemokratische Regierung Norwegens hat gegen die letzte Anwürfe der "Iswestjia" wegen dem angeblichen Vertragsbruch zwar heftig protestiert, betreibt aber ansonsten eine Politik der Beschwichtigung gegenüber den imperialistischen Angriffen der Sowjetunion auf die Souveränitätsrechte Norwegens über Spitzbergen. Gleichzeitig baut die norwegische Bourgeoisie offensichtlich auf den USA-Imperialismus und die NATO. Angesichts der Drohung durch die eine räuberische Supermacht lädt sie die anderen Supermacht ein, sich stärker zu engagieren.

Während sie also vor dem Wolf vor der Haustüre zittert, holt sie den Tiger durch die Hintertür ins Land. "Auf diese Weise wird Spitzbergen den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte geöffnet und preisgegeben.", schreibt die Zeitung der Marxistisch-Leninistischen Arbeiterpartei Norwegens "Klassenkampen" (26.10.)

Die Arbeiterklasse erhöht ihre Wachsamkeit

Am 4.11. nahmen etwa 300 Norweger an einer Demonstration und einer Kundgebung vor dem Parlament in Oslo teil, die von der Kommunistischen Arbeiterpartei AKP(ml) organisiert wurde. Auf Transparenten und in Losungen wurde die wiederholte "Kanonenpolitik" der neuen Zaren zurückgewiesen, der Abzug des sowjetischen Kriegsmaterials von Spitzbergen und die entschlossene Wahrnehmung der Souveränität Norwegens über die Inselgruppe gefordert. (Hsinhua,5.11.) In einer Stellungnahme der AKP(ml) zu den "Iswestjia" Provokationen heißt es: "Wir müssen das Verständnis dafür haben, daß die Provokationen des Sozialimperialismus dafür verwendet werden können, heute eine gespannte Situation zu schaffen, die morgen einen Vorwand für einen militärischen Überfall auf Norwegen liefern soll. Dies erfordert, daß das arbeitende Volk in Norwegen sich auf alle Möglichkeiten vorbereitet, den Kampf gegen die beiden Supermächte verstärkt, und jede Kapitulationspolitik abweist, den Druck einer Supermacht zu benützen, um Norwegen fester an die andere Supermacht zu binden. Spitzbergen ist norwegisches Territorium! Wir müssen dem sowjetischen Druck widerstehen! Sowjets - raus aus dem norwegischen Spitzbergen, und kein Zugang für die USA! Kampf den beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion!" (Klassenkampen, 26.10.)

M.Z.

Das spanische Regime dient den Imperialisten

Das faschistische Regime, auf das sich die Imperialisten stützen, hat die Bedingungen zur Kapitalanlage und Ausbeutung der spanischen Arbeiter durch die imperialistischen Monopole weiter verbessert. Genehmigungen für Mehrheitsbeteiligungen an spanischen Unternehmen werden durch die faschistische Diktatur umgehend erteilt; besonders schnell dann, wenn der ausländische Kapitalist für den Export produziert. Die Gewinne können weitgehend frei transferiert werden. Die Steuern für die Kapitalisten gehören zu den niedrigsten in Europa.

Die österreichische imperialistische Bourgeoisie will sich an dieser "einmaligen Chance für ausländische Unternehmen, in Spanien zu investieren" nach Kräften beteiligen. Ende November weilt eine Delegation von Industriellen in Spanien, auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten (lt. "Die Presse" vom 22.11.76).

Das spanische Regime versucht gegenwärtig mit allerhand "Liberalisierungs"-Versprechen und "demokratischen Reformen" den Kämpfen der spanischen Volksmassen gegen den Faschismus die Spitze und ihn zu spalten. In diesen Kämpfen halten die Arbeiterklasse und das Volk der faschistischen Unterdrückung weiterhin die Forderungen nach Gewerkschaftsfreiheit, nach voller Amnestie und nach vollständigen Kampf-und Organisationsrechten entgegen.

Der Kampf des Volkes von

Am 26. Oktober entließ die südafrikanische Minderheitsregierung die Transkei in die "Unabhängigkeit". Nach und nach sollen die Reservate für die Afrikaner "unabhängig" werden - als nächstes Boputhatswana. Schon im nächsten Jahr will das südafrikanische Parlament die dafür notwendigen Gesetze erlassen (s. "Klassenkampf" 5/76).

An den "Unabhängigkeitsfeiern" der Transkei nahmen etwa hundert interessierte Ausländer teil, darunter Abgeordnete aus neun Ländern. Aus Österreich waren unter anderem die Abgeordneten zum Nationalrat Marga Hubinek (ÖVP) sowie Gustav Zeilinger und Tassilo Broesigke (FPÖ) anwesend - sicher nicht als biedere Touristen. Und sicher nicht zufällig hält sich gegenwärtig der Parteiobmann der FPÖ, Peter, in Südafrika auf. Winkt doch mit der Transkei ein Ausbeutungsparadies, das den österreichischen Kapitalisten profitable Geschäfte verspricht.

Das Wesen der Bantustanpolitik versuchte der südafrikanische Informationsminister Mulder so darzustellen: "Die Politik der 'getrennten Entwicklung' hat das Ziel, jeder Volksgruppe die größte Chance zu geben, aber in ihrem eigenen Gebiet, um Rassenkonflikte zu vermeiden." (Die Welt, 28.4.76) Einer seiner Kollegen ist der Wahrheit schon näher gekommen: "Ein Minister der Rassistenregierung beschrieb kürzlich die sogenannten Heimatländer,...'als Lieferanten einer permanenten Ware, die kein anderes unabhängiges afrikanisches Land zu bieten hat - ein unerschöpfliches Heer von Arbeitskräften'". (Pan Africanist Congress, The Status of the Bogus Republic of South Africa, Seite 6)

Die Vertreibung der Afrikaner in Bantustans ist eine Hauptstütze der Apartheidpolitik: Damit soll der Landraub verewigt werden. Die Afrikaner sollen in verschiedene Rassengruppen gespalten werden und den Rassisten als billiges Arbeitsvieh dienen.

Widerstand seit mehr als 300 Jahren

Die Bantustans werden von den Rassisten zynisch "Heimatländer" genannt. In einem südafrikanischen Standardlehrbuch kann man lesen: "Das waren die Gebiete in Südafrika, wo die Bantus (abschätziger Name für Afrikaner) immer lebten und die ihnen gehörten"! (Zitiert in: Barbara Rogers, Divide & Rule, South Africa's Bantustans, Seite 5). Durch derartige Propaganda soll der Anschein erweckt werden, die Kolonisatoren Südafrikas hätten nur unbesiedeltes Land in Besitz genommen. Die ruhmreiche Geschichte der afrikanischen Völker straft diese Behauptungen Lügen.

Vor dem Eindringen der Kolonialisten im südlichen Afrika lebten auf dem größten Teil des Territoriums der heutigen Republik Südafrika verschiedene afrikanische Völker, die drei ethnischen Gruppen angehörten. Besonders die Völker der "Bantu"-Gruppe hatten hochentwickelte Kulturen. "Sie züchteten Rinder, Schafe und andere Haustiere, bauten Sorgnum und andere Feldfrüchte an. Die Wirtschaft war mannigfaltig und in Entwicklung begriffen. Die Stämme gewannen und verarbeiten Eisen, Kupfer, Zinn, Gold und andere Mineralien, stellten Töpferwaren und Produkte aus Tierhäuten her. Die archäologische Forschung... entdeckte viele Anzeichen für alte Unterkünfte aus Stein und befestigte Städte sowie kunstvoll angelegte Bewässerungs- und Verteidigungssysteme." (A. Lerumo, Fünfzig Jahre Kampf der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, S. 21). Spätestens seit dem 12. Jahrhundert betrieben die afrikanischen Völker Handel mit China, Indien und den arabischen Ländern.

1652 errichtete Jan von Riebeeck mit einer Expedition von 90 Mann im Auftrag der Holländisch-Ostindischen Handelsgesellschaft einen Versorgungsstützpunkt am Kap der guten Hoffnung. Anfangs tauschten die Soldaten noch Vieh von den dort lebenden Khoikhoi gegen andere Waren ein. Später schickte die Handelsgesellschaft holländische Siedler ins Kapland, die sich auf dem Land der Khoikhoi festsetzen wollten. Diese setzten sich dagegen heftig zur Wehr. 1658 wurden die ersten Sklaven aus Angola eingeführt, danach auch aus Ostafrika und asiatischen Ländern. Auf den Farmen der "Boers" (Farmer) arbeiteten hauptsächlich Sklaven. Mit der Zeit wandten sich die Siedler der Viehzucht zu und begannen, auf der Suche nach neuen Weideplätzen, immer tiefer ins Landesinnere vorzudringen. Sie stießen dabei auf das San-Volk, das ihnen während des ganzen 18. Jahrhunderts heftigen Widerstand entgegensetzte. Der Vormarsch der Treckburen wurde erst gestoppt, als sie auf die Xhosa trafen. Die Xhosa - von den Siedlern "Kaffern" genannt - waren "vor allem Viehzüchter und Ackerbauern, deren wohlgenährte Herden und fruchtbarer Boden den Neid der Treckburen hervorriefen. Sie besaßen jedoch eine mili-

Azania gegen die weißen Siedler hat eine lange Tradition

tärische Tradition und verstanden sich zu verteidigen und zurückzuschlagen. Mit Unterbrechungen tobte mehr als 1oo Jahre lang ein Krieg zwischen den Xhosa und den räuberischen Eindringlingen." (Lerumo, S. 26) Diese Feldzüge der Buren sind unter dem Namen "Kaffernkriege" bekannt. Erst 1879 wurden die Xhosa militärisch unterworfen. Anfang des 19. Jahrhunderts übernahm England die Macht am Kap, nachdem Holland seine Rolle als führende See- und Kolonialmacht verloren hatte. Britische Siedler kamen in das Kapland und vertrieben die Xhosa immer weiter nach Osten. Obwohl sich die Afrikaner verzweifelt wehrten, wurden sie von den mit Feuerwaffen ausgerüsteten Briten schließlich geschlagen.

Die Widersprüche zwischen Briten und Buren verschärften sich immer mehr. Um der britischen Herrschaft zu entkommen und neues Land zur Besiedlung zu erobern, zogen tausende Buren im "Großen Treck" (1836-54) - ein gewaltiger Aggressionskrieg gegen die Völker des südlichen Afrikas - nach Norden und Osten. Dabei kamen sie in den Herrschaftsbereich der Zulu. 1838 brach ein zweijähriger Krieg zwischen den Zulus unter ihrem Häuptling Dingane und den Buren aus; aber erst als Dinganes Bruder Mpande mit 17.000 Afrikanern zu den Buren überlief, konnten die Zulus besiegt werden. Die Buren zogen weiter nach Norden, aber die Zulus setzen ihren Widerstand gegen die nachrückenden Engländer fort: In der Schlacht von Isandhlavanda eroberten sie ein befestigtes Lager mit 1.8oo britischen Soldaten, erst 19o6 konnten die Zulus endgültig geschlagen werden.

Im Laufe ihrer Feldzüge gegen die Afrikaner gründeten die Buren mehrere Republiken, darunter Transvaal und Oranje-Freistaat. Als jedoch in diesen Gebieten riesige Gold- und Diamantenlager entdeckt wurden, versuchte der britische Imperialismus das ganze Land unter seine Kontrolle zu bekommen. Die englische Kolonialmacht eroberte im Burenkrieg (1899-19o2) Transvaal und Oranje-Freistaat. 191o wurde die nunmehrige Südafrikanische Union zu einem sich selbst regierenden Dominium des britischen Reiches. Damit wurde die Macht aber nur an die weiße Minderheit - Briten und Buren - übertragen. Es entstand eine neue Art von Kolonialismus, in dem die weißen Unterdrükker und die Unterdrückten auf dem selben Territorium lebten. Die koloniale Unterdrückung der afrikanischen Mehrheit begann sich mehr und mehr zu verschärfen.

Die Bantustanpolitik - Zementierung des Landraubes

Die Grundsteine der heutigen Bantustan-Politik waren schon damals gelegt. Die Subsistenzwirtschaft der afrikanischen Völker war weitgehend zerstört, der Großteil ihres Landes war ihnen geraubt worden. Der Landraub wurde 1913 im "Gesetz über den Grund und Boden der Eigeborenen" gesetzlich verankert. Ziel dieses Gesetzes war es, möglichst viele Afrikaner als Lohnsklaven in die Industrie zu zwingen, um die Profite des Kapitals zu erhöhen. 1936 wurde durch das "Landgesetz" der Lebensraum der Afrikaner auf 12,4 % des Landes eingeschränkt. Die Einführung zahlreicher anderer Gesetze und Erlässe sowie die Einhebung hoher Steuern schränkte den Bewegungsraum der Afrikaner weiter ein und zwang die meisten von ihnen endgültig, als Wanderarbeiter in den Bergwerken und Fabriken oder auf den Farmen der Weißen Arbeit zu suchen.

Mit der Machtübernahme der National Party 1948 - deren Führer viel vom Gedankengut des Hitler-Faschismus übernommen hatten - wurde die Politik der "getrennten Entwicklung" konsequent weitergetrieben. In der Wahlerklärung der National Party von 1947 heißt es: "Die Bantus in den städtischen Gebieten sollen als Wanderbürger betrachtet werden, denen nicht die gleichen politischen und sozialen Rechte wie den Weissen zustehen." (Barbara Rogers). Und der ehemalige Minister für Bantu-Entwicklung und -Verwaltung, M.C. Botha, faßte diese Politik so zusammen: "Was mich betrifft, so glaube ich, die ideale Bedingung wäre, wenn es uns gelänge, eine Situation zu schaffen, wo sich die Bantus in den weißen Gebieten ausschließlich als Wanderarbeiter aufhalten" (s.o.). Obwohl durch die rasche Industrialisierung Südafrikas und die zunehmende Proletarisierung der afrikanischen Bevölkerung die traditionellen Stammesstrukturen verwischt wurden, wurden die Afrikaner willkürlich in Stämme eingeteilt und in verschiedene Reservate vertrieben. Jeder "Stamm" sollte sein eigenes "Heimatland" haben. Merkwürdigerweise gibt es für einen "Stamm", die Xhosa, zwei "Heimatländer", für andere keines, die Pedi und die Ndebele hingegen teilen sich ein einziges Bantustan. Im Zuge der Bantustanisierung wurden Zehntausende Afrikaner mit Gewalt umgesiedelt, natürlich in die unfruchtbarsten Gegenden.

M.C. Botha stellte 1972 zynisch fest: "Wir als die Gebenden haben zu bestimmen, welches Land hergegeben werden soll und nicht den Empfängern steht es zu, darauf hinzuweisen, welches Land sie haben wollen." (The Star, 4.5.1974; Rand Daily Mail, 3o.5.1974; Zit. in Barbara Rogers). Finden die Rassisten in den Bantustans zufällig Bodenschätze, beschlagnahmen sie das Land und vertreiben die Afrikaner in andere Reservate. M.C. Botha meinte dazu: "Die Bantuleute lieben es, umgesiedelt zu werden... Die Bantuleute lieben die Plätze, an denen sie wieder angesiedelt werden." (The Star, 21. 11.1969, zit. in Barbara Rogers)

Der andauernde Widerstand der Afrikaner, der sich immer wieder in heftigen Kämpfen manifestierte und die weltweite Empörung über die Apartheid-Politik veranlaßte die Rassisten, auf den "Unabhängigkeits"-Kurs einzugehen. 1962 verkündete der damalige Premierminister Verwoerd: "Ich glaube, daß diesen Leuten (den Afrikanern) ihre eigenen Staaten gegeben werden sollen, so wie sie es ersehnen..." (Debates, 23.1.1962, zit. in Barbara Rogers). Auf diese Weise soll sich der weisse Mann seine Freiheit kaufen und das Recht, seine Vorherrschaft in seinem Land aufrecht zu erhalten." (Debates, 1o.4.1961, zit. in Barbara Rogers). 1962 kündigte Verwoerd Selbstverwaltung für die Transkei an. Diese Politik fand ihren Gipfel in der "Unabhängigkeit" der Transkei. Die Tatsache, daß die Transkei bis heute von keinem Staat anerkannt wurde - außer von Südafrika selbst - zeigt deutlich, daß der Schwindel mit den "unabhängigen" Bantustans zu durchsichtig ist. Die Widerstandsorganisationen des Landes lehnen die Bantustanpolitik entschieden ab. Im gemeinsamen Kampf gegen die Kolonisatoren verschmolzen die einzelnen Stämme, und es begann sich eine Nation herauszubilden. Nicht mehr zersplittert leisten die Afrikaner Widerstand gegen die Kolonialisten, sondern gemeinsam organisieren sie den Kampf gegen das Minderheitsregime. Sie kämpfen nicht um 13 % des Landes sondern um ihre nationale Befreiung: Für den Sturz des Kolonialregimes und die Rückgewinnung ihres Landes.

J.N.



Von ihrem Land gewaltsam vertrieben wurden und werden die Afrikaner als billigste Lohnsklaven für die Gier der Imperialisten n ach Rohstoffen geschunden. (Hier beim Eisenbahnbau)

Das sozialistische Albanien ist ein starker Kampfgenosse der Völker und des internationalen Proletariats

"Ein Land, das den Erdball haßt","Er (Enver Hoxha, d. Red.) wütete gegen Griechenland, Jugoslawien ..." (AZ), "Außenpolitisch ist Albanien völlig isoliert...Innenpolitisch ist das Land völlig in der Hand zweier Familien." (Kurier). Das waren die Kommentare der bürgerlichen Presse in Österreich anläßlich des VII. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens. Diese Lügen zu verbreiten über ein Land, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht und die Kontrolle über die Produktionsmittel hat, in dem das Volk auf seine eigene Kraft gestützt den sozialistischen Aufbau der Wirtschaft vorantreibt, haben die Kapitalisten und Imperialisten aller Schattierungen auch dringend notwendig. Das kleine Albanien gehört zu ihren geschworenen Feinden, weil es durch sein Beispiel, durch seine korrekte Innen- und Außenpolitik eine große Hilfe für die um ihre Befreiung von imperialistischer Abhängigkeit und Ausplünderung, von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Völker ist. Das sozialistische Albanien macht bei den Plänen der Imperialisten, die Völker in Sicherheit zu wiegen und über ihre kriegstreiberische Politik den Mantel der Entspannung zu legen, nicht mit, sondern durchkreuzt diese Pläne, indem es die Absichten der Imperialisten vor der Weltöffentlichkeit immer wieder bloßstellt. Als einziges Land Europas hat es an der Europäischen "Sicherheits"-Konferenz nicht teilgenommen, sondern rechtzeitig diese als "Europäische Unsicherheitskonferenz" gebrandmarkt, hinter der die Absicht der beiden Supermächte steckt, ihre Vormachtstellung in Europa zu bewahren. Die VR Albanien unterstützt die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und prangert die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, unermüdlich an.

Gleichzeitig haben die Imperialisten ihre Gier, sich Albanien als Beuteobjekt einzuverleiben, nicht aufgegeben. Dabei erteilte ihnen Genosse E.Hoxha auf dem Parteitag wieder eine gehörige Abfuhr und darüber wohl ist die AZ so empört wenn sie schreibt: "Albanien ist dabei, sich noch mehr von der Welt zu entfernen":

"Was den Happen Albanien betrifft, seid nur vorsichtig, ihr Herren, das sozialistische Albanien ist ein harter Brocken, der einem im Halse stecken bleibt und einen erstickt. Sollten sich die sowjetischen Sozialimperialisten in irgendein Abenteuer gegen unser Land stürzen, würden sie eine nicht wiedergutzumachende Niederlage erleiden. Unser Volk fürchtete sich niemals und fürchtet sich auch jetzt nicht, vor irgendeiner noch so gut ausgerüsteten Großmacht oder mittelgroßen Macht, die es wagen sollte, unser Land anzugreifen. Es wird den Aggressoren, wer es auch immer sei, beherzt, klug und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten, und es ist überzeugt, daß es sie bezwingen wird. Diese Haltung beruht auf der festen Realität unseres Landes, auf der stählernen Einheit unseres Volkes, auf den von der Partei bei all unseren Menschen, bei groß und klein verankerten hohen Ziel, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes und die großen Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus unbedingt zu verteidigen, sie beruht auf der intensiven militärischen Ausbildung des gesamten Volkes, das Soldat ist, und auf der Geländegestaltung Albaniens. Einen Spaziergang werden die Aggressoren in Albanien nicht machen können. Hier werden sie den Tod finden. Über eines können sich die Feinde sicher sein: Niemals werden sie den Fuß auf unseren Boden setzen, ihren Waffen und Bomben werden nie den starken Widerstand, den heldenhaften Geist und die flammenden patriotischen Gefühle des albanischen Volkes niederzwingen ."

"Die bürgerliche und revisionistische Welt denkt, sagte Genosse Enver Hoxha, unser Land sei isoliert. Das ist aber eine kapitalistisch-revisionistische Betrachtungsweise. Die Imperialisten und die Revisionisten bezeichnen ein Land als isoliert, das der Flut der sie versklavenden Kredite, der Korruption und Spione, der dekadenten Kultur und Entartung einen Riegel vorgeschoben hat. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet, sind wir tatsächlich ein isoliertes Land und werden es bewußt bleiben. Aber daraus entsteht unserem Volk nur Gutes und nie etwas Schlechtes. Unser Land schreitet vorwärts und gedeiht, unser Volk lebt sehr gut. Handelten wir anders, würden wir zu Sklaven. Wir erlauben nicht und werden nicht erlauben, daß Faschisten, Spione und Agenten nach Albanien kommen, Leute, die bürgerliche und revisionistische Entartung bei uns einschmuggeln. Aber wir erlauben und freuen uns, daß ehrliche und korrekte Menschen, Sympathisanten Albaniens und des albanischen Volkes, Freunde unseres Landes, wären sie auch anderer Überzeugung als wir, zu uns kommen. Wir leben in Freundschaft mit diesen Menschen, wir leben in Freundschaft mit den um ihre Freiheit und ihre Rechte kämpfenden Völkern. Wir leben in Freundschaft mit den Völkern und den marxistisch-leninistischen Revolutionären. Mit den Kapitalisten und Revisionisten aber, die die Völker und ihre fortschrittlichen Ideen versklaven und abwürgen wollen, lebten wir in Feinschaft und werden es tun. Die Kapitalisten und die Revisionisten messen die Isolation mit dem Handel. Handel betreiben wir nach wie vor mit allen Ländern, mit Ausnahme der USA, der Sowjetunion, Spanien, Israel und einigen anderen Ländern, wo Faschisten und Rassisten an der Macht sind".



Die Hacke in der einen Hand, in der der anderen das Gewehr. So bauen wir das eigene Land und schaffen ein starkes Heer...Die Partei führt uns immer an, Vorwärts zum Sieg! (Albanisches Lied)

Die VR Albanien unterhält heute mit 74 Staaten diplomatische Beziehungen auf der Grundlage der 5 Prinzipien der Gleichheit, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils.

Sie entwickelt und festigt in Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und der Kampfeinheit, der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe mit der Volksrepublik China. Auf die Beziehungen der VR Albanien zu den Nachbarstaaten eingehend, sagte Genosse Hoxha:

"Der Ausbau der auf der Politik der guten Nachbarschaft beruhenden Beziehungen entspricht den Interessen und Bestrebungen der Nachbar- und Balkanvölker, um miteinander in Freundschaft und in Eintracht zu leben. Zu Jugoslawien unterhält unser Land reguläre Handels- und Kulturbeziehungen, die sowohl für uns als auch für es vorteilhaft sind. Unsere Politik Jugoslawien gegenüber hat sich nicht geändert und wird sich auch nicht ändern, wenn sich auch die jugoslawische Regierung uns gegenüber korrekt verhält. Die Erklärung der Partei der Arbeit Albaniens, daß im Falle eines eventuellen Angriffs von seiten der Sowjetunion oder irgendeiner anderen Macht gegen Jugoslawien, das albanische Volk den Völkern Jugoslawiens beistehen wird, ist unumstößlich. Auf diese Haltung Albaniens muß jedoch auch die jugoslawische Seite mit richtigen und korrekten Haltungen uns gegenüber antworten. Was die Beziehungen zu Griechenland anbelangt, so werden diese von unserer Seite aus auf der Politik der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten, des gegenseitigen Vorteils, der territorialen Integrität, der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit gegründet. Die Albaner suchen und sie wünschen es, mit dem griechischen Brudervolk in Freundschaft zu leben, sie unternehmen nach wie vor alle Anstrengungen, damit sich die Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern dauernd festigen. Die griechische Regierung suchte eine freundschaftliche Haltung unserem Land gegenüber einzunehmen und nimmt sie weiter ein. Das ist im Interesse unserer beiden Länder und zum Schaden unserer gemeinsamen Feinde."

"Es wurde und wird viel über die allseitige Zusammenarbeit der Balkanvölker, über eine Balkankonferenz usw. gesprochen. Unsere Partei und die Regierung der Volksrepublik Albanien, sagte Genosse Enver Hoxha, haben ihre Ansicht zur Zusammenarbeit auf dem Balkan schon längst gesagt und erklärt, weshalb sie an der Athener Konferenz nicht teilgenommen haben. In der gegenwärtigen Situation des Balkans bestehen unserer Ansicht nach nicht die unerläßlichen und notwendigen Bedingungen für eine multilaterale Konferenz und Vereinbarungen. Wir sind davon überzeugt, daß die Entwicklung von bilateralen Beziehungen derzeit der beste Weg ist, um den Geist des Vertrauens und des Einvernehmens auf dem Balkan sowie die Bedingungen zu schaffen, damit in Zukunft eine wirkliche und aufrichtige Zusammenarbeit auf einer breiteren Basis erreicht werden kann".

Indem die VR Albanien unter Führung der PAA im Inneren wie in ihren äußeren Beziehungen an der revolutionären Linie festhält, leistet sie einen großen Beitrag zur schrittweisen Verwirklichung der proletarischen Weltrevolution. Das trägt ihr einerseits den immer erbitterteren Kampf und die Feindschaft aller Reaktionäre der Welt ein, andererseits aber die unverbrüchliche Freundschaft und kämpferische Verbundenheit des internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

(alle Zitate aus einer inoffiziellen Übersetzung des Rechenschaftsberichtes des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA). C.R.

Die sozialistische Wirtschaftsplanung in der VR Albanien:

Der Plan ist das Werk der Massen

Die großen wirtschaftlichen Erfolge in der Volksrepublik Albanien in den 32 Jahren ihres Bestehens waren nur möglich aufgrund der führenden Rolle der albanischen Arbeiterklasse und ihrer Partei. Von Beginn an hat der Staat der Diktatur des Proletariats auch in der Wirtschaft nichts dem Zufall und der Willkür überlassen! Albanien hat eine sozialistische Planwirtschaft, die nach 5-Jahres-Plänen arbeitet. Diese Wirtschaft beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln.

"In der sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeuterklasse, das Privateigentum und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind beseitigt und verboten." (Art. 15 des neuen Verfassungsentwurfs) Nicht die Profitinteressen entscheiden hier über die Produktion wie in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die gesamten Bedürfnisse und Ziele des ganzen Volkes

Die 32 Jahre sozialistischer Planwirtschaft, die Albanien aus der vollständigsten Rückständigkeit, aus Hunger und Abhängigkeit herausgeführt und zu einem Land mit fortgeschrittener Industrie und Landwirtschaft gemacht haben, beweisen klar die große Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus.

Um den Sozialismus aufzubauen und zu festigen, muß man die Diktatur des Proletariats errichten und die Wirtschaft zentralisiert entwickeln und dabei in erster Linie von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes ausgehen. Die werktätigen Massen müssen im Sozialismus an allem und an jedem Problem so umfassend und aktiv wie möglich beteiligt werden. Daß das nicht nur schöne Worte sind sondern auch in die Tat umgesetzt werden kann, beweist die albanische Arbeiterklasse täglich aufs Neue. Mehr denn je hat sie das in diesem Jahr bewiesen, bei der Erarbeitung des neuen 6.Fünfjahrplans, der auf dem 7.Parteitag Anfang November gebilligt wurde.

Mehr als 13 500 Kommissionen und Planungsgruppen im ganzen Land mit über 82 000 Teilnehmern, von denen 78% Arbeiter und Bauern waren, haben die Richtlinien dieses Planes unter Führung der Partei erarbeitet. Ca 160 000 Arbeiter haben diese Richtlinien in Massendiskussionen überprüft und ca 45 000 Vorschläge gemacht, wovon mehr als 30 000 gebilligt wurden. Dieses System der Planung bedeutet einen harten Schlag gegen den Bürokratismus in dem Bereich, wo er seine stärksten Stützpunkte errichten kann. Im Landwirtschaftsministerium war es im Verlauf des letzten Fünfjahrplanes durch parteifeindliche Komplotteure zu solch gefährlichen Erscheinungen im Planungssystem gekommen. Sie wurden aber von der Partei und den Massen rasch entdeckt und von ihren Posten entfernt, was die große Wachsamkeit der Partei und des albanischen Volkes beweist. Der Plan wird nicht einfach von oben, von Ökonomen und Spezialisten am Schreibtisch und mit Computern entworfen, sondern auf der Grundlage der Produktionsziele, die von den Arbeitern und Bauern in den Betrieben und Produktionsgemeinschaften in Massendebatten festgelegt wurden. Die schöpferische Initiative, der wissenschaftliche Experimentierdrang der Arbeiter und Bauern wird so zur vollen Entfaltung gebracht. Aufgabe der Staatsorgane ist dabei, diese Initiativen und Produktionsziele mit anderen Faktoren, wie Bevölkerungswachstum, wirtschaftliche Entwicklungstendenzen und Gesamterfordernisse zu vereinbaren. Die Partei der Arbeiterklasse leitet diese Arbeit der Massen wie der Staatsorgane an und garantiert, daß die richtige politische Linie bei allem das Kommando führt. Der Staatsplan wird auf diese Weise - mit der Methode des Demokratischen Zentralismus - das Ergebnis der vollkommendsten Ausübung der demokratischen Macht durch die albanischen Arbeiter und Bauern. Auf diese Weise erarbeitet, vom Parteitag gebilligt und von der Volksversammlung beschlossen,wird er zum Gesetz.

Für das albanische Volk wird es dann eine Angelgenheit der Ehre, der öffentlichen Verpflichtung und Disziplin, das zu erfüllen und möglichst überzuerfüllen, was sie selbst vorgeschlagen haben. So haben z.B. die meisten landwirtschaftlichen Betriebe die Verpflichtung übernommen, die Aufgaben von 1980 bereits 1978 oder 1977 zu erfüllen, vor allem was die Produktion des Brotgetreides betrifft.

Bei einem Besuch in der Kupferdrahtfabrik in Shkodra erklärte uns ein Arbeiter im August dieses Jahres, wie die Diskussion der Planziffern vor sich geht.

Zuerst hatten sie die Erfüllung des alten Plans diskutiert und einen Vorschlag für die Produktionsziele auf der Ebene des eigenen Betriebes gemacht.

Auf der Grundlage dieser Diskussionen und Vorschläge im ganzen Land hatte das 9. Plenum des ZK der PAA im Juli einen zentralen Richtlinienentwurf herausgegeben, der auf der Auswertung des alten Fünfjahrplans, den objektiven Gesetzen und der allgemeinen Linie beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und den zum Ausdruck gebrachten Bedürfnissen und Vorschlägen der Massen basierte.

Dieser Richtlinienentwurf wurde in "Zeri i popullit", dem Zentralorgan der PAA veröffentlicht, das täglich vor Arbeitsbeginn von den Werktätigen diskutiert wird. Mit dem Richtlinienentwurf wurde nur der Anfang gemacht, wurden nur die zentralen Richtlinien und Prioritäten gesetzt, die allgemeine Ent-

Fortsetzung nächste Seite

Wichtige Dokumente zum Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen die Chruschtschowrevisionisten auf den Beratungen von Bukarest und Moskau im Jahre 1960

Auszüge aus dem Band 19 der Werke des Genossen Enver Hoxha

Am 8. November 1975, dem 34. Gründungstag der Partei der Arbeit Albaniens (PAA), erschien in Albanien der 19. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. Erster Sekretär des Zentralkomitees der PAA. Die wichtigsten Materialien und Dokumente sind unterdessen auf Deutsch übersetzt worden und können über unseren Vertrieb bestellt werden.

In der Reihe der Werke des Genossen Enver Hoxha sind die Materialien dieses Bandes von besonders großer politischer und ideologischer Bedeutung. Sie geben ein Bild des konsequenten und heroischen Kampfes, den die PAA auf der Bukarester und auf der Moskauer Beratung 1960 gegen den revisionistischen Kurs der Chruschtschow-Gruppe geführt hat.

In den Aufsätzen und Dokumenten spiegelt sich der entschlossene und scharfe Kampf der PAA gegen die Erpressungen, die Einmischungen und die Diversionder sowjetischen Revisionisten wider, mit denen die Chruschtschow-Clique versuchte, die PAA vom Marxismus-Leninismus abzubringen und auf ihren Kurs zu zwingen. Der Band enthält unter anderem diehistorische Rede, die Genosse Hoxha auf der Moskauer Beratung 1960 hielt, seine Ansichten und Diskussionsbeiträge im ZK und im Politbüro der PAA in Zusammenhang mit dem Kampf gegen Revisionismus, sowie den ausführlichen Briefwechsel, den Genosse Enver Hoxha mit den Parteidelegationen in Bukarest, bei der UNO usw. führte.

Preis: S 130,90



"Die Moskauer Beratung",Gemälde von Guri Madhi

Der Plan ist das Werk der Massen

Fortsetzung von Seite 23

wicklungsrichtung des wirtschaftlichen Aufbaus vorgeschlagen und die Spannungspunkte ermittelt, an denen man vor allem vorwärtskommen mußte.

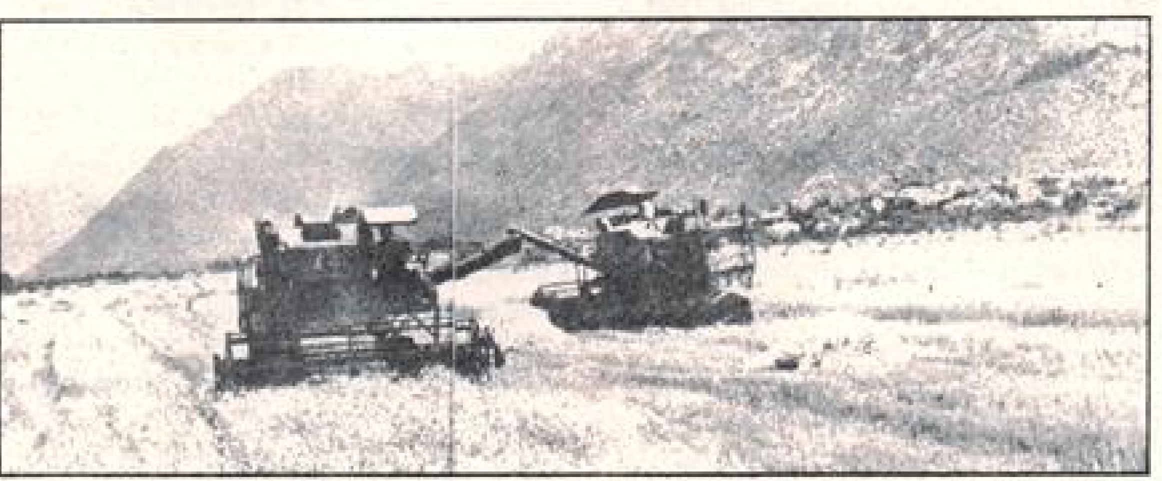
Dieser Richtlinienentwurf stellte folgende Grundaufgabe:

"Den sozialistischen Aufbau des Landes rasch fortsetzen, um das sozialistische Albanien nach dem Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, in ein Industrie-Agrar-Land mit einer fortgeschrittenen Industrie und Landwirtschaft umzuwandeln, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes weiter und allseitig zu verstärken. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse und den Überbau weiter vervollkommnen, die Diktatur des Proletariats festigen und das Verteidigungspotential des Vaterlandes steigern, das materielle und kulturelle Niveau der werktätigen Massen weiter heben, indem die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land weiter verringert werden. Das ist auf der Grundlage der konsequenten Fortführung des Klassenkampfs und des Einsatzes aller Kräfte und Energien des Volkes unter Führung der Partei zu erreichen." Als Hauptaufgaben wurden festgelegt, vor allem die Produktionsmittelindustrie rasch zu steigern, bis 1980 erstmals den ganzen Bedarf von Brotgetreide durch eigene Kraft sicherzustellen; circa 95% aller Ersatzteile sowie 90% der Konsumgüter durch die nationale Produktion zu gewährleisten.

In den zentralen Richtlinien wird absichtlich darauf verzichtet, genaue Angaben über die Erwartungen an die einzelnen Fabriken und Kooperativen zu machen. Es ist die Aufgabe der Basis, den Plan zu überprüfen und konkreter auszuarbeiten. In der Kupferdrahtfabrik z.B. wurde der Richtlinienentwurf zuerst individuell diskutiert, dann versammelten sich die einzelnen Brigaden, Abteilungen und Hallen. Sie faßten die vorherigen Diskussionsergebnisse zusammen; informierten sich über alle notwendigen Zahlen bezüglich der Rohstoffe, der Energiemenge, der Arbeitskräfte, bemühten sich um die Senkung der Selbstkosten, Verbesserung der Qualität und Verringerung des Ausschusses. Jede Abteilungskommission schickten einen Vertreter in die Zentralkommission der Fabrik, welche die



Die albanische Frau ist eine große Kraft beim Aufbau und der Verteidigung des Sozialismus. Caje Shurdi, Arbeiterin in der Stofffabrik des Textilkombinats "Stalin", wurde bei den letzten Wahlen zur Abgeordneten der Volksversammlung gewählt.



Die Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft bewirkte, daß die Produktion von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Im Vergleich zu 1950 wurden 1975 dreimal mehr Getreide, elfmal mehr Tabak und viel mehr Kartoffeln geerntet.

verschiedenen Vorschläge koordinierte. Schließlich wurde der gemeinsame Plan in einer Vollversammlung festgelegt. Die zentrale Kommission muß dabei über jeden abgelegten Vorschlage eine Begründung vorlegen.

Der beschlossene Plan wird der Fabriksverwaltung weitergegeben, die seine Durchführung organisiert und alle drei Wochen einen Rechenschaftsbericht ablegen muß. Die Planvorschläge werden über die regionalen Exekutivkommitees an die Ministerien weitergegeben, überprüft und auf nationaler Ebene koordiniert. Die Diskussion und die Vorschläge der Basis finden in der "Zeri i popullit" einen breiten Raum, wo auch die besten Beispiele veröffentlicht werden.

Die Ministerien geben ihre Ergebnisse der zentralen Plankommission weiter, welche daraufhin den Entwurf für den 5-Jahr-Plan ausarbeitet und dem Ministerrat und dem Polit.Büro des ZK der PAA zur Prüfung vorlegt. Dann wird er nochmals an die Basis zurückverwiesen, wo alle Abänderungen in allen Einheiten sorgfältig Punkt für Punkt diskutiert werden.

Erst dann werden von der zentralen Planungskommission die letzten Änderungen vorgenommen und der Entwurf wird der Vollversammlung zur Beschlußfassung übergeben. Ihre Aufgabe ist es, für eine vollkommene Übereinstimmung zwischen dem Willen der Massen und den staatlichen Verwaltungs- und Exekutivorganen zu sorgen. Dieses System der Planerstellung durch die Massen selbst unterscheidet sich fundamental von der Planung z.B. in der Sowjetunion, wo Agenten einer neuen Kapitalistenklasse mittels Computer detaillierte Anweistungen ausarbeiten, die dann bürokratisch überwacht und unter Androhung von harten Strafen, Arbeitsplatzverlust etc. bei Nichterfüllung, durchgesetzt werden sollen.

Es unterscheidet sich fundamental von der sogenannten "Wirtschaftsplanung" der kapitalistischen Länder des Westens, wo alle "wissenschaftlichen" Untersuchungen und vagen Wünsche die objektiven Gesetze der kapitalistischen Profitwirtschaft auf der Grundlage der Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht außer Kraft setzen können.

Das kann nur die Arbeiterklasse selbst, indem sie vom Beispiel ihrer albanischen Klassenbrüder lernt, den Kapitalisten die politische Macht entreißt, die Produktionsmittel selbst in die Hand nimmt und eine sozialistische Planwirtschaft errichtet.

W.G./Red.

Streikbewegung der Angestellten in Israel

Mit 70.000 streikenden, bummelnden oder mit Streik drohenden Angestellten hat die Streikwelle in Israel einen Höhepunkt erreicht. Sie fordern angesichts der enormen Preissteigerungen und der von der Regierung angekündigten Kürzung der Subventionen für Grundnahrungsmittel höhere Gehälter. Der israelische Unterdrückerstaat richtet die gesamte Volkswirtschaft in höchstem Maß auf die Kriegsproduktion aus, denn durch Gewalt und Aggression ist er entstanden, durch Aggression hat er seine heutigen Grenzen festgelegt, nur mit Gewalt kann er sich am Territorium des palästinensischen Volkes halten und weitere Aggression bis zur endgültigen Vernichtung des Volkes von Palästina sind sein Ziel und Zweck, für den ihn die Imperialisten geschaffen haben. Neben der kapitalistischen Wirtschaftskrise sollen so die Volksmassen in Israel noch eine weitere schwere Last tragen.

Mit der Einschränkung des Streikrechts versucht der Besatzerstaat auch die jüdischen Teile des Volkes niederzuhalten. Laut Gesetz vom 16.11. dürfen die "Arbeitgeber" bis zu 50% des Lohnes von Staatsangestellten zurückbehalten, die ohne Genehmigung der Gewerkschaft streiken. Dieses Gesetz wurde erlassen, nachdem sich ein Viertel der Staatsangestellten an der Streikbewegung beteiligten. Aber beenden konnte das Gesetz den Konflikt bisher nicht.

(Neue Zürcher Zeitung, 19.11.)

Sudan weist imperialistische Anmaßung der Sowjetunion zurück

Zwischen dem Sudan und der Sowjetunion besteht ein Kulturabkommen, das die Aufnahme von 150 sudanesischen Studenten pro Jahr an sowjetische Universitäten vorsieht. In diesem Jahr weigerte sich jedoch die Sowjetunion, ohne besondere Gründe zu nennen, die sudanesischen Studenten aufzunehmen, die von ihrer Regierung nach Kriterien des Patriotismus und der Loyalität zu ihrem Mutterland ausgewählt worden waren. Stattdessen bestanden die Sozialimperialisten darauf, die Auswahl der Studenten nach "eigenen politischen Kriterien" vorzunehmen. Diese unverschämte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Sudan hat berechtigte Empörung bei der Regierung und dem Volk des Sudan hervorgerufen.

Die sudanesische Regierung beschloß, die 150 Studenten nicht in die Sowjetunion zu schicken, sondern nach Ägypten, nachdem die ägyptische Regierung den Standpunkt Sudans gegenüber den Herrschaftsansprüchen der Sowjetunion voll unterstützt und sich bereit erklärt hat, alle von der sudanesischen Regierung ausgewählten Studenten an Universitäten in Ägypten zum Studium aufzunehmen.

(nach Hsinhua, 2.11. und 8.11.)

VR China

Die Massen im Erdbebengebiet weisen die »Viererbande« zurück

Hsinhua, 14. 11.

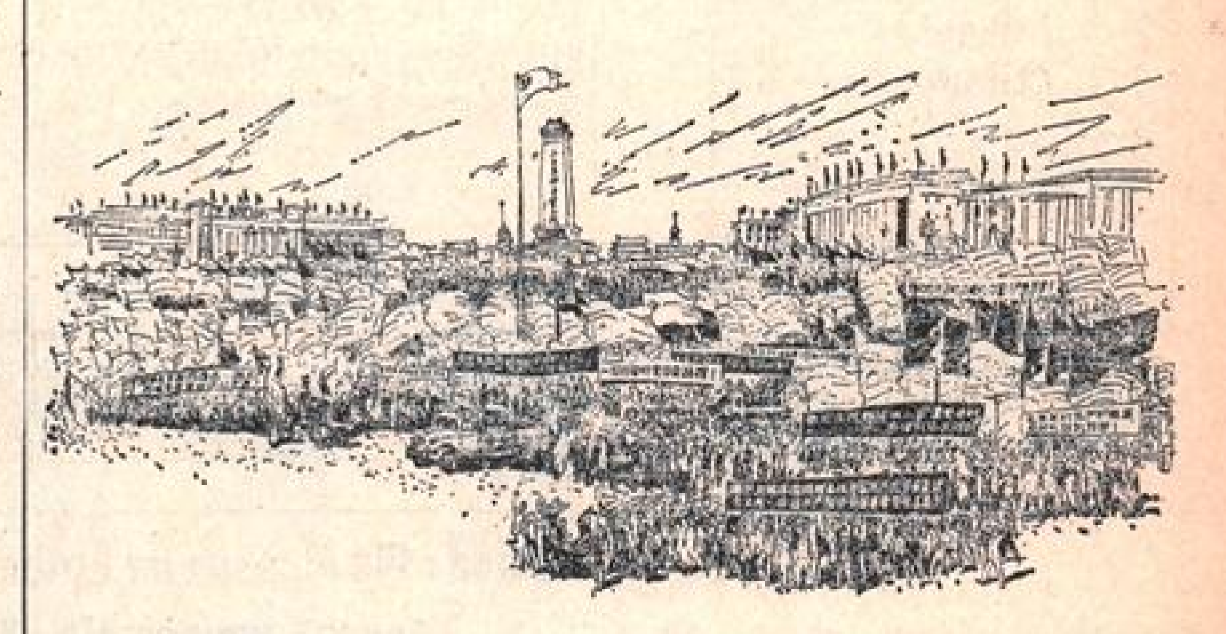
Das starke Erdbeben im Gebiet Tangshan-Fengnan am 28.Juli dieses Jahres verursachte schwerwiegende Verluste an Menschenleben und die Zerstörung von Vermögen. Vorsitzender Mao und das Zentralkomitee der Partei zeigte große Sorge um die Menschen in diesem Gebiet. An dem Tag, an dem das Erdbeben sich ereignete, sandte er eine Grußbotschaft an die Menschen des vom Beben betroffenen Gebietes und wies Mannschaften der Volksbefreiungsarmee an, nach Tangshan zu eilen um Menschen und Sachwerte zu retten. Kurz danach begab sich eine zentrale Delegation geführt von Genossen Hua Kuo-feng in das betroffene Gebiet, um die tiefe Sympathie für die Opfer des Bebens zu überbringen. Alle Provinzen, Gemeinden und autonome Regionen sandten medizinisches Personal, Arbeitseinheiten und große Mengen von Hilfsgütern zu deren Unterstützung. Während seiner Krankheit bemühte sich Genosse Mao sehr um die Menschen in dem betroffenen Gebiet. Aber die Wang-Chang-Chiang-Yao parteifeindliche Clique schenkte dem Kampf gegen die Folgen des Bebens und den Unterstützungs- und Aufbauarbeiten keinerlei Aufmerksamkeit. Sie gingen nicht in das vom Beben betroffene Gebiet und weigerten sich sogar, Berichte über die dortigen Verhältnisse anzuhören. Stattdessen heckten sie im Geheimen eine Verschwörung aus, um die Partei und Staatsführung an sich zu reißen.

Tag und Nacht arbeiteten Genosse Hua Kuo-feng und andere Genossen zentraler Führungsorgane zahlreiche wirkungsvolle Maßnahmen gegen die vom Beben verursachten Schäden aus, um den Menschen in dem betroffenen Gebiet bei ihren Aufbauarbeiten zu helfen. Aber die "Viererbande" entfachte einen üblen Wind. Sie verleumdete das Zentralkomitee der Partei wegen seiner tatkräftigen Anleitung der Hilfsmaßnahmen im Kampf gegen die vom Beben verursachten Schäden; sie behaupteten, daß es nicht den Klassenkampf anpacke, daß es immer noch das Konzept "Die Katze, die Mäuse fängt, ist eine gute Katze, gleichgültig, ob sie weiß oder schwarz ist" verfolge, und daß "manche Leute den Kampf gegen die Folgen des Bebens und die Aufbauarbeiten benützen, um die Revolution und die Kritikbewegung an Deng Hsiaoping zu unterdrücken. Mit Hintergedanken heulten sie: "Wo immer die Beben auftreten, dürfen sie nicht die Kritik an Deng beeinträchtigen."

Yao Wen-yuan, der Trompeter der parteifeindlichen "Viererbande", weidete sich an den ernsten Schäden, die das Beben verursachte. Er ahmte ein Gedicht über das Taiping-Himmelreich nach, welches lautet: "Die Drehung der Erde ist in Wahrheit ein neues weltliches Zeichen; die Umwälzung des Himmels bringt für immer ein neues Himmelreich hervor" und "die Zeit ist reif für die Unterwerfung des ganzen Landes; die Landleute mögen ihre Geistern zur Ruhe setzen und sich der Zufriedenheit ihrer Herzen hingeben". Er gab damit zu verstehen, daß ein neues Himmelreich der "Viererbande" errichtet werden würde, und daß die Unterwerfung des ganzen Landes bevorstehe. Er befahl, daß dieses Gedicht in einem Artikel zitiert werden sollte.

Die Menschen des ganzen Landes zeigten große Anteilnahme für die geschädigten Menschen. Große Mengen von Hilfsgütern wurden eiligst aus allen Teilen des Landes nach Tangshan gebracht. Aber die "Viererbande" scherte sich nicht um das Leben des Volkes in Tangshan. Sie leiteten Waggons, die für den Gütertransport nach Tangshan bestimmt waren, für eigene Zwecke um. Sie aßen und traken nach Herzenslust bei einer Reise, die sie während der Nachbeben-Periode unternahmen. Willkürlich ordenten sie Aufenthalte des Zuges an, brachten die Fahrpläne der Züge durcheinander und behinderten den rechtzeitigen Transport einiger Hilfsgüter. Noch boshafter war ihr Geschrei, daß es "1 Million Menschen in Tangshan gäbe. Aber im China von 9,6 Millionen km² Fläche gibt es ganze 800 Millionen. Was würde es ausmachen, wenn Tangshan sogar völlig vom Erdboden verschwunden wäre?" Wie rasend sie gegen die Menschen von Tangshan und des ganzen Landes Widerstand leisteten! Wütend über die Verbrechen der "Viererbande", bezeichneten die Volksmassen im Tangshan-Gebiet sie Wölfe im Schafspelz und verurteilten sie als ihre Todfeinde. (....)

Fortsetzung nächste Seite



Diese Skizze von Dschao Schi-ying zeigt die begeisterte Feier des großen historischen Sieges am Tien An-men Platz in Peking und ist selbst Ausdruck dieser Begeisterung.

Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens (m-l) beschließt neues politisches Programm

Am 11.November beendete die marxistisch-leninistische Arbeiterpartei Norwegens AKP(ml) ihren 2.Nationalen Parteitag. Der Parteitag nahm ein neues Programm an. Er bestätigte die Annahme des Lappen- Minderheiten Programms der AKP(ml) am 1.Nationalkongreß im Jahr 1973. Er überarbeitete die Statuten der Partei. Der Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee der AKP(ml). Das Zentralkomitee ist zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen und wählte den Genossen Pål Steigan zum Vorsitzenden der Partei. Die Zusammensetzung des Zentralkomitees wird nicht veröffentlicht werden.

Das neue Programm stellt fest, daß die AKP(ml) auf dem Marxismus-Leninismus und den Mao Tse-tung-Ideen basiert, wie sie ursprünglich von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao ausgearbeitet wurden. Die AKP(ml) wendet diese wissenschaftliche Theorie auf die Bedingungen Norwegens an. Der Parteitag war der Meinung, daß das 1973 am 1.Nationalkongreß der AKP(ml) angenommene Programm in der Hauptsache richtig war, aber daß es bestimmte bedeutende Fehler enthielt und in einigen Aspekten mangelhaft war. Unter anderem unterscheidet sich das neue Programm von dem alten durch eine genauere Behandlung der Rolle der Partei, des Kampfes gegen den modernen Revisionismus und des Kampfes gegen Imperialismus und insbesondere der Supermächte Sowjetunion und USA. Das Programm stellt Fehler in der Klassenanalyse, die das Programm von 1973 enthalten hatte, richtig. Es hält fest, daß der grundlegende Widerspruch in Norwegen der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, und daß, um den Sieg in der Revolution zu erringen, das Proletariat sich mit den arbeitenden Bauern und Fischern zusammenschließen und seine Führung über das gesamte arbeitende Volk durchsetzen muß. Das neue Programm enthält genauso eine genauere Behandlung der proletarischen sozialistischen Revolution, die die strategische Aufgabe ist, der sich die Arbeiterklasse und die Partei Norwegens gegenübersieht. Das Programm hebt hervor, daß die Gefahr der Entfesselung eines dritten Weltkriegs und einer Aggression gegen Norwegen durch die beiden Supermächte wächst. Für diesen Fall muß die Partei die Führung des Proletariats und des arbeitenden Volkes von Norwegen auf sich nehmen, einen nationalen, revolutionären Volkskrieg gegen den Imperialismus beginnen, darf sich nicht stützen auf eine der Supermächte gegenüber den anderen und nicht auf die norwegische Bourgeoisie und ihren Staatsapparat. Die Arbeiterklasse und das arbeitende Volk muß Norwegen im Vertrauen auf die eigenen Kräfte befreien und im Kampf sicherstellen, daß der Sieg im Widerstandskrieg ein Sieg für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Norwegen bedeutet.

Der Kommunistische Bund Österreichs übermittelte durch seinen Sekretär der AKP(ml) eine Grußadresse anläßlich des 2.Parteitags.

Endergebnis der Spendensammlung

Das Spendenziel wurde weit übertroffen !

Am 8. August dieses Jahres hatte das Zentralkomitee des neugegründeten Kommunistischen Bundes aufgerufen, in drei Monaten 300.000 Schilling Spenden für den Aufbau des technischen Apparats der neuen Organisation und zwar für den Ankauf eines Fotosatzgerätes und einer Druckmaschine aufzubringen.

Das gesteckte Ziel wurde um über 140.000 S übertroffen!

Im Folgenden eine Übersicht über die Spendenergebnisse. Ein Bericht über den Verlauf und die Lehren aus dieser Spendenaktion ist in Vorbereitung.

Im Rahmen der Spendenaktion vom 8.8.1976 bis 8.11.1976 gingen Spenden in folgender Höhe ein:

aus Eisenstadt	80,--
aus Graz	30.430,70
aus Innsbruck	26.360,40
aus Klagenfurt	14.007,--
aus Knittelfeld	5.350,80
aus Linz	28.883,80
aus Robež/Robesch	150,--
aus Salzburg	28.062,--
aus Schwertberg	100,--
aus Vorarlberg	3.136,--
aus Wien	265.974,56
von Einheiten der Zentrale	32.327,--
Ergebnis der Spendenaktion:	434.862,26

nachträglich gingen noch ein (bis zum 17.11.1976)

aus Wien	4.421,30
aus Salzburg	1.444,40
Endergebnis:	440.727,96

Bis zum 17.11.1976 wurden 3.239 Programme des Kommunistischen Bundes Österreichs ausgeliefert und 1.255 Stück der Nr. 1 seines theoretischen Organs "Kommunist".

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12, Preis S.5,-



Naročite pri: Kommunistischer Bund Österreichs, zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12. Cena: 5,-šil.

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Kommunist 2/76

Inhalt

Weiters erhältlich: Kommunist 1/76

Inhalt

Außerdem kann noch der

Kommunist 2/76 des ehemaligen KB Wien

über den Zentralen Vertrieb bezogen werden.

Inhalt

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, 1070 Wien, Halbgasse 12

China: Die Massen im Erdbebengebiet von Tangshan-Fengnan weisen die »Viererbande« zurück

Fortsetzung von Seite 27

Die "Viererbande" rief hysterisch, daß der Kampf gegen die Folgen des Bebens und die Aufbauarbeiten Hilfe für die "1 Million Menschen auf Kosten der Revolution" sei, die "die 800 Millionen betrifft". Die Arbeiter, die Unterstützung und Hilfe leisteten, antworteten entschieden auf diesen puren Unsinn. Sie hoben hervor, daß die heroischen Taten des Volkes von Tangshan eine Quelle des Ansporns für die Volksmassen des ganzen Landes sind. Der Kampf gegen die Folgen des Erdbebens und die Aufbauarbeiten seien eine weitere Stärkung der Einheit des Volkes des ganzen Landes, wodurch wiederum das Voranschreiten der Revolution gefördert werde. Sie sagten: "Das heroische Volk von Tangshan ist der Klassenbruder der Volksmassen des ganzen Landes. Unter der Führung der Mao Tsetung-Ideen führte das Volk von Tangshan nach der Befreiung die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durch, folgte ihm engverbunden nach, indem es die Revolution machte, und leistete wesentliche Beiträge zur sozialistischen Revolution und zum Aufbau des Landes. Die Revolution und die Produktion, sowie die Menschen in diesem Gebiet sind ein direktes Anliegen der Volksmassen des ganzen Landes. Die "Viererbande" versuchte Zwietracht zwischen Tangshan und anderen Teilen des Landes zu sähen und die große Einheit der Volksmassen des ganzen Landes zu stören. Das zeigt, daß sie der Todfeind des Volks von Tangshan und des Landes insgesamt ist." (...)

Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke von Tangshan sagten: In Erwiderung des Aufrufs des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei geführt von Genossen Hua Kuofeng traten wir den Nachbeben entschlossen entgegen und arbeiteten hart, um die Produktion wieder aufzunehmen und die durch die Beben verursachten Verluste wieder gutzumachen. Aber bösartig steckte die "Viererbande" dem Volk von Tangshan das Etikett der "Theorie von den Produktivkräften" an. Der Kampf gegen die Folgen des Bebens und die Aufbauarbeiten entlarven die wütenden Fratzen dieser konterrevolutionären Bande wie ein Spiegel. In Wirklichkeit waren sie nicht um die Revolution besorgt als sie Lärm schlugen; ihre wirkliche Absicht war die Produktion zu unterlaufen. Sie waren nicht aufrichtig, als sie sich dazu bekannten, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied in die Hand zu nehmen; das Proletariat anzugreifen, war ihr tatsächliches Vorhaben. Sie führten schön klingende Worte über die Revolution im Mund, aber hinter den Kulissen gaben sie sich konterrevolutionären Tätigkeiten hin. Sie waren Würmer in den revolutionären Reihen und Agenten des Imperialismus, Revisionismus und der gesamten Reaktion, sowie der Grundherren- und Kapitalistenklasse innerhalb der Partei.

(aus Hsinhua, 14.11.1976, gekürzt und übersetzt durch die Redaktion).